

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **16./17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 10. Dezember 2018

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 16. Sitzung: F. Albanese (SVP)
16./17. Sitzung: L. Jacot (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2.	18.106	Wahl von vier zusätzlichen Delegierten in den Zweckverband RWU für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.	18.75 (DB)	Inkraftsetzung des 1. Nachtrags zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung	
4.	18.105 (DSO)	Beitrag von je Fr. 40'000 an den Unterstützungsverein Vogelsang Winterthur für den Betrieb des Treffpunkts Vogelsang in den Jahren 2019 und 2020	R. Lüchinger
5.	18.78 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Abfall- und Energieunterricht an den Winterthurer Volksschulen	R. Diener
6.	18.104 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2019 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder	M. Nater
7.	18.61 (DKD)	Umsetzung der Motion betr. «Überführung Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft» (GGR-Nr. 2012.117); Erlass einer Theaterverordnung zur Ausgliederung Betrieb «Theater Winterthur» aus der Stadtverwaltung und Überführung in die gemeinnützige Aktiengesellschaft «Theater Winterthur AG»	S. Kocher
8.(*)	18.98 (DFI)	Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2019 «Novemberbrief»	Verschiedene

9. 18.86 (DB) Kommunale Nutzungsplanung: Festsetzung der Umzonung Wallrüti und des öffentlichen Gestaltungsplans «Schulhaus Wallrüti» **M. Bänninger**
10. 18.87 (DB) Kredit von Fr. 28'418'000 für den Ersatzneubau des Klassentraktes, den Umbau des Singsaal- und Turnhallentraktes der Sekundarschulanlage Wallrüti in Oberwinterthur, für einen Ergänzungsbau zum Kindergarten und den Ersatz des Baumbestandes mit Instandstellung des Schulparkplatzes **M. Bänninger**
11. 18.99 (DSU) Schlussbericht «Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur» vom 6. Sept. 2018 **B. Helbling**
12. 18.37 (DSU) Monitoring und Controlling 2012 – 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050 **F. Landolt**
13. 17.38 (DFI) Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), Th. Leemann (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft Römertor
14. 18.110 (DSS) Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. PraktikantInnen in Kitas
15. 17.37 (DSS) Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) und R. Keller (SP) betr. zusätzliches Hallenbad für W'thur
16. 17.14 (DKD) Antrag und Bericht zur Motion K. Cometta-Müller (GLP), D. Hofstetter (Grüne), M. Sorgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader
17. 17.65 (DKD) Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss
18. 17.10 (DSO) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren
19. 17.23 (DSO) Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich
20. 16.20 (DSO) Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter
21. 16.59 (DSO) Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»
22. 16.82 (DTB) Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften
23. 17.97 (DTB) Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand
24. 17.98 (DTB) Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. «Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen»

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse zur 16. Sitzung dieser Amtsdauer.

Entschuldigt haben sich Lea Jacot für beide Sitzungen und Franco Albanese für die erste Sitzung. Verspätet eintreffen werden Felix Steger und Regula Keller.

Fraktionserklärungen haben wir keine, das ist schon mal ein guter Start, damit wir zügig vorwärts kommen mit dem Budget.

Wir haben einen Jahresabschluss-Apéro vor Augen und ich appelliere an alle, dass wir zügig vorwärtsmachen.

Beim Budget haben wir letztes Mal beim Eintreten schon sehr viele Voten gehört zu den Anträgen, die noch kommen werden, von daher bin ich zuversichtlich, dass wir an der ersten Sitzung möglichst weit kommen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2018.98: Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2019 «Novemberbrief»

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir steigen gleich ein ins Budget. Wir haben das letzte Mal das erste Produkt bereits abgenommen, das war das Produkt Personalamt.

Wir kommen jetzt zum zweiten Produkt: Stadtentwicklung. Auch da hat es Anträge.

Als erstes gibt es einen Kommissionsantrag, der von Iris Kuster begründet wird.

I. Kuster (AK): Es geht da um die Quartier-App. Das ist ein Pilotprojekt mit der ZHAW zusammen, das im Herbst 2018 lanciert wurde. Es wurde aus dem Fonds SmartCity lanciert. Es geht dabei um ein Projekt, das eine Massnahme der Legislaturplanung ist. Für Neuhegi soll das Pilotprojekt eine App entwickeln, die zur Bewirtschaftung des Parkbandes durch die Anwohner erfolgt. Das Projekt Quartier-App sollte Ende 2019 ausgewertet werden und ggf. auch Quartierentwicklungen in anderen Quartieren so mit weiteren Apps verbreitet werden. Hintergrund des Projektes ist es, dass die Quartierbevölkerung zunehmend nicht mehr über die gewohnten Kanäle (z.B. über die Dorfvereine) erreicht werden kann. Es ist also ein Versuch der Stadtentwicklung, wie man die Leute in den Quartieren über andere Kommunikationswege erreichen kann.

Die AK hat diesem Betrag mit 6:5 Stimmen zugestimmt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank. Wir machen es wieder gleich wie letztes Mal, dass wir pro Produkt alle Anträge zuerst sammeln. Und entsprechend kommen wir gleich noch zu den Anträgen der Fraktionen bzw. der Fraktion. Darf ich den Sprecher der SVP bitten, die weiteren Anträge bei diesem Produkt auch gleich zu stellen?

Th. Wolf (SVP): Das erste Thema ist der Antrag von der Reduktion des Globalkredites um 50'000 Fr. (Streichung Quartier-App). Unsere Fraktion ist vom Sinn und Nutzen einer Quartier-App nicht überzeugt. Wir vermuten da eine technische Spielerei für ein paar wenige.

Die 50'000 Fr. für eine synthetische Nachbarschaftshilfe kann man unserer Meinung nach einsparen. Das Organisieren von Chat-Gruppen ist nicht Aufgabe der Stadt.

Aus diesen Gründen bitten wir um Annahme dieses Antrages.

Ratspräsidentin A. Steiner: Jetzt hast Du mich falsch verstanden. Ich bitte darum, alle Anträge, die zu dieser Produktgruppe sind, vorzustellen. Und erst dann diskutieren wir über die Anträge – alles in einem.

Th. Wolf (SVP): Das zweite ist der Antrag des Globalkredits um 20'000 Fr. Es geht um das Streichen der Ausgaben zugunsten der Entstehung eines zweiten urbanen Zentrums.

Wir sind der Meinung, dass wir uns das nicht leisten müssen. Zentren entstehen durch Infrastruktur und Verkehrserschliessung. Die Begründung für die verschiedenen Projekte ist unklar. Der Posten führt zu einer Aufblähung des Globalkredites. Deshalb fordern wir die Einsparung dieser 20'000 Fr.

Das nächste ist die Reduktion Globalkredit um 13'000 Fr. (Streichung der Miete Frohsinn-Areal in Wülflingen). In der langen Geschichte des Frohsinn-Areals hat Bruno Stefanini einmal festgelegt, dass auch für die Bevölkerung etwas gemacht werden muss. Und dann ist irgendwie die Idee eines Quartierraumes entstanden. Während der langen Planungszeit wurde der Raum immer kleiner und ist heute mit 5 x 6 m, als 30 m² grosses Zimmer ohne Infrastruktur geplant. Der Ortsverein Wülflingen hat sich ausdrücklich gegen eine Nutzung ausgesprochen. In unseren Augen wäre eine Fremdvermietung besser, mit der man zusätzliche Einnahmen generieren kann. Deshalb bitten wir auch um Unterstützung für diesen Antrag.

Dann haben wir noch den Antrag zur Reduktion des Globalkredites um 75'000 Fr. – Streichung einer halben Stelle Sekretariat Integrationsförderung. Diese Stelle war bisher befristet und soll nun in eine fixe Stelle umgewandelt werden, ohne dass Wirksamkeit und Erfordernis geprüft wurden. Im Organigramm hat die Abteilung Stadtentwicklung für ihre drei Fachstellen Integrationsförderung, Stadtentwicklung und Quartierentwicklung je ein Sekretariat. In dem Stellenbeschrieb dieser halben Stelle besteht die Arbeit dieses Sekretariates aus Bereitstellen von Informationsmaterial, Vereinbaren von Terminen und Organisation von Veranstaltungen, Akquise von Aufträgen und der Kommunikation. Bei der Integrationsförderung gibt es bereits die Stellen Projektförderung, Information und Beratung sowie Interkulturelle Kommunikation. Wir denken, aus dieser Beschreibung heraus, können die vorher genannten Arbeiten ebenso gut von den Inhabern dieser Stellen ausgeführt werden. Deshalb stellen wir den Antrag um Reduktion von 75'000 Fr. für diese Stelle.

T. Brütsch (SVP): Ich begründe die weiteren Anträge zu dieser Produktgruppe.

Reduktion des Globalkredits um 38'000 Fr. (Streichung der geplanten Ausgaben für «Expo der Städte»). Die SVP ist der Meinung, dass das Letzte, das wir aufgrund des bereits bestehenden breiten Kultur- und Freizeitangebot inklusive der Kulturanlässe brauchen, eine zusätzliche Grossveranstaltung wie die Expo ist. Diese Gelder kann man bestimmt sinnvoller einsetzen und ausserdem hat sich mir auch nach mehrfachem Studium der Homepage für dieses Projekt nicht erschlossen, was man mit diesem Projekt genau bezwecken will. Ausser ein paar wohlmeinenden respektive hochtrabenden Ideen lässt sich aus der Homepage nichts Konkretes erschliessen. Offenbar haben es ein paar gute Verkäufer geschafft, dem Stadtrat das Expo-Projekt schmackhaft zu machen. Uns ist ausserdem auch nicht klar, warum der Stadtrat von diesen 76'000 Fr., die es braucht, um dieses Projekt überhaupt zu lancieren, 38'000 in Eigenregie gesprochen hat und weitere 38'000 jetzt vom Parlament absegnen lassen will. Warum nicht, wenn schon den ganzen Betrag vom Parlament absegnen lassen? Es scheint, dass Kostenüberschreitungen und Intransparenz offenbar zur DNA einer Expo gehören. Ich erinnere an die Expo 2002 in Biel, die am Schluss ungefähr 10 x so teuer kam (das ist jetzt keine Übertreibung, sondern wörtlich gemeint) als ursprünglich budgetiert. Solche Grossprojekte sind aus unserer Sicht ohne nachhaltigen Nutzen und werden vom Stimmbürger erfahrungsgemäss auch nicht goutiert. Ich erinnere an Sion 2026 oder an die Expo Ostschweiz, die von der dortigen Bevölkerung an der Urne abgelehnt wurde. Nachdem das jetzige Expo-Projekt zudem ein Gemeinschaftsprojekt von den 10 grössten Städten werden soll, ist auch noch überhaupt nicht klar, ob alle übrigen Städte mitziehen. Ich gehe davon aus, dass man sich auch in anderen Parlamenten die Sinnfrage stellt. Und ich vermute, dass z.B. Biel auch zu den 10 grössten Städten gehört und ich bin gespannt, wie das Parlament dort auf eine neue Expo reagiert. Wenn andere ausscheren würden, dann wären die gleichbleibenden Kosten wohl unter den verbleibenden Städten aufzuteilen, wohlbemerkt mit entsprechenden Mehrkosten. Die SVP votiert dafür, dieses Projekt in einer Frühphase zu beenden, statt überhaupt nicht absehbare Folgekosten zu riskieren für ein Projekt, das niemand wirklich wollen kann – ausser vielleicht ein paar Kulturschaffende, die daran verdienen.

Ich komme zum nächsten Antrag: Das ist eine Reduktion des Globalkredits um 43'000 Fr. (Streichung der geplanten Ausgaben zur Kompensation der Kürzung der Kantonsbeiträge für

das Integrationsprogramm (KIP)). Der Stadtrat, das haben wir schon letztes Mal moniert, versucht auf verschiedenen Wegen den Volksentscheid über den Status vorläufig aufgenommener Asylbewerber respektive asylfürsorgeberechtigter Ausländer zu umgehen und zusätzliche finanzielle Mittel in das System zu pumpen. In diese Richtung zielt unseres Erachtens auch die Kompensation der Kürzung der Kantonsbeiträge KIP, mit der zu einem beträchtlichen Teil vorläufig Aufgenommene unterstützt werden sollen, die eigentlich unser Land verlassen müssten. Die Kürzungsanträge richten sich insofern auch nicht gegen den ganzen bereits bestehenden Integrationskredit von über 200'000 Fr. im Budget, dieser ist so stehenzulassen. Es geht ganz dezidiert um die weitere Erhöhung von 43'000 Fr., wie sie jetzt beantragt wurde. Dann der letzte Antrag zu dieser Produktgruppe: Das wäre die Reduktion des Globalkredits um 6'000 Fr. (Streichung der geplanten Ausgaben zur freiwilligen wirtschaftlichen Hilfe an Ausländer). Auch hinter diesen Ausgabeposten machen wir ein grosses Fragezeichen. Es werden offenbar für 30 Personen Sprachkurs-Kosten im Umfang von 500 Fr. verbilligt. Was ausgerechnet diese 30 Personen qualifiziert, um was für Personen es sich handelt, warum die Kosten nicht über das Budget des Sozialamtes finanziert werden oder ganz grundsätzlich über das Globalbudget, sondern über ein spezielles Kässeli der Stadtentwicklung – das ist aus unserer Sicht alles völlig unklar und auch nicht zufriedenstellend beantwortet worden im Rahmen der Kommissionsberatungen. Ich bleibe darum bei einer früheren Aussage: Wenn die Stadt oder in dem Fall die Stadtentwicklung solche Leistungen erbringen will, dann soll sie das bitte sehr aus dem Globalbudget finanzieren.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit hätten wir die Anträge beisammen. Gibt es noch einen zusätzlichen Antrag? Dann würden wir als nächstes diese Anträge diskutieren und über diese abstimmen. Ganz zum Schluss gibt es noch eine persönliche Erklärung, die die Stadtentwicklung betrifft.

Dann ist die Diskussion frei, das Wort hat Urs Glättli.

U. Glättli (GLP): Zuerst eine Anmerkung zuhanden des Protokolls, nachher zu den gestellten Anträgen. Bei der Produktgruppe Stadtentwicklung ist ein „Beitrag zur Lancierung der Marke House of Winterthur“ in der Höhe von 200'000 Franken eingestellt, wie aus dem Informations teil unter Beiträge an Dritte hervorgeht. Ein ebensolcher Beitrag ist im Planjahr 2020 zu erwarten. Dies überrascht und erstaunt uns doch etwas! Haben wir doch vor kurzem für das «House of Winterthur» eine Leistungsvereinbarung verabschiedet und darin grosszügige, jährlich wiederkehrende Zahlungen bewilligt. Eine Erklärung des Stadtpräsidenten wurde angekündigt. Er wird versichern, im kommenden Jahr eine separate Weisung vorzulegen, ohne deren Verabschiedung vorher kein Geld fliessen werde. Dieses Vorgehen begrüssen wir, auch wenn die Grünliberalen die Weisung dann durchaus kritisch prüfen werden.

Zuhanden des Protokolls möchten wir vermerken, dass dies so zu verstehen ist, als zuhanden dieses Budgetpostens ein protokollarischer Sperrvermerk angebracht wird. Ohne die Bewilligung des notwendigen – aber noch ausstehenden – Verpflichtungskredits darf zum erwähnten Zweck also kein Geld fliessen.

Kurz noch zu den gestellten Anträgen.

Die Grünliberalen unterstützen den Antrag Brüttsch, den Globalkredit betreffend Quartier-App um 50'000 Fr. zu kürzen. Die übrigen SVP-Kürzungsanträge lehnen wir ab.

Die Expo.01 ist uns noch in lebendiger Erinnerung. Das war ein gelungener Anlass, der für Offenheit und Vernetztheit unseres Landes nach innen wie nach aussen leuchtete. Damals standen mehrere Kantone am Jura-Südfuss hinter der Organisation. Für die kommende geplante Expo sollen das die grössten Städte dieses Landes sein. Das ist eine gute Gelegenheit, für die urbanen und progressiven Werte dieses Landes einzustehen. Für das und das nötige Geld bieten wir Grünliberalen gerne die Hand.

B. Huizinga (EVP): Da haben wir schon den ersten unsmarten Angriff auf SmartCity. Es werden noch ein paar folgen heute Abend. Es wird generell, auch von bürgerlicher Seite, konstant moniert, die städtische Verwaltung sei unzureichend digitalisiert, hinke hintennach, sei zu wenig innovativ etc. Wenn dann ein Vorschlag in diese Richtung vorliegt und sogar extra

budgetiert wird (das obwohl notabene 50'000 Fr. gemessen am Gesamtbudget kein grosser Betrag ist, der einmalig zu bewilligen ist) – dann wird er abasiert. Ein weiterer Grund für die EVP, nicht zuzustimmen, ist, dass mit der Sprechung dieses Geldes die wichtige Quartierförderung unterstützt wird. Es ist verwirrend, dass die SVP weder auf die Quartiere noch auf die Zentren in dieser Stadt setzt. In der Produktegruppe Stadtentwicklung habt Ihr ja den Antrag zur Streichung dieser Fördermittel auch gestellt. Was möchtet Ihr denn? Keine Quartier- und keine Zentrenentwicklung? Wollt Ihr Ackerland oder Landwirtschaftszone in der Grossstadt? Die EVP sieht in der Entwicklung von Quartier-Apps eine Möglichkeit für die Bevölkerung, sich simpel, niederschwellig und eben smart selber zu organisieren, zu gestalten und sich einzubringen. Wir sprechen dieses Geld gerne dafür.

Zu den diversen Anträgen der SVP: Dabei handelt es sich entweder um parteipolitisches Vorgehen, welches wir, obwohl zwei Buchstaben im Parteikürzel identisch sind, überhaupt nicht mittragen können. Oder es handelt sich um solche Anträge, die in der Budgetdebatte auf Nachfrage aus der Kommission plausibel erklärt und dargelegt wurden, die einfach keine Mehrheit gefunden haben. Die EVP lehnt alle vollumfänglich ab.

M. Sörgo (SP): Wir teilen uns auf mit den Voten. Deniz Cetin wird zu allen Anträgen sprechen, bei denen es um das Thema Integration/Integrationshilfe geht. Ich kann aber voraus schon sagen, dass wir alle Kürzungsanträge ablehnen werden.

Zum Antrag 1 mit der Quartier-App, Kürzung um 50'000 Fr.: Das lehnen wir ab, weil das Projekt Bestandteil ist vom strategischen Ziel des Stadtrates zu SmartCity. In diesem Bereich ist der Stadtrat durch kleine, zeitnah umsetzbare Projekte daran, Erfahrungen zu sammeln und diese auszuwerten. Da haben wir es mit einem dieser kleinen Projekte zu tun. Das Projekt kommt von der Basis, es ist überlegt, es verfolgt ein klares, überschaubares Ziel, dass nämlich die Leute in Neuhegi das neue Parkband zwischen dem Schulhaus Neuhegi und der Bahnstation Hegi aktiv nutzen können. Die App ist ein Hilfsmittel dafür. Es ist mir ein Rätsel, was gegen ein solches Projekt sprechen sollte. Die Stadtentwicklung heisst so, weil sie eben die Stadt entwickeln, weiterentwickeln möchte. Und das Wesen der Entwicklung ist auch, dass man keine 100prozentige Sicherheit hat, dass sie gelingt. Es muss in Winterthur Möglichkeiten geben, Sachen, die das Zusammenleben in den Quartieren fördern, auch auszuprobieren.

Zum 2. Antrag, zum zweiten urbanen Zentrum, eine Kürzung von 20'000 Fr.: Das lehnen wir auch ab, weil die Bevölkerungszahl in Neuhegi wächst, gleichzeitig fehlt es aber noch an Quartierangeboten. Die Situation der Gewerbe und die Angebote sind alles andere als befriedigend. Läden, die eröffnet haben, schliessen wieder oder kämpfen um das Überleben. Die Stadt hat im Rahmen der neuen Legislatorschwerpunkte die Massnahme «Förderung des urbanen Zentrums Neuhegi-Grüze» beschlossen. Wenn wir nicht wollen, dass das Quartier Neuhegi-Grüze zum Schlafquartier wird, muss die Stadt aktiv sein oder aktiv werden, sie muss eine Vernetzungsrolle übernehmen und mit verschiedenen Massnahmen diese Entwicklung unterstützen. Natürlich kann die Verantwortung für diese Entwicklung nicht von der Stadt alleine übernommen werden, andere Akteure wie die Giesserei stehen ebenfalls in der Pflicht. Wir sprechen da von 20'000 Fr. für 4 Jahre – ein Betrag, der sich angesichts von möglichen Problemen, die man von anderen Schlafquartieren kennt, allemal lohnt.

Zum Antrag 5, Kein Beitrag für das Projekt «Expo der Städte»: Auch diesen lehnen wir ab, weil die 10 grössten Städte (Basel, Bern, Biel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich) hatten eine Idee. Im Zentrum dieser Idee steht eine landesweite Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Zusammenleben in der Schweiz im 21. Jahrhundert. Für die rund 2jährige Lancierungsphase dieser Idee braucht es ein Budget von jährlich 500'000 Fr. und das teilen sich die 10 Städte als Initiantinnen proportional nach Einwohnerzahl auf. Winterthur trifft für die nächsten beiden Jahre proportional zur Bevölkerung ein Betrag von 38'000 Fr. pro Jahr. Die bestehende Idee soll in dieser Zeit bis Mitte 2020 weiterentwickelt und auf ihre Machbarkeit getestet werden. In der anschliessenden Konkretisierungsphase zwischen 2020 – 2022 wird sich entscheiden, ob diese Expo tatsächlich zur neuen Landesausstellung heranwachsen kann. Winterthur wird nicht eine Landesausstellung zahlen. Wir beteiligen uns solidarisch und entsprechend zu unserer Grösse an der Entwicklung

einer Idee. Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Wir wollen eine Stadt, die sich aktiv an Entwicklungen beteiligt, die offen ist, etwas auszuprobieren. Und nicht eine Stadt, die von weitem zuschaut, was andere machen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL wird alle Anträge zu der Stadtentwicklung ablehnen. Die Fraktion steht grundsätzlich hinter der SmartCity-Strategie des Stadtrates – und es ist klar, das kostet auch Geld. Insofern unterstützen wir diesen Kürzungsantrag nicht. Es ist jetzt falsch, wenn wir über jedes Projekt, das in diesem Rahmen aufgelegt wird, lang debattieren. Es ist klar, dass diese Projekte alle noch Anpassungen erfahren werden, aber der Stadtrat braucht Handlungsspielraum.

Quartier-Apps gibt es bereits in Zürich, Bern, Basel und vielen anderen Städten. Ich sehe es als Ergänzung zu den Quartierzeitungen, die leider manchmal, wenn sie erscheinen, bereits schon veraltet sind. Quartier-Apps fördern die Nachbarschaft im weitesten Sinn und sie sollen ein Beschleuniger und nicht ein Ersatz für den persönlichen Austausch sein.

Zu den anderen Anträgen: Die SVP hat mit einiger Verzögerung festgestellt, dass in Winterthur ein zweites urbanes Zentrum entsteht - bzw. es existiert ja bereits. Aber wir wissen, es läuft nicht alles super. Aussenräumen sind zum Teil problematisch, es ist zum Teil sehr, sehr dicht gebaut worden. Das Gewerbe beklagt sich und kulturelle Veranstaltungen haben wir auch nicht. Quartierbelebung braucht eine gewisse Zeit und auch ein bisschen Geld. Wir lehnen auf diesen Antrag wie gesagt ab.

Zum Antrag Frohsinn-Areal möchte ich eigentlich gar nicht viel sagen. Auch wenn es jetzt nicht so klar ist, was an diesem Ort kommen soll, dünkt es uns nicht sinnvoll, diesen Betrag jetzt herauszustreichen. Wir werden diesen Betrag früher oder später in Wülflingen brauchen. Mit dem Sekretariatsanteil bei der Integrationsförderung dünkt es mich nicht geschickt, diesen zu sparen, das ist ja die Stelle, die das Geld hereinholt beim Kanton.

Und zur Landesausstellung ist schon zu erwähnen, dass das zur Schweiz gehört. Es wird keine Landesausstellung in einem engen und eingezäunten Gelände werden. Ich würde mich freuen, wenn Winterthur ein Teil davon wäre. Wir lehnen wie gesagt auch diesen Antrag ab. Und ich finde es auf jeden Fall viel, viel besser, wenn sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz vielleicht für ein Wochenende mit dem Leben in der Schweiz befassen, statt ins Ausland jetten um dort einzukaufen.

Zum Antrag Integrationsprogramm ist auch klar: Das ist uns etwas wert. Wir lehnen diesen ab.

Und betreffend dem Antrag wegen der 6'000 Fr. möchte ich gar keine Worte verlieren, sonst Verbraten wir noch mehr Geld beim Schwatzen als das, um was es beim Antrag geht.

I. Kuster (CVP/EDU): Zur Streichung der Quartier-App: Wir von der CVP/EDU-Fraktion wollen, dass die Stadt Winterthur SmartCity wird und die Digitalisierung des Verwaltungsprozesses ist uns ein wichtiges Anliegen. Die CVP Winterthur fordert schon lange ein elektronisches Bürgerportal. Und, liebe Barbara, wir wollen eben, dass die Winterthurer Bürgerinnen und Bürger die gesamte Kommunikation mit der städtischen Verwaltung über ein solches Portal abwickeln können. Die Quartier-App tönt aber eher nach einer Insellösung. Und für uns fehlt die Einbettung in ein Gesamtkonzept. Und wenn schon der Start aus dem SmartCity-Fonds finanziert worden ist, so sollte es aus unserer Sicht bis zum Pilot-App aus dem gleichen Topf finanziert werden. Wieso soll man also jetzt ein Okay geben für etwas, das dann erst Ende 2019 evaluiert wird? Bevor jedes Departement nun irgendwelche Applikationen lanciert und dafür Geld ausgibt, wollen wir einen Plan sehen, in dem von den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgegangen wird. Und dann sollen die Prioritäten gesetzt und die Ressourcen verteilt werden.

Die folgenden Anträge: Den Antrag Neuhegi unterstützen wir, und zwar nicht, weil wir nicht Hegi als zweites Zentrum wollen (das ist uns wichtig), aber aus unserer Sicht braucht es dazu keine zusätzlichen Anlässe. Sondern es ist wichtig, dass das Verkehrskonzept Neuhegi-Grüze umgesetzt wird. Und, Christian, Du hast gesagt, das Gewerbe leidet. Ja, da sind wir auch dafür und da wollen wir doch den Appell an die Verwaltung geben, dass die Restaurants, die dort sind, grösseren Handlungsspielraum brauchen. Und sie sind dankbar, wenn

die Verwaltung flexible und unbürokratische Lösungen hilft zu evaluieren. Und sie verdienen eine Chance, damit auch sie überleben können.

Zum Frohsinn-Areal sind wir der gleichen Ansicht wie die SVP. Wenn etwas nicht gewollt und nicht gebraucht wird, dann müssen wir es auch nicht budgetieren. Und wenn dann eine Lösung gefunden worden ist, sind wir gespannt, wo dann die Stadt eine Lösung findet mit allen Beteiligten. Dort findet man dann sicher eine Finanzierung oder man kann eine Weisung machen, mit der das finanziert wird.

Die Streichung der Integrationsförderung lehnen wir ab, denn die Integration der fremdsprachigen Bevölkerung ist uns wichtig. Sie muss aber koordiniert erfolgen und die Erfolge müssen nachgewiesen werden. Da wäre ein Controlling nicht nur wünschenswert, sondern zwingend notwendig. Wir haben keine Kenntnis eines solchen bzw. mir wurden dazu noch nie Zahlen präsentiert. Wir sagen trotzdem Nein zur Streichung der Stelle in der Hoffnung, dass uns so nächstes Jahr mehr Zahlen und Erfolge präsentiert werden können.

Die Ausstellung Expo: Die letzte Expo haben wir, wie Urs gesagt hat, alle noch in guter Erinnerung. Etwas weniger gut war die gesamte Vorlaufphase und das finanzielle Hin und Her. Dass jetzt die nächste Expo von 10 Städten geplant wird, ist ein spannender Ansatz. Dass Winterthur als sechstgrösste Stadt zumindest am Anfang dabei sein muss, macht Sinn. Wenn dann einmal die genauen Ideen, Vorstellungen vorliegen und die zu erwartenden Kosten-/Nutzenanalysen, dann können und wollen wir vom Gemeinderat her einbezogen werden. Sich aber jetzt schon aus dem Ganzen zurückziehen, erachten wir als falsch. Denn wenn wir jetzt dabei sind, dann erhalten wir sicher mehr Wirkung schweizweit und auch gute Kontakte, die uns helfen, als wenn wir dann teure Marketingkampagnen starten.

Den KIP lehnen wir ab, weil uns glaubwürdig versichert wurde, dass das Leistungsangebot sonst gekürzt werden müsste bei der Integrationsförderung, und das wollen wir zurzeit nicht. Aber an dieser Stelle möchten wir doch darauf hinweisen, dass auch da wiederum der Kanton Beiträge streicht und so die Kosten auf die Gemeinden abschiebt. Da bitten wir den Stadtrat, sich dafür einzusetzen, dass das nicht immer dauernd passiert. Wir hatten ja schon letztes Jahr eine Kürzung.

F. Helg (FDP): Ich darf auch noch die Meinung der FDP zu diesen Anträgen bekanntgeben. Erstens ist der Kommissionsantrag auf Streichung von 50'000 Fr. für die Quartier-App: Wir sind von der FDP nicht ganz überzeugt, es sind auch ziemlich hohe Folgekosten bis ins Jahr 2022 im Budget ausgewiesen. Es ist vielleicht ein nice to have, aber nicht direkt notwendig. Zweitens ist der SVP-Antrag auf Streichung von 20'000 Fr. für ein zweites urbanes Zentrum in Neuhegi: Uns erscheint dieser Betrag wenig konkret. Wir denken, dass man auf diesen Betrag verzichten könnte.

Drittens ist der SVP-Antrag auf Streichung von 13'000 Fr. für Miete im Frohsinn-Areal. Wir haben gehört, dass die Bedürfnisse im Quartier in eine andere Richtung gehen. Auch seitens der Stadt scheint man mit anderen Lösungen leben zu können, so dass dieser Betrag (heute jedenfalls) nicht nötig ist.

Viertens der SVP-Antrag auf Streichung von 75'000 Fr. für das Sekretariat Integrationsförderung. Wir von der FDP lehnen diesen Antrag ab. Der Bereich Integrationsförderung leistet wertvolle und wichtige Arbeit. Dazu gehört auch ein Sekretariat. Wir haben auch gehört in der Kommission, effektiv ist es nicht eine halbe Stelle, sondern nur 0.35 Stellenprozent, so dass man das durchaus noch rechtfertigen kann.

Fünftens der SVP-Antrag auf Streichung von 38'000 Fr. für die «Expo der Städte»: Wir von der FDP finden, dass man nicht schon jetzt den Stecker ziehen sollte, sondern dass ein gewisser Initialaufwand nötig ist, und man dann danach entscheiden muss, wenn man da gewisse Begründungselemente hat, wie es mit dieser Expo weitergehen soll. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Sechstens der SVP-Antrag auf Streichung von 43'000 Fr. für Kompensation von Kürzungen Kantonsbeiträge für das Integrationsprogramm: Wir lehnen diesen Antrag auch ab. Wir finden die Integrationsaufgaben für die betroffene Personengruppe von Bedeutung, so dass man auch diese 43'000 Fr. sprechen kann.

Und zuletzt haben wir noch den Antrag der SVP auf Streichung dieses Mini-Beitrages von 6'000 Fr. für freiwillige wirtschaftliche Hilfe. Wir würden diesen Antrag unterstützen. Wir denken, man kann das auch über das Sozialhilfebudget und im Rahmen der situationsbedingten Leistungen abwickeln und es braucht kein zusätzliches Geld dafür.

D. Cetin (SP): Es freut mich, überhaupt das erste Mal da im Parlament sprechen zu dürfen. Ja, ich möchte etwas zu den drei Anträgen der SVP sagen: Streichung Sekretariat Integrationsförderung, Streichung der geplanten Ausgaben zur Kompensation der Kürzung der Kantonsbeiträge für das Integrationsprogramm und Streichung der geplanten Ausgaben zur freiwilligen wirtschaftlichen Hilfe an Ausländer. Wenn ich das generell anschauen, fällt mir auf, dass man versucht auf Kosten der Menschen zu sparen, die überhaupt keine Möglichkeit haben sich zu wehren oder überhaupt eine Meinung zu bilden.

Zur Streichung Sekretariat Integrationsförderung: Dass Integration in Winterthur wichtig ist, sollten wir Winterthurerinnen und Winterthurer eigentlich gut erkennen. Wenn wir etwas zurückschauen, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, finde ich, dass wir nicht kürzen sollten, sondern eher Integration fördern. Das Sekretariat ist eine niederschwellige offene Tür. Es gibt den Menschen die Möglichkeit, dass sie unkompliziert und niederschwellig eine Beratung abholen können. Es geht da um 50 Stellenprozent und davon werden eigentlich 0.35 Stellen neu geschaffen. 15% werden von den anderen Stellen transferiert. Und effektiv beträgt der zusätzliche Aufwand 46'000 Fr. und nicht 75'000 Fr.

Maria Sorgo hat bereits gesagt, dass wir sämtliche Anträge ablehnen werden.

Zum Integrationsprogramm: Da geht es um vorläufig aufgenommene Menschen, die man nicht zurückschaffen soll und darf, weil die Situationen in ihren Heimatländern das nicht ermöglichen. Diese Menschen bleiben wahrscheinlich 5, 10 oder 15 Jahre da in der Schweiz. Die Kinder werden hier zur Schule gehen und es ist im Interesse der Allgemeinheit, dass wir diese Menschen unterstützen sollten, damit sie nicht längerfristig dann sozialhilfeabhängig sind und damit sie auch auf den hiesigen Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Und gemäss Bundesrecht sind wir auch verpflichtet, diese Menschen beruflich und auch sozial zu integrieren. Zur Streichung der geplanten Ausgaben zur freiwilligen wirtschaftlichen Hilfe an Ausländer: Dieser Antrag ist aus meiner Sicht zynisch. Es geht um 6'000 Fr. Es geht um den Beitrag für Deutschkurse für 30 Personen, bei denen die Kurskosten um 200 Fr. verbilligt werden. Und die Hälfte davon wird dann auch zurückerstattet.

Also bei diesen drei Anträge finde ich grundsätzlich: Wenn man das Budgetbuch durchblättert, fällt mir einfach auf, dass wenn es eine Produktegruppe gibt, die Migranten betrifft, die Asylfürsorge betrifft – dann hat man flächendeckend Kürzungsanträge. Und das ist auch eine Message. Wenn ich als Migrant, als Bewohner dieser Stadt, das anschau: Wie soll ich das einordnen? Letzte Woche hat Yvonne Beutler zu den Kürzungen beim Personal das Wort «Wertschätzung» gebracht. Es ist uns wichtig, dass auch die Menschen, die Schutz brauchen, das sind die Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, Wertschätzung erfahren. Sie schaffen nicht nur Probleme, sie schaffen nicht nur Kosten, sondern sie bereichern auch unsere Wirtschaft und unsere Kultur und sie wollen auch ein Teil der Politik werden und auch mitwirken.

Und wir hatten in Winterthur in den letzten Jahren ziemlich Diskussionen zum Thema Radikalisierung, Islamismus, Jihadismus – das hat uns ziemlich beschäftigt, das hat uns auch imagemässig ziemlich geschadet. Und wenn ich diese Kürzungen anschau, dann merke ich, dass man diesen Kräften eine Message gibt, die interessiert sind, solche Strukturen aufzubauen wie die An-Nur-Moschee. Es sollte uns wichtig sein, dass wir diesen Menschen eine Hand bieten, dass wir ihnen auch das Gefühl geben, dass sie ein Teil unserer Stadt sind und dass wir gemeinsam vorgehen wollen. Und deshalb werden wir als SP-Fraktion sämtliche Anträge ablehnen.

D. Oswald (SVP): Ich muss da schon etwas entgegnen. Es geht um 6'000 Fr. - es ist einfach interessant: Wenn man da und dort und an jedem Eck etwas gibt für Integration gibt (das ist auch ein Modewort) und dann überall noch ein bisschen Geld versteckt oder verstreut. Und schlussendlich macht dann Kleinvieh auch Mist in der Summe. Es ist einfach interessant. Und

ich glaube, wenn schon sollte man das konzentrieren und nicht überall Geld verstecken, um das geht es nämlich schlussendlich. Mit diesen 6'000 Fr. lösen wir Probleme wie die An-Nur-Moschee auch nicht. Dort geht es auch nicht um Geld, dort geht es um die Einstellung, die wir haben zu diesen Leuten. Und das ist eben genau die falsche Einstellung, dass wir diese alles machen lassen und uns selber sogar wirklich zurücknehmen und gar nicht mehr zu unserer Kultur stehen. Und dort liegt das Problem, nicht bei diesen 6'000 Fr. Streichen Sie diese 6'000 Fr.

D. Berger (Grüne/AL): Ein Einschub. Geht es da nicht um Hauptanträge? Ein Globalbudget ist doch ein Hauptantrag, und jetzt haben wir 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 Hauptanträge. Müssten wir gemäss Artikel 41 der Geschäftsordnung nun nicht alle diese Anträge gegeneinander abstimmen lassen und der obsiegende wird nachher ins Budget übertragen? So wie es sonst auch Usus ist bei den anderen Geschäften?

Ratspräsidentin A. Steiner: Nein, das sind alles Einzelanträge.

Stadtpräsident M. Künzle: Es kam ein ganzer Stapel zusammen bei der Stadtentwicklung. Ich möchte zuerst darauf hinweisen, dass ich froh wäre, wenn alle 7 Anträge abgelehnt werden. Ich weise auch darauf hin, dass es nur einer in der Kommission geschafft hat, überhaupt als Kommissionsantrag zu kommen, und alle anderen Anträge wurden von der Kommission abgelehnt. Ich bitte darum, dass man der Kommission auch folgt.

Ich beginne bei der Quartier-App. Wir haben unter dem Titel «SmartCity» eine Struktur aufgebaut, Prozesse festgehalten, wir haben einen Steuerungsausschuss. Wir sagten den Frontabteilungen: «Ihr seid am nächsten dran bei den technischen Entwicklungen, Ihr seht, was geht – bringt Anträge, legt diese dem Steuerungsausschuss vor. Der Steuerungsausschuss bestimmt dann, welche Teilprojekte er laufen lässt und welche nicht.» Und das lief auch hier so. Es war ein Projektantrag von der IDW, von Stadtgrün und der Quartierentwicklung, die also zusammen, miteinander und nicht Einzelsprung und verzettelt, alle miteinander diesen Antrag gestellt haben. Wir haben das im Steuerungsausschuss angeschaut und mussten sagen, doch, das ist eine gute Idee. Ich war heute Morgen bei der Vorstandssitzung des schweizerischen Städteverbands. Man hat uns Winterthurnern attestiert (das habe nicht ich dort gesagt, sondern die anderen Stadtpräsidenten haben uns Winterthurnern attestiert), dass wir beim Titel «SmartCity» weit vorne dabei sind. Nebst St. Gallen, nebst Zürich, nebst Basel kommt schon Winterthur. Wir haben uns da also einen Namen, einen Rang erarbeitet, und ich meinte, dass man unter dem Titel «SmartCity» weiterfahren sollte, und jetzt nicht hingehet und etwas, das wir entschieden haben in unseren Strukturen, und wir ja auch von Ihnen, dem Parlament, mit 200'000 Fr. unterstützt wurden im letzten Budget (man hat also ein Zeichen gesetzt, wir wollen als SmartCity weitermachen), dass man dann bei der ersten Gelegenheit ein solches Projekt, das wir mit dem Budget bringen, gleich streicht. Es ist etwas Wichtiges, das Thema SmartCity, und wir haben es in den Legislatorschwerpunkten drin, wir wollen da unter dem Titel Digitalisierung weitermachen. Und ich bitte Sie, dass Sie uns da nicht andauernd Knebel zwischen die Beine werfen. Und wir haben also bei weitem nicht alle Projektanträge abgesegnet, sondern wir haben sie einander gegenüberstellt. Es wäre ein Pilotprojekt, das wir starten wollen damit. Es geht darum, eben eine Plattform zu schaffen, die Kommunikation und die Information auszutauschen. Wenn ich jetzt gerade höre, in Neuhegi könnte man z.B. die Menüpläne dieser Restaurants, die so Mühe haben, auf einer solchen App platzieren usw. – es geht um einen gesteigerten Austausch innerhalb eines Quartiers. Und ob das funktioniert oder nicht, das möchten wir gerne mit diesem Pilotprojekt ausprobieren. Wir sind der Meinung, es hat gute Chancen. Und deshalb möchte ich Sie bitten: Lassen Sie uns da laufen mit diesem SmartCity-Projekt.

Dann gehe ich zu den weiteren Anträgen. Der zweite Antrag wegen dem zweiten urbanen Zentrum: Also das haben wir schon lange verkündet, dass man mit Neuhegi eine Entwicklung anpeilt. Und es war uns immer bewusst, dass das eine sehr schwierige Angelegenheit wird. Es braucht (es wurde heute gesagt) enorm viel Zeit. Und die einzelnen Gewerbe, die den Mut haben, schon am Anfang zu eröffnen, die brauchen erfahrungsgemäss einen langen, langen

Schnauf. Und das ist in Neuhegi nicht anders. Wir als Stadt haben damals die Halle 710 gekauft und sagten, die Halle 710 muss eine Quartierrolle spielen, die muss helfen, dieses Quartier weiterzuentwickeln. Wir haben jetzt einen Markt, den man dort drinnen stattfinden lassen kann; wir haben ein Restaurant dort drin; wir haben Quartierräume, die man nutzen kann. Wir leisten damit einen Beitrag. Aber ich verstehe das Gewerbe, das sagt, es laufe nicht so gut, es muss bekannter werden – und jetzt muss die Stadt helfen kommen. Das sehe ich dann also schon ein bisschen anders. Selbstverständlich können wir in unserem Rahmen Unterstützung bieten. Aber das Gewerbe, das sind Unternehmer, die tragen ein gewisses Risiko. Und wir probieren von der städtischen Seite her, das so gut wie möglich zu machen. Dass es wirklich Zeit braucht, das muss man einfach wissen, es braucht dort einen langen Schnauf. Und wir sind punktuell dran, solche Unterstützung zu bieten, damit sich das Quartier gut entwickeln kann. Da würde sicher auch das vorher besprochene Quartier-App eine Rolle spielen. Aber wie gesagt: Nehmen Sie uns nicht die Mittel weg, die wir jetzt da einsetzen wollen, und sagen Sie nicht «Es läuft ja jetzt schon nicht gut, das Gewerbe ist jetzt schon nicht zufrieden, die Stadt muss jetzt schon unterstützen» (uns ein bisschen anklagen unter diesem Titel) - und gleichzeitig noch 20'000 Fr. wegzunehmen, so dass wir solche einzelnen punktuellen Sachen nicht machen können... Ich denke, das ist in sich widersprüchlich.

Bei der Miete Räumlichkeiten Frohsinn-Areal habe ich alles Verständnis für diesen Antrag. Auch wir sehen, dass der Raum im Rahmen dieses Bauprojektes immer kleiner geworden ist und dass wir dort mit diesem Raum so nichts anfangen können. Ich würde aber das Geld trotzdem drinlassen, denn der Bedarf für einen Quartierraum in Wülflingen ist nach wie vor da und wir sind nach wie vor dran, eine Lösung zu suchen. Da wäre ich froh um diesen Betrag, auch wenn es nicht dort auf dem Frohsinn-Areal ist, aber das Geld bräuchten wir trotzdem für einen Quartierraum.

Dann bei der Integrationsförderung: Das Sekretariat ist aufgebaut worden, es leistet mit einem Beitrag, wenn es eben auch darum geht, Gelder hineinzuholen, und ist (das ist noch wichtig) auch das Sekretariat vom Migrationsbeirat. Ein Migrationsbeirat, der neu aufgestellt ist (also mittlerweile auch nicht mehr neu, aber unter dem neuen Präsidium mit neuen Leuten drin), sehr aktiv ist, eine Stimme der ausländischen Bevölkerung bei uns in der Stadt ist, eine Stimme ist von all diesen Leuten mit einem Migrationshintergrund. Und sie machen hervorragende Arbeit. Es wäre also eine Ohrfeige an diese Adresse, wenn man diesen entsprechend die Stellenprozente wegnehmen würde. Da würde ich Ihnen wirklich dringend abraten. Und halt grundsätzlich bei der Integration: Natürlich darf man auch dort nicht überborden, aber es ist halt so: Die Mittel, die man dort investiert, die haben wir nachher nicht verdoppelt und verdreifacht, wenn wir dort dann nachputzen müssen, wenn es dort Ärger gibt.

Dann die «Expo der Städte». Man sagte, man sei einem guten Verkäufer aufgesessen - dann ist man mir aufgesessen. Ich habe mit den anderen 9 dieses Projekt unterstützt, weil ich der Meinung bin, dass es das braucht, dass man innerhalb eines Rahmens (das sind dann etwa 30 Jahre später, wenn man unsere Zeitplanung so anschaut) die Generationen wieder einmal die Gelegenheit haben, unsere Schweiz zu reflektieren, wieder einmal zu schauen, was gesellschaftlich für Trends vorhanden sind. Und man schaut ja nicht nur zurück, sondern man schaut vor allem auch vorwärts. Und wenn Sie so die Erinnerung haben an die Expo.02 damals in Biel, Neuenburg und Yverdon, dann war das einfach ein Ereignis. Also ich höre nur gute Stimmen dazu. Das war ein Ereignis, das hat gewisse gesellschaftliche Diskussionen ausgelöst. Natürlich hat man noch in Erinnerung, dass man 2 h anstehen musste, um ein Exponat zu besuchen, aber grundsätzlich ist es in einer guten Erinnerung. Es blieb auch in Erinnerung, dass es finanziell viel teurer wurde, dass die ganze Planung für Diskussionen sorgte, dass es wieder Verschiebungen gab... Wir mit unserem Projekt, wir weisen aus, was es kostet. Ich denke, der Vorwurf, wir wollten da irgendwie etwas verheimlichen, der stimmt so nicht. Wir haben 38'000 über den Stadtratskredit genommen und kommen ja mit der 2. Hälfte für das nächste Jahr vor das Parlament, damit Sie auch die Gelegenheit haben, über das zu diskutieren, über Sinn und Unsinn. Aber ich denke, es ist richtig, dass die 10 grössten Städte jetzt die Idee ergriffen haben und den Motor Expo in Gang gesetzt haben. Und in dieser Phase, die jetzt kommt, ist eine Teilaufgabe, die wir haben, diverse andere Städte und Kantone für dieses Projekt zu gewinnen. Das ist am Schluss eine nationale Expo, nicht «unsere»

Expo, sondern eine nationale. Der Bund wird sich damit auseinandersetzen müssen und wir sind am Vorbereiten. Und wir wollen das so gut wie möglich vorbereiten, damit es eben in der ganzen Vorbereitungszeit nicht Probleme gibt mit der Finanzierung und Verschiebungen und grosse Diskussionen. Wir wollen eine solide Basis setzen, bevor wir dieses Projekt nachher mit unseren Ideen dem Bund übergeben. Und da bitte ich auch, dass wir da dabei sein können, mit anderen Städten, und noch weitere Städte und Kantone finden können, die letztendlich den Schlüssel für uns noch attraktiver machen. Ich habe es in der Kommission gesagt (denn in der Kommission kam v.a. das formelle Argument, man hatte Angst, wir seien mit den 38'000 über den Tisch gezogen worden), ich kann das da gerne wiederholen: Wir sind 10 Städte. Das sind insgesamt 1'428'000 Einwohner – Winterthur ist mit 109'000 in der Rechnung drin (wir wären eigentlich 114'000). Das sind 7.68%, und das sind die 38'400. Also ich denke, ich habe da formell erklärt, dass es bezüglich dieser Zahl auch transparent ist. Und je mehr Städte da mitmachen, desto günstiger wird es für die, die da mitmachen. Ich möchte Sie da wirklich bei Laune behalten, was die «Expo der Städte» betrifft. Ich denke, es ist eine gute Geschichte für unser Land.

Die Kürzung der 43'000 Fr.: Der Bund hat dem Kanton Zürich (und nicht nur dem Kanton Zürich, generell den Kantonen) Mittel gestrichen. Der Kanton hat gewisse Dinge übernommen, und hat aber einen Teil dieser Streichung weitergeben müssen. Und wir bestreiten von diesem Streichungsbetrag noch ganze 25% aus unseren eigenen Mitteln bestreiten, weil wir der Meinung sind, dass wir dort sinnvolle Projekte am Laufen haben. Ich wiederhole mich: Das, was wir da machen können, in einer frühen Zeit, wenn die Leute bei uns v.a. Deutsch lernen (um das geht es dann) - da komme ich auch nachher nochmals zurück – dann bringt das unserer Gesellschaft etwas, denn wir haben dann weniger Probleme später. Das mit dem Controlling habe ich aufgeschrieben, Iris, das werden wir auf das nächste Mal sicher noch etwas klarer ausweisen, dass man das auch kontrolliert.

Und dann die 6'000 Fr. Da geht es darum, dass man gering verdienenden Fremdsprachigen (und da sprechen wir nicht von Flüchtlingen oder abgewiesenen Asylbewerbern, sondern das sind Leute, die andere Status haben bei uns), die können so einen Deutschkurs günstiger besuchen. Da bin ich der Meinung, das sollte für 6'000 Fr. drinliegen. Es sind ca. 30 Personen, die wir so unterstützen können.

Und der letzte Punkt noch, da kann ich Urs Glättli zu Protokoll wirklich angeben: Die Stadt Winterthur hat in der Vergangenheit, als es auch noch Standortförderung Region Winterthur hiess, traditionsgemäss, wenn es eine Werbekampagne gab, zusätzliche Mittel gesprochen in diese Markenprozesse, in diese Auftritte draussen, als das, was in diesem Subventionsvertrag auch damals schon drin war. Und wir sagten, wir möchten einen Betrag sprechen dort. Da hat Winterthur, die Stadt Winterthur eine Rolle. Und das legen wir aber dem Grossen Gemeinderat vor mit einer Weisung. Und diese Weisung wird also in das Parlament kommen und dann kann das Parlament diese Diskussion führen. Und das erkläre ich da auch zu Protokoll. Die 200'000 fasse ich nicht an, sondern ich komme mit einer Weisung, wie es sich gehört.

Danke vielmals. Lehnen Sie bitte alle 7 Anträge ab.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zuerst über den Kommissionsantrag ab, bei dem es um die Kürzung von 50'000 Fr. und die Quartier-App geht.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer dagegen ist, soll das bitte bezeugen durch Handerheben.

Der Antrag ist mit 29:27 angenommen worden.

Wir kommen zu den Fraktionsanträgen.

Beim 1. Antrag geht es um eine Kürzung von 20'000 Fr.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen ablehnen möchte?

Das ist eine klare Mehrheit, die das ablehnt.

Dann kommen wir zum Antrag Kürzung von 13'000 Fr. (Miete Räumlichkeiten Frohsinn-Areal).

Wer den Antrag unterstützen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dagegen ist?

Das ist auch abgelehnt.

Dann kommt der Antrag bezüglich dem Sekretariat Integrationsförderung, Kürzung um 75'000 Fr.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer dagegen ist?

Dieser ist in diesem Fall auch abgelehnt.

Dann kommt der Antrag Kürzung um 38'000 Fr. bezüglich dem Projekt «Expo der Städte».

Wer diesem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen ablehnen möchte?

Das ist ebenfalls abgelehnt.

Dann der Antrag der SVP: Reduktion des Globalkredites um 6'000 Fr.

Wer diesem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Dann ist dieser auch abgelehnt.

Den zweitletzten habe ich glatt übergangen. Wer den Globalkredit um 43'000 Fr. kürzen möchte (Kompensation der Kürzung der Kantonsbeiträge im Integrationsprogramm), soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Damit ist auch dieser abgelehnt.

Damit ist das Produkt Stadtentwicklung abgenommen.

Beim Theater Winterthur gab es keine Anträge. Es meldet sich niemand, entsprechend wird das so sein.

Bei den Bibliotheken gab es auch keine Anträge. Es gibt auch da keine Wortmeldung. Damit sind die Bibliotheken wie auch das Theater Winterthur ebenfalls abgenommen.

Dann kommen wir zu den Subventionsverträgen und Beiträgen an Dritte. Da gibt es einen Antrag, und zwar von Seiten der GLP. Den Antrag bitte.

S. Kocher (GLP): Es geht um den Antrag «Reduktion des Globalkredits um 15'000 Fr.». Der Hintergrund ist, dass auf die Schaffung dieser 10% Stelle Fachmitarbeiter/in Betreuung städtische Kunstsammlung, begrenzt auf zwei Jahre, verzichtet werden soll.

Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass mehrere grosse und v.a. auch ressourcenbindende Projekte erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

1. Das Kulturleitbild wurde erarbeitet.

2. Das Museumskonzept wurde erarbeitet.

3. Erneuerung aller Subventionsverträge wurde umgesetzt.

4. Umzug in den Superblock und das Freiwerden diverser Liegenschaften wurde vollzogen.

5. Einstellung eines neuen Direktors für das Kunstmuseum.

Deshalb sind wir eigentlich der Meinung, dass davon ausgegangen werden kann, dass nun wieder Ressourcen freigespielt worden sind. Entsprechend ist die GLP der Meinung, dass das 10% Pensum aus den bestehenden Ressourcen auch entsprechend abgedeckt werden kann.

L. Banholzer (EVP): Die EVP wird diesen Antrag ablehnen. Der Kulturbereich ist im DKD ein sehr tragendes Gestell und hat mit wenigen Stellenprozenten viele Aufgaben zu erledigen.

Mit dieser befristeten Stelle sollte es möglich sein, das Inventar für die Kunstsammlung innert nützlicher Frist zu erstellen. Und das ist auch eine Vorgabe der Finanzkontrolle. Für das Inventar muss man viel unterwegs sein, man muss alle diese Kunstwerke aufsuchen, und von daher ist es sinnvoll, wenn man jemanden befristet anstellen kann.

A. Geering (CVP/EDU): Eine Inventur der städtischen Kunstsammlung ist von der Fiko gefordert und auch die AK sagte, dass es wichtig wäre, dass man das macht. Offensichtlich ist auch eine Professionalisierung der Betreuung dieser Sammlung wichtig. Und uns ist wichtig, dass man künftig nicht mehr Bilder nicht mehr findet und nicht weiss, wo sie hingegangen sind. Die CVP/EDU-Fraktion lehnt deshalb diesen Antrag ab.

P. Schoch (SP): Ich möchte zuerst noch kurz darauf hinweisen, dass wir in der Kommission diese Budgetstelle eigentlich nicht weiter hinterfragt haben, weil es eben den klar begründeten Auftrag der Finanzkontrolle gibt, die die Inventarisierung der Kunstsammlung als mangelhaft einstufte bei einer Prüfung. Es geht darum, diesen Mangel jetzt zu beheben und diese Inventarisierung nun gut durchzuführen und auf einen guten Start zu bringen. Von der Fiko wurde diese Inventarisierung als dringlich beurteilt worden, und wir sind der Meinung, dass das besser 1 x richtig gemacht wird als dass man das schleppend weiterzieht, wobei auch noch Fehler passieren, die dann auch noch Kosten mit sich führen würden. Weil die Bilder laufend ausgelehnt werden, ist es wichtig, dass jemand das konzentriert macht, weil man sonst immer wieder von vorne anfangen muss. Es ist deshalb nicht wahnsinnig intelligent, das im laufenden Tagesgeschäft auch noch hineinzuflechten. Die SP lehnt deshalb diesen Kürzungsantrag ganz klar ab.

Th. Leemann (FDP): Die FDP unterstützt den Antrag der GLP. Wir sind der Ansicht, dass diese Projekte, die Samuel vorhin genannt hat, eigentlich abgeschlossen und jetzt Ressourcen frei sind. Die Arbeiten können trotzdem gemacht werden. Die FDP unterstützt den Antrag auf Kürzung.

K. Gander (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL wird diesen Antrag ablehnen und ich kann mich den Ausführungen der SP, der EVP und der CVP anschliessen.

G. Gisler (SVP): Zum einen hat die SVP in der BSK schon die Erhöhung der Personalstellen moniert. Es wurde uns dann allgemein erklärt, dass die bisherigen Stellen von temporären Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jetzt erfasst werden müssen gemäss den Auflagen der Finanzkontrolle. Es handle sich also nicht um eine Aufstockung von Personalstellen. Im Budgetbuch p. 39 kann man aber ausdrücklich lesen, dass (ich zitiere) «wurden zusätzliche Kosten, befristet auf 2 Jahre, budgetiert». Aufgrund dieser Aussage muss man davon ausgehen, dass es sich eben doch um eine zusätzliche Aufstockung handelt. Und, wie wir es schon gehört haben von Samuel, die grossen Projekte des DKD sind mehrheitlich abgeschlossen. Demnächst geht ja auch die Auslagerung des Stadttheaters an die Volksabstimmung. Und von daher werden beim DKD auch wieder Kapazitäten frei. Und das ist auch der Grund, weshalb die SVP den Antrag der GLP, nämlich der Verzicht auf die Schaffung dieser befristeten Stelle, unterstützen wird.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Antrag kam also wirklich ein bisschen überraschend, den haben wir in der Kommission nicht so diskutiert. Es ist halt so, liebe GLP: Es ist die Finanzkontrolle, die uns dort in den Nacken drückt. Es ist die Finanzkontrolle, die uns den Auftrag gegeben hat, eine systematische und rasche Aufarbeitung dieser Sammlung umzusetzen. Und ich sage jetzt: Es ist ein bisschen naiv zu meinen, unsere Leute hätten einfach Spielraum, um 4 Stunden weitere Arbeit noch unterbringen zu können. Unsere Leute arbeiten effizient und sie haben ihre Pflichtenhefte und ihre Aufgaben. Und man kann nicht einfach noch einen halben Tag pro Woche dazubuttern, an dem sie das dann auch noch machen sollten. V.a. nicht, wenn wir bis Ende 2019 entscheidend weiter sein müssten.

Wir haben wie gesagt diesen Auftrag. Es sind 2'700 Kunstwerke. 2'700 Kunstwerke, die verteilt sind auf verschiedene Standorte. Wir haben nicht alle im Superblock. Wir haben nicht alle in diesen zwei Depots. Sondern wir haben sie in der ganzen Verwaltung verteilt über die ganze Stadt. Wir haben sie in Schulhäusern verteilt über die ganze Stadt. Also wenn ich nur den Weg noch anschau, den man braucht, um an den einzelnen Örtlichkeiten zu sein, das käme dann auch noch dazu.

Die Leute, die wir bei uns in der Kultur haben, die arbeiten heute schon in diesem Bereich. Abwicklung von Ankäufen, Platzierung der Kunstwerke, die Ausleihe, externe Ausstellungen, Rücknahmen, Aktualisierung des Inventars, Rahmungen, Restaurationen usw. Das machen sie alles heute schon. Und jetzt, wenn die Fiko kommt und uns sagt, wir müssen innerhalb einer bestimmten Frist diese Sammlung systematisch und rasch aufarbeiten, dann ist das eine Zusatzaufgabe, die wir nicht einfach so abdecken können.

Jawohl, wir haben enorm viel gemacht in der Kulturstadt Winterthur. Wir haben enorm viele Projekte umgesetzt und sind als Kulturstadt gut unterwegs. Aber Gott sei Dank haben meine Leute noch etwas zu tun zum Bereich Kulturstadt. Wir sind jetzt dran mit dieser Auslagerung beim Stadttheater, wir sind daran, Kunst am Bau zu regeln, Richtlinien Kunst im öffentlichen Raum, wir sind an einer gesetzlichen Grundlage für Kulturförderung. Wir fangen bereits wieder die Subventionsverträge an – die, welche Sie letztes oder vorletztes Jahr hier drinnen abgesegnet haben – da fangen wir bereits jetzt wieder an, Gespräche zu führen für die nächste Runde.

Und jawohl, die Stelle ist befristet, das ist richtig, weil wir das brauchen, um diesen speziellen Auftrag der Fiko, die ja gerade Sie von der GLP auch so stark unterstützen, umsetzen zu können. Und wir möchten diesen Auftrag der Fiko gerne umsetzen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem GLP-Antrag, Kürzung von 15'000 Fr., zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Das wurde durch eine Mehrheit abgelehnt.

Damit ist das Produkt Subventionsverträge und Beiträge an Dritte abgenommen.

Zu den Städtischen Museen, Kulturinstitutionen und Bauten haben wir keine Anträge. Damit ist das ebenfalls abgenommen.

Rechtspflege: Da gibt es keine Anträge. Damit ist das ebenfalls abgenommen.

Damit haben wir das Departement Kulturelles und Dienste abgeschlossen.

Wir kommen zum Departement Finanzen.

Beim Finanzamt gibt es einen Kommissionsantrag. Roland Kappeler als Kommissionssprecher bitte.

R. Kappeler (AK): Es läuft unter dem Titel Finanzamt, betrifft aber nicht wirklich das Finanzamt, sondern eigentlich das Buch A, p. 145: Das Departementssekretariat. Die Kommission ist mit 6:5 Stimmen der Meinung, diese Kostensteigerung im Personal, in diesem Direktionssekretariat Finanzdepartement, von rund plus 40'000 Fr. sei sachlich nicht begründet und unterstützt deshalb den Kürzungsantrag, der von der FDP gekommen ist, um 35'000 Fr. Wie gesagt die Begründung: Überproportionales Wachstum. Es geht konkret um eine Aufstockung von 0.2 Stellen, also 20 Stellenprozent, Fachstelle Kommunikation auf Stufe Departementssekretariat.

Als Kommissionssprecher habe ich nicht mehr zu sagen, zur Fraktionsmeinung sage ich später etwas.

F. Helg (FDP): Ich habe mich an sich darauf eingestellt, als Kommissionssprecher da etwas zu sagen, weil das Departementssekretariat bei mir wäre. Aber Roland Kappeler hat das jetzt übernommen, so dass ich das nun ein bisschen umformuliere.

Es geht wie gesagt um die 35'000 Fr. beim Departementssekretariat, das aber buchungstechnisch beim Finanzamt eingestellt ist. Ein bisschen kompliziert. Insgesamt ist eine Steigerung von ca. 52'000 inklusive Arbeitgeberbeiträgen bei den Personalkosten des Departements eingestellt. Es ist dann nicht eine ganze Kürzung von diesen 52'000 Fr., die wir da einbrachten, sondern es sind dann noch 17'000 Fr. Erhöhung.

Wir haben allgemein die Tendenz festgestellt, dass Departementssekretariate aufgestockt werden. Manchmal fast unmerklich, aber doch signifikant. Und wir haben das schon beim Departement Kulturelles und Dienste an der letzten Sitzung zur Sprache gebracht. Es wurde da dann speziell auch begründet in der Kommission, dass es eine Aufstockung von Kommunikationsdienstleistungen im Departementssekretariat ist. Da muss man einfach sagen, dass das Verhältnis von der Kommunikationsabteilung der Stadtkanzlei und der dezentralen Kommunikationsdienstleistungen noch nicht geklärt ist aus unserer Sicht. Wir gehen auch davon aus, dass man Vorarbeiten für Departementskommunikation auch in Ämtern und Bereichen leisten kann, dass es nicht immer direkt beim Departementssekretariat angegliedert werden muss. Deshalb stimmen wir diesem Kommissionsantrag zu.

R. Kappeler (SP): Lieber Felix, ich muss Dich korrigieren: Es geht nicht um 52'000 Fr. Man sieht im Buch auf p. 145, dass es um 41'000 Fr. geht, die ganze Erhöhung – also bei aller Kürzungseuphorie bitte nicht übertreiben. Es geht bei diesem Kürzungsantrag da wie gesagt um eine 20% Fachstelle Kommunikation. Man muss sagen, dass es schon lange geplant war, dass das Departement endlich auch eine solche Stelle besetzen kann, denn faktisch liegt diese Aufgabe sonst heute einfach bei der Departementsvorsteherin – und das ist glaube ich nicht im Sinn von optimaler Arbeitsteilung. Es ist anzumerken, dass neben dem Finanzdepartement nur noch gerade das Baudepartement keine eigene Kommunikationsstelle hat. Und der Bedarf seit langem ausgewiesen. Und deshalb lehnen wir diese Kürzung selbstverständlich ab.

U. Glättli (GLP): In der Sache geht es tatsächlich mindestens primär um die Teilstelle Kommunikation im DFI. Die Grünliberalen stimmen dieser Kürzung zu, ich nehme es vorweg. Es geht uns um die allgemein wahrzunehmende Tendenz, über die Jahre über die ganze Verwaltung laufend neue Kommunikationsstellen zu schaffen und bestehende Kommunikationsstellen aufzustocken. Damit verschieben sich die Gewichte spürbar zugunsten der Exekutive. Ist es nicht so, dass wir allwöchentlich geradezu abgefüllt werden mit Medienmitteilungen des Stadtrates? Ich habe sie hier gesammelt in diesem Gerät und wenn ich sie bis Januar zurückscrolle... Es hört einfach nicht mehr auf. Es ginge fast eine Minute, bis ich durch bin – es ist jetzt noch kein Jahr her. Damit wird Themensetting betrieben. Die Parteien kommen gar nicht mehr dazu, bei Bedarf solchen Medienmitteilungen wirksam zu widersprechen. Es trifft nun konkret das DFI, was keine Absicht ist. Gerade im Vergleich zu anderen Departementen ist es tatsächlich so, dass das DFI gar nicht so schlecht dasteht. Jedenfalls finden sich bereits auf Bereichsstufe – z.B. bei der Stadtpolizei des DSU – Medienbeauftragten. Dieses Thema muss uns unserer Ansicht nach weiter beschäftigen und wir werden das versuchen, das in der Aufsichtskommission zu thematisieren. Notfalls gilt es, mit einem Vorstoss nachzuhaken. Setzen wir ein Zeichen und stimmen diesem Antrag zu!

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich verweise auf die Ausführungen von Roland Kappeler und möchte zusammenfassend sagen: Kommunikation wird immer wichtiger und deshalb sehe ich nicht ein, weshalb wir da einen Streichungsantrag gutheissen sollten.

I. Kuster (CVP/EDU): Ich kann es auch kurz machen. Ich kann mich mehr oder weniger dem Votum von Urs Glättli anschliessen. Aus unserer Sicht geht es klar um einen Ausbau von dezentralen Diensten. Das haben wir bei den Juristen, das haben wir bei der Informatik und in der Kommunikation. Jetzt da in der Kommunikation können wir ihn nicht nachvollziehen und deshalb lehnen wir den Ausbau ab.

T. Brütsch (SVP): Ich schliesse mich ebenfalls Roland Kappeler an – zumindest in seiner Funktion als Kommissionssprecher. Allerdings nicht in seiner Funktion als Fraktionssprecher. Die SVP betrachtet den schleichenden Ausbau der Departementssekretariate auch mit Sorgen und erachtet das als unverhältnismässig. Die Tendenz von immer neuen Kommunikationsstellen und deren Niederschlag im Budget ist uns auch unangenehm aufgefallen. Wir schliessen uns entsprechend dem Kommissionsantrag an.

Stadträtin Y. Beutler: Letzte Woche fiel das Wort «Hofstaat» in diesem Zusammenhang beim Eintreten. Ich darf Ihnen gerne einmal sagen, wie gross mein «Hofstaat» ist – das hat mich nämlich niemand gefragt in der ganzen Kommissionsberatung. Ich habe für mein ganzes Departement 1.6 Stellen für das HR, ich habe 1.6 Stellen für die Juristerei (für das ganze Departement, mit einer Ausnahme, und das sind die Quellensteuern) und dann habe ich noch 1 Stelle Assistenz. Das macht 4.2 Stellen, die ich bei mir als meinen «Hofstaat» gesetzt habe. Für ein sehr heterogenes Departement, für ein Departement mit über 300 Mitarbeitenden, und ein Departement, das letztlich die Hauptverantwortung hat für die Finanzen eines 1.4 Milliarden-Konzerns. Ich glaube jetzt nicht, dass das übertrieben ist.

Es wurde gesagt: Die Anforderungen an die Kommunikation, die Anforderungen an Transparenz werden immer höher. Gerade Sie haben letzte Woche gesagt beim Eintreten, es sei zu wenig transparent, Sie wüssten gar nicht, was wir machen mit diesem Geld. Kommunikation ist etwas, das letztlich der Bevölkerung und der Stadt dient. Was auch zugenommen hat, sind die Anfragen und die Geschwindigkeit. Wenn wir eine Anfrage um 11.30 Uhr erhalten, soll sie bitte bis 13.30 oder 14.00 Uhr beantwortet sein. Wenn ich in einer Sitzung bin, wenn mein Departementsjurist in einer Sitzung ist – dann gibt das eine riesige Feuerwehübung und es ist manchmal schwierig, da noch wirklich professionell kommunizieren zu können.

Ich darf Sie daran erinnern, dass das Departement Finanzen das Departement war, das bei allen Sparmassnahmen und bei allen Sparprogrammen übererfüllt hat. Ich habe 40% dieser Stelle schon lange in meinem Budget und ich habe sie nie gesetzt. Und jetzt sind wir soweit, dass wir an den Punkt kommen, dass ich einfach sagen muss, die Überzeiten meiner Departementssekretärin (meine Nachtschichten sind ja jeweils im Lohn inbegriffen), kommen einfach teurer, als wenn ich eine Stelle habe, die das professionell machen kann und die letztlich in der Organisation so aufgestellt ist, dass sie eben alle Bereiche unterstützen kann. Sie verlangen zu Recht Effizienz von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Effizient ist man auch dann, wenn die Personen am richtigen Ort eingesetzt werden, an dem sie den grössten Nutzen bringen. Und wenn ich jemanden habe, der für die Kommunikation dasselbe in 30 Minuten erledigt, wie jemand anders in einem Bereich 2 h dafür hat, weil Kommunikation nicht seine Kernkompetenz ist, dann haben wir als gesamtes Departement einfach einen Nutzen davon, wenn wir uns da auch professionell aufstellen können.

Felix Helg hat gesagt, dass das Verhältnis nicht geklärt sei zwischen der zentralen Kommunikation und der Kommunikation in den Bereichen. Ich ging davon aus, dass man das eigentlich sehr schlüssig erklärt hat in der Aufsichtskommission, was die Aufgabe ist der zentralen Kommunikation für die gesamte Stadt und letztlich auch in den Bereichen. Und das ist auch etwas, das man sagen muss: Es macht Sinn, dass Kommunikation in den Bereichen stattfindet. Ich habe völlig andere Aufgabenstellungen zu lösen und ganz andere Fachgebiete als eine Spitex hat, als die Polizei hat, als Stadtwerk hat – da macht es keinen Sinn, wenn diese Kommunikationsstelle weit von den Departementen entfernt ist, denn die Person, die das macht, muss sich auch in die Fachthemen einarbeiten können. Und deshalb macht diese Struktur, die wir jetzt haben, mit einer zentralen Kommunikation, die letztlich auch die Koordination über die gesamte Stadt macht, die übergeordnete Arbeiten macht (ich weiss nicht, ob Mike da noch etwas dazu sagen will), und dezentralen Diensten, das macht durchaus Sinn. Urs Glättli sagte, es sei keine Absicht, dass es gerade mich treffe, aber sie wollen halt ein Zeichen setzen. Ja gut, das ist eigentlich nicht einmal ein schwacher Trost, sondern überhaupt keiner.

Also, aber vielleicht noch ein zusätzliches Argument: Vielleicht wäre es auch gut für Sie, wenn ich eine Kommunikationsstelle hätte, die mich ab und zu daran erinnern kann, dass ich bitte nicht immer meine Meinung so direkt sagen sollte, wie ich es gerne mache.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kommunikationsantrag Kürzung um 35'000 Fr. (Departementssekretariat DFI) zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer dagegen ist, soll das mit Handerheben bezeugen.

Der Antrag wird mit 29:28 Stimmen angenommen.

Damit haben wir das Produkt Finanzamt erledigt.

Wir kommen zum Produkt Informatikdienste. Da gibt es einen Antrag der FDP: Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Mit der IDW ist es so eine Sache... Erstens weil sie gemäss Budget und IAFP in den nächsten Jahren mit der grossen Kelle anrühren möchte. Es sollen in 4 Jahren insgesamt 16.8 Stellen geschaffen werden. Entsprechend würden sich die Personalkosten bis 2022 um nachhaltig 2.7 Mio. pro Jahr erhöhen. Zweitens: Wenn die IDW etwas gut oder schlecht macht, effizient oder weniger effizient, profitieren oder verlieren schlussendlich alle anderen Produktgruppe. Das ist eine Querschnittsaufgabe und die IDW ist ja in der komfortablen Position, die Kosten auf die anderen Produktgruppen abzuwälzen. Was bedeutet das? Ein Stellenaufbau in dieser Grössenordnung kann so im Hinblick auf die Stadtfinanzen schlicht nicht bewilligt werden.

Wir vernehmen von diversen Seiten generelle Unzufriedenheit mit den Prozessen und den Kosten der IDW. Grob gesagt wird eine Dienstleistungskultur vermisst und die IDW wird als zu wenig als effizient und zielorientiert wahrgenommen. Da muss ich wirklich sagen: Das ist eine Kritik, die wohl jede IT-Abteilung trifft und zu hören bekommt. Aber in der Menge, die selbst ich als Externer noch wahrnehme und zu hören bekomme, dann steckt wohl schon ein Kern Wahrheit dahinter.

Was bedeutet das für den Stellenantrag? Klar, wir können sagen, mit mehr Stellen schafft man vielleicht auch einen besseren Service. Aber meistens ist es nicht so, dass mit mehr Mitteln wirklich eine Lösung für die eigenen Probleme geschaffen wird. In dem Sinne möchten wir auch unserem Wunsch Ausdruck geben, Kritik ernst zu nehmen, Feedback einzuholen und entsprechend die Prozesse zu verbessern. Insgesamt bewilligen wir aber trotzdem für das Budget 2019 das Gros der Stellen, nämlich 3.8 von 4.8.

Ich möchte schon jetzt darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Jahren nicht die 16 sehen, sondern eher 8 – 10 Stellen. Ob und wie viel hängt auch davon ab, inwiefern es gelingt, Kritik anzunehmen, umzusetzen und Prozesse zu optimieren. Das würde im Übrigen auch diesem Antrag widersprechen, wenn die IDW in der Folge teuer externe Personalleistungen einkaufen würde oder, wie es letztes Mal passiert ist, auch bei der IDW, auf einmal eine Stelle doch geschaffen wird und quasi als gebunden erklärt wird. Wir haben bewusst nicht gesagt, welche Stellen geschaffen werden sollen. Es liegt an der IDW zu entscheiden, welche Bedürfnisse Priorität sind. Zweitens, das geht häufig vergessen, hat die zuständige Stadträtin nicht nur 3.8 Stellen neu zusätzlich zur Verfügung, sondern insgesamt 62 Stellen für diese priorisierte Abdeckung der Bedürfnisse. Wenn also alle die neuen Anliegen derart wichtig sind, muss man halt vielleicht auch die bestehenden Strukturen anschauen und mit dem bestehenden Personal die Anliegen anders abdecken. Aber ja, dann muss man halt Prioritäten setzen.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen unterstützen diesen Antrag. Wir möchten jedoch ausdrücklich vermerkt haben, dass es nicht zielführend wäre und überhaupt nicht im Sinn des Antrages, wenn nun das im Folgenden reduzierte Globalbudget dazu führen würde, dass notwendige zusätzliche, stadtinterne Projektstellen nicht geschaffen würden und stattdessen diese Leistungen teurer durch Dritte eingekauft würden. So darf diese Budgetänderung nicht ausgelegt werden.

Th. Wolf (SVP): Auch wir von der SVP sind nicht glücklich über die Forderung nach 4.8 Stellen. Gerade wenn man anschaut, dass bis 2022 weitere 12 Stellen gefordert werden. Wir verstehen auf der einen Seite, dass die neuen Herausforderungen in diesem Bereich nach mehr

Manpower verlangen, auf der anderen Seite wird aber die Nachhaltigkeit der letzten Sparprogramme beeinträchtigt, wenn man nun alles nachholt. Gerne machen wir beliebt, den Antrag der FDP zu unterstützen, wenigstens diese 150'000 Fr. einzusparen, um mit den bewilligten 3.8 Stellen zusätzlich, die es immerhin noch gibt, die Abläufe zu optimieren und die Kundenzufriedenheit zu erhöhen. Und selbstverständlich sind wir auch der Meinung, dass man nicht alle diese Leistungen dann extern einkaufen sollte.

Z. Dähler (CVP/EDU): Grundsätzlich bin ich bei der Kritik meiner Vorredner gleicher Meinung. Und die Erfahrung lehrt mich auch, dass im Informatikprozess ganz viel Luft stecken kann (Möglichkeitsform). Was ich aber auch weiss, ist dass das Thema Sicherheit (und damit meine ich nicht nur die Informatiksicherheit, sondern auch die Informationssicherheit) je länger je entscheidender wird. Einerseits im Umgang mit unseren Daten, aber auch mit der Sicherstellung unseres Betriebes. Grundsätzlich haben in Firmen die Informatikkosten pro Mitarbeiter stetig zugenommen. Bei der Stadt Winterthur haben sie abgenommen, was erstaunlich ist.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen deshalb den Kürzungsantrag der FDP nicht. Wir befürworten die zusätzlichen Stellen in diesem Jahr, wünschen uns aber langfristig, dass die Informatik durchleuchtet wird, um zu klären, wo dass noch Luft steckt im Prozess, wo dass man vielleicht mit Prozessoptimierungen und anderen Applikationen die Effizienz steigern kann, so dass in den nächsten Jahren die zusätzlichen Stellen überflüssig werden.

M. Sorgo (SP): Die SP-Fraktion lehnt auch diesen Kürzungsantrag ab. Ich glaube, wir haben heute schon genug von SmartCity gesprochen und auch in den letzten paar Sitzungen über die Digitalisierung. Da sollte es uns auch nicht wundern, wenn bei der IDW tendenziell ein Stellenwachstum nötig ist, besonders deshalb, weil es in den letzten Jahren immer wieder auch ausgewiesen wurde, dass die IDW zu tief besetzt war, was z.B. auch teilweise zu Sicherheitslücken führte. Die Aufgaben, wie schon gesagt, haben immer mehr zugenommen und sie werden wahrscheinlich weiter zunehmen, gerade weil der Stadtrat die Digitalisierung in seine Legislatorschwerpunkte aufgenommen hat.

Auch stört uns, auch wenn es Urs Hofer dann ein bisschen relativiert hat, die Begründung mit Hörensagen und man habe gehört, dass viel Unzufriedenheit bestehe. Wir finden, wir machen Politik nicht mit Hörensagen, sondern wenn wir Fragen haben, wo diese Unzufriedenheit wirklich besteht, dann klären wir diese auch über das passende Gefäss ab. Und, Urs Hofer ist auch schon auf das eingegangen, ich glaube, viele hier drinnen, die beim Arbeiten irgendwie mit Computern zu tun haben und selber nicht in der Informatik arbeiten, kennen das Gefühl sehr gut: Wenn man dann das Ding, das man unbedingt braucht (also eben der Computer) nicht funktioniert, dann braucht man ganz, ganz dringend Hilfe. Diese dringende Hilfe kommt vielleicht nicht so schnell wie man das möchte, oder sie können einem nicht so schnell helfen wie man möchte - und dann nervt man sich über den, der gerade zur Verfügung steht, und das ist dann meistens die Person, die man am Telefon hat, die zu den Informatikdiensten gehört, und die einem vielleicht nicht gleich so weiterhelfen konnte, wie man sich das gewünscht hat. Deshalb muss man da auch immer ein bisschen relativieren, wenn man hört, es gibt zu viel Unzufriedenheit und es sind nicht alle glücklich damit, wie das läuft. Das hat sicher auch viel damit zu tun, dass wir einfach in der Mehrheit der Fälle auch nicht ganz verstehen bis ins letzte Detail, wie das alles genau funktioniert.

Wie auch schon gesagt: Mehr Ressourcen können dort, wo die Unzufriedenheit wirklich auch nachgewiesen ist, teilweise halt auch helfen, dass man z.B. Probleme schneller oder besser beheben kann und die Unzufriedenheit dann auch abnimmt. Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag abzulehnen.

B. Huizinga (EVP): Jährlich über 1 Mio. budgetiert die IDW, um extern Leistungen einzukaufen, die mit dem eigenen Personal und den bestehenden Mitteln nicht erledigt werden können. Diese Tatsache sollte bei uns allen die Alarmglocken schrillen lassen. Wie wichtig ist es für einen Betrieb, dass die Informatik läuft? Das ist aus Sicht der EVP mit einer hohen Priorisierung zu gewichten. Dass gewisse Prozesse bei der IDW nicht optimal laufen, ist auch uns

bekannt. Allerdings sind wir anderer Meinung als die FDP, nämlich dass eine Optimierung dieser Prozesse nur dann möglich ist, wenn genügend Zeit, Personal und Equipment zur Verfügung steht. Für das Budget 2019 bewilligen wir daher den vollen geplanten Ausbau von 4.8 Stellen, halten es uns jedoch vor, eine allfällige erneute Aufstockung im 2020 – 2022 aufzuschieben, wenn nicht wirklich dargelegt werden kann, was mit den jetzigen Stellen alles verbessert werden konnte und was dann noch ausstehend ist. Eine überzogene Stellenaufstockung aus einem nice to have können und wollen wir uns nicht leisten. Daher sind wir gespannt auf die Rechnungen im Frühling 2019 und 2020 und können dann neu entscheiden. Aber jetzt, zum jetzigen Zeitpunkt macht es Sinn, dass die IDW einfach zusätzliche Mittel bekommt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es ist überall so, die Informatikkosten steigen, die Anzahl Informatiker steigt – es ist wie ein Naturgesetz: Die Kosten steigen auch. Der Grund ist auch klar: Ein Aufgabenwachstum. Im Fall der Stadt Winterthur sind es v.a. Sachkosten, die gestiegen sind. Und das, weil mehr Dienstleistungen eingekauft worden sind. Auf der anderen Seite ist der Personalaufwand pro Mitarbeitender nämlich in den letzten 5 Jahren gesunken, und das sagt schon einiges aus. Wir befinden uns auf einem Weg der schleichenden Auslagerung. Winterthur geht heute im Bereich der Informatik erhebliche Risiken ein. Angriffe häufen sich und externe Berater sind wesentlich teurer als eigenes Personal. Deshalb, liebe Bürgerliche: Springt doch über Euren Schatten! Mehr Personal ist nicht immer schlecht und schon gar nicht immer teurer.

R. Diener (Grüne/AL): Liebe Grünliberale, liebe FDP, wie kann man dann so naiv sein – Entschuldigung! – wie kann man so naiv sein, jetzt diese Stellen nicht bewilligen zu wollen mit der Begründung, das brauche es ja nicht. Und dann gleichzeitig aber sagen, man dürfe dann auf keinen Fall diese Leistungen extern einkaufen. Wie kann man so naiv sein. Ihr habt ja offensichtlich damit schon zugegeben, dass es diese Leistungen braucht. Entschuldigung. Lehnt doch das bitte ab, was Ihr da eingeführt habt, und stimmt auch zu.

Stadträtin Y. Beutler: Nach dem Votum der CVP ist mir ein sehr grosser Stein vom Herzen gefallen und ich hoffe wirklich, dass der Antrag, der gestellt wurde, wirklich abgelehnt wird. Urs Hofer, ich muss Dir etwas sagen (Maria hat das auch schon gemacht): Es war für meine Mitarbeiter sehr verletzend, als sie das lasen im Drehbuch lasen, der pauschale Vorwurf, ihre Prozesse würden nicht stimmen, sie seien zu teuer... Der Leiter der IDW war zwei Mal in der AK. Es hätte zwei Mal die Möglichkeit gegeben, das mit ihm besprechen zu können. Das ist das, was ich auch schon letztes Mal sagte wegen der Wertschätzung, das Hörensagen. Bei solchen Dingen ist es wichtig, dass man es mit denen bespricht, die direkt betroffen sind – und nicht einfach derartige Behauptungen in die Welt setzt. Ich möchte gerne etwas sagen zu den Kosten der Informatik. Und zwar ist das ein Benchmark aus dem Jahr 2016. Ich darf leider nicht sagen, welche Firmen konkret dabei sind, aber ich kann sagen, dass es 15 Firmen sind aus der Industrie sind, und zwar sehr grosse Firmen, teils auch auf dem Platz Winterthur. Es sind 14 Finanzdienstleister, darunter grosse Banken, grosse Versicherungskonzerne, es sind grosse Verwaltungen, grosse Medienunternehmen (ohne einen Namen nennen zu wollen), es gibt Firmen aus der Reisebranche, Energie, Telekommunikation, Pharma etc. dabei. Ein sehr grosses Feld. Und das zeigt, wie unsere Informatikkosten stehen. Und Sie sehen das: Wir sind vom Jahr 2012 bis ins Jahr 2015 mit den Kosten pro Benutzer nochmals gesunken. Und weil ich jeweils nach gewissen Sitzungen ein psychologisches Ausmisten mache in meinem Büro, ist mir das Votum aus dem Jahr 2015 in die Hände geraten. Dort ging es um den Benchmark 2012. Und einfach um daraus zitieren zu können, was die Schlussfolgerung war, die nämlich in etwa die gleiche war im 2016, die festgehalten wurde in der Studie: «Betreffend der Kosten pro Benutzer im Monat erreichen die IDW einen sehr tiefen Wert, der deutlich unter allen Vergleichswerten liegt. Dieser gute Wert wird massgeblich durch die tiefen Sach- und Personalkosten in den meisten Gebieten erreicht. Die personelle Ressourcierung ist in einigen untersuchten Gebieten relativ knapp bis

deutlich zu tief.» Und das Fazit der Firma, die den Benchmark machte, war: «Das tiefe Kostenniveau der IDW wird nicht als neuer Bestwert ausgewiesen, da ungesund und nicht sinnvoll.»

Ich glaube, damit ist der Vorwurf, die IDW sei zu teuer, eigentlich vom Tisch. Wir haben da einen Benchmark, der ganz deutlich das Gegenteil beweist.

Und wenn ich das auch noch auflegen darf: Da sehen Sie, wie ICT-Benutzende 11.1% zugenommen haben, der Personalaufwand in der IDW pro Benutzender knapp 7% abgenommen hat, der Personalaufwand IDW pro Steuerprozent 4.7% abgenommen hat in den letzten 5 Jahren. Und dass die IDW-Stellen gerade mal 5% gestiegen sind. Ich glaube, das ist etwas, wo sich die IDW messen lassen kann.

Das mit der Unzufriedenheit, ja, da muss ich sagen, das ist tatsächlich so. Wir haben nach wie vor relativ gute Werte über das Gesamte gesehen. Aber das kommen letztlich meine Mitarbeiter letztlich auch ab über: Und zwar liegt es halt einfach daran, weil wir den Service nicht so leisten können, wie man es erwartet oder wie wir das gerne machen würden. Und das ist nicht einfach so, dass wir nicht sofort sur place sind, wenn jemand anruft, sondern es geht darum, dass wir in grossen Projekten nicht diesen Support nicht leisten können, wie er gefordert ist. Sei das bei den grossen Anteilen von Investitionen, die wir jetzt haben, v.a. im Bau – der IT-Anteil und was da noch geleistet werden muss, das ist immer grösser, als man das vielleicht von aussen meint.

Ich habe festgestellt, seit meinem Votum von 2015 hat sich nicht viel geändert. Ich verzichte darauf, es jetzt nochmals zu halten, man kann es nachlesen. Was sich aber geändert hat (und das finde ich ganz schwierig): Wir hatten Abgänge von Schlüsselpersonen. Ich habe gerade letzthin mit jemandem ein Austrittsgespräch geführt. Und die Begründung, weshalb er geht, war u.a.: « Wir haben zu wenig Personal, wir laufen auf dem Zahnfleisch, ich bekomme keine Wertschätzung von aussen (nicht von der IDW selber, sondern von aussen) und ich verdiene in der Privatwirtschaft mehr und ich muss weniger arbeiten.» Und was auch geändert hat, und das ist ganz schwierig, und deshalb sind die Stellen vom Applikationsmanager für mich so wichtig: Ich habe dort Langzeitausfälle von Leuten, die zentrale Applikationen betreuen. Und wir können, weil wir so knapp dran sind bei den Ressourcen, diese nicht doppelt besetzen. Ich habe jemanden, der jeweils das ganze Applikationsmanagement professionell betreuen kann, und ich habe noch jemanden, der diese Applikation eigentlich am Leben erhalten kann. Und jetzt haben wir die Situation im Finanzamt, dass wir einen Neu-Release machen müssten vom CS2 – und diese Person kann das nicht machen, weil sie ausfällt, und zwar genau aus diesen Gründen, die ich vorhin genannt habe. Und wir laufen in die Situation hinein, dass ich jetzt wählen kann: Mache ich es extern (das kommt sehr teuer) oder mache ich es nicht (dann habe ich einfach das Problem, dass der Lieferant keinen Support mehr leistet). Das ist die Situation, in der wir momentan drin sind bei der Informatik.

Ich bin für meine Mitarbeitenden so froh, wenn Sie diesen Antrag ablehnen. Ich fühle mich verantwortlich für meine Mitarbeitenden, auch bei der IDW, dass sie bei ihrer Arbeit auch gesund bleiben können. Und damit sie das können, braucht es einfach auch genügend Personal.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kürzungsantrag von 150'000 Fr. zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den Kürzungsantrag ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist die Mehrheit, damit ist dieser Antrag abgelehnt und die Informatikdienste abgenommen.

Wir kommen zum Produkt Steuerbezug. Da gibt es keine Anträge.

Beim Produkt Immobilien gibt es keine Anträge. Damit sind diese beiden Produkte abgenommen.

Wir kommen zu den Städtischen Allgemeynkosten/Erlösen. Da gibt es Anträge.

Das eine ist ein Kommissionsantrag, Roland Kappeler bitte.

R. Kappeler (AK): Die Übersicht: Bei dieser Produktgruppe kommen wir zu den grossen Kisten. Bis jetzt haben wir über 6'000 oder 13'000 Fr. Streichung gesprochen - jetzt geht es um 1 Million. Die Kommission beantragt mit 6:5 Stimmen 1 Mio. weniger einzusetzen für Lohnmassnahmen. Die Begründung, das können Sie lesen, basiert auf dem neuen Personalstatut, wo es heisst, grundsätzlich stehen die Rotationsgewinne für Lohnmassnahmen zur Verfügung und der Stadtrat und der Gemeinderat können entsprechend mehr oder in schlechten Finanzzeiten auch einmal weniger gewähren. Der Stadtrat hat 1.5 Mio. mehr als die Rotationsgewinne eingesetzt im Budget. Die Kommission, auf Antrag der FDP, beantragt da eine Kürzung von 1 Mio.

Ich erwähne gleich schon den ersten Fraktionsantrag, weil dieser auf genau dasselbe zielt und die ganzen 1.5 Mio. sparen will. Die Begründung darf die SVP dann selber geben. Ich weise einfach darauf hin, dass wir nachher die ersten beiden Anträge, den Kommissionsantrag und den SVP-Antrag, dann zuerst einander gegenüberstellen müssen.

Zu den anderen sage ich nichts, diese können die Fraktionen nachher selber begründen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit möchte ich gleich die SVP bitten, ihren Antrag, der dann tatsächlich, wie es Roland Kappeler gesagt hat, dem FDP-Antrag gegenübergestellt wird, zu formulieren.

T. Brütsch (SVP): Einleitend im Zusammenhang mit unserem Antrag möchte ich auf das neue Lohnstatut verweisen, das der Gemeinderat im Januar dieses Jahres beraten hat. Das neue Lohnstatut bildet die rechtliche Grundlage für die Lohnerhöhungen. Einschlägig ist insbesondere Artikel 46 des Lohnstatuts. Dort drin ist festgehalten, dass in der Regel der Rotationsgewinn der letzten 5 Jahre als Lohnerhöhungen ausgeschüttet wird. Terminologisch ist im Übrigen noch interessant, dass der Stadtrat im Budget von «Lohnmassnahmen» oder «Personalmassnahmen» spricht und nicht von Lohnerhöhungen. Vielleicht finde auch nur ich als Jurist das interessant, aber ich gehe davon aus, dass diese Wortwahl bewusst gewählt wurde. Man spricht offenbar lieber von Personalmassnahmen und nennt das Kind lieber nicht beim Namen, den es eigentlich trägt, nämlich Lohnerhöhungen. Jedenfalls ist der Mechanismus im neuen Personalstatut so, dass im Regelfall der Rotationsgewinn als Lohnerhöhungen ausgeschüttet wird, es sei denn, die Finanzlage der Stadt erlaube das nicht.

Unser gemeinsamer Nenner mit dem Stadtrat besteht darin, dass wir ebenfalls für die Einsetzung des Rotationsgewinnes sind, obwohl notabene die Finanzlage der Stadt überhaupt nicht grossartig ist und insbesondere die Verschuldung neue Höchststände erreicht hat. Wir haben es letzte Woche bereits ausführlich diskutiert. Neben dem Rotationsgewinn, der umgerechnet rund 1.54 Mio. Fr. beträgt, werden ausserdem weitere 300'000 Fr. durch Stellenvakanzen und dadurch freiwerdende Mittel dem Personal zu Gute kommen. Eine weitere Million ist für Lohnmassnahmen bei den Eigenwirtschaftsbetrieben vorgesehen, wo wir mit dem Budget keinen direkten Einfluss darauf haben.

Noch gar nicht berücksichtigt ist bei dieser ganzen Rechnung, dass die Steuerzahler von Winterthur mit grosser Wahrscheinlichkeit der Pensionskasse der städtischen Angestellten auch noch mit einem unter Umständen dreistelligen Millionenbetrag unter die Arme greifen müssen. Auch das sind letztlich Lohnmassnahmen, wenn wir schon von Lohnmassnahmen statt Lohnerhöhungen sprechen.

Es ist also mitnichten so, dass die SVP das Personal nicht in Genuss von Lohnerhöhungen kommen lassen will, im Gegenteil. Das Personal kommt unseres Erachtens wie gerade aufgezeigt in den Genuss von Lohnmassnahmen in Millionenhöhe.

Das ist die Ausgangslage und gerne hätten wir auch vom Stadtrat gehört, wie er im Stadtrat, auch unter Berücksichtigung der drohenden Nachschusspflicht in die Pensionskasse und von der rekordhohen Verschuldung der Stadt, zur Auffassung gelangt, dass nebst verschiedenen Lohnmassnahmen jetzt auch noch weitere Lohnerhöhungen in den kommenden Jahren angezeigt sind. Respektive hätten wir gerne gewusst, auf welche Grundlage der Stadtrat sich

dabei stellt. Das vom Parlament im Januar verabschiedete Personalstatut, das es eigentlich sein sollte, kann es unseres Erachtens jedenfalls nicht sein.

Liest man das Budgetbuch, dann findet sich dort drin einzig der folgende Satz zu dieser ganzen Thematik (ich zitiere): «Für die Personalmassnahmen, welche nicht vollständig durch rotationsgewinne abgedeckt werden können, sind 1,5 Millionen Franken vorgesehen.» (Zitat Ende). Ehrlicherweise hätte der Stadtrat auch schreiben können: Ist so, weil ist so. Wir halten diese Vorgehensweise für eine Anpassung gegenüber der Budgethoheit des Parlaments. Die SVP beantragt zusammengefasst eine Kürzung des Globalkredits um 1.5 Mio. Fr. mit der Begründung, dass die städtischen Angestellten durch die Ausschüttung von Rotationsgewinnen und den freiwerdenden Mitteln durch Stellenvakanzen sowie weiteren Personalmassnahmen bei den Eigenwirtschaftsbetrieben bereits in den Genuss von Lohnerhöhungen von rund 3.5 Mio. kommen und wir angesichts der drohenden Nachzahlung in Millionenhöhe in die städtische Pensionskasse keinerlei Veranlassung sehen, im diesjährigen Budget noch weitere Lohnerhöhungen zu gewähren.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir sammeln auch da alle Anträge zusammengefasst. Es gibt noch einen Fraktionsantrag Grüne/AL, Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Wir stellen den Antrag, dass man das Globalbudget um 250'000 Fr. erhöht. Und zwar geht es darum, dass wir möchten, dass die Stadt Winterthur wieder oder erneut umstellt auf den Silber-Strom im Gegensatz zum Bronze-Strom, den sie heute bezieht. Es geht ja um die Stromprodukte von Stadtwerk, die unterschiedlich qualifiziert sind bezüglich der Kosten. Deshalb natürlich auch dieser Antrag. Aber es geht v.a. darum, dass natürlich diese Stromprodukte auch unterschiedlich qualifiziert sind bezüglich der ökologischen Situation. Und wir wissen ja, dass wir den Umbau der Energieversorgung bzw. dem Energieverbrauch vorantreiben müssen. Und das habe ich schon im Eintretensvotum gesagt, wir müssen uns darüber im Klaren sein, das wird uns etwas kosten, das ist nicht ganz gratis. Nichts tun oder eben nichts machen oder einfach schleifen lassen wie es ist, ist aber keine Lösung. Denn wenn wir diesen Umbau nicht schaffen, werden wir mit wesentlich höheren Folgekosten konfrontiert sein als wir damit jetzt im Prinzip vorsehen für so etwas. Verantwortungsvolle Strombezüger heute, seien das Private oder auch Firmen, haben ihre Stromprodukte bereits aufgerüstet auf eine ökologischere Schiene und tragen andererseits heute als Produzenten immer mehr bei in die Stromerzeugung, in eine erneuerbare Stromgenerierung, z.B. mit Photovoltaik oder mit anderen Techniken. Und das möchten wir eigentlich, dass das die Stadtverwaltung auch macht, da die Stadtverwaltung genauso Strombezüger ist wie letztlich über Stadtwerk auch Stromerzeuger. Also Bezüger und Erzeuger. Und die Stadtverwaltung hat nach meinem Dafürhalten auch eine wichtige Vorbildfunktion, und wenn wir jetzt schauen, dass Stadtwerk selber, das ja diese Stromprodukte bereitstellt und selber ja auch Strom braucht, bereits auf Silber-Strom umgestellt hat, ist es angebracht, dass die Stadt Winterthur diese Umstellung auch macht.

Wir möchten mit diesem Antrag erreichen, dass eine erste Gruppe von städtischen Verwaltungseinheiten umgestellt werden kann. Insbesondere auch, das ist eigentlich der Fokus dieses 1. Teils des Prinzipes, dass wir umstellen, dass eben auch die öffentliche Beleuchtung wieder zurück auf den Silber-Strom kommt, der ja deutlich mehr neue erneuerbare Energien und erst noch auch zertifiziert bezieht oder ausweist. Das sind Zertifikate, die eben auch der Natur zu Gute kommen, die die Verträglichkeit der Stromerzeugung mit der Natur sicherstellen.

Gemäss Aussagen, die wir von Stadtwerk erhalten haben, würde eine gesamte Umstellung vom heutigen Bronze-Strombezug bei der Stadtverwaltung auf den Silber-Strom ca. 750'000 Fr. kosten in der aktuellen Situation mit den aktuellen Preisen (das sind ja immer sehr volatile Dinge). Wir beantragen heute nur einen Drittel davon, also 250'000 Fr. Die anderen Schritte könnten wir später noch anschauen oder wir fordern den Stadtrat damit auch ein bisschen auf, das wieder in seine Planung aufzunehmen und das in diese Richtung voranzutreiben.

Zuletzt noch ein Statement dazu: Wie kann eine Energiestadt Gold – und wir haben dieses Label ja schon mehrmals erhalten – wie kann eine Energiestadt Gold mit Bronze-Strom zufrieden sein? Silber-Strom wäre doch immerhin ein erster guter Schritt, um die Vorbildfunktion auch gegenüber der Bevölkerung zu zeigen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann haben wir noch einen letzten SVP-Antrag bei diesem Produkt. Wer stellt diesen?

Th. Wolf (SVP): Es geht da um die Reduktion des Globalkredits um 108'000 Fr. (Streichung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland). Entwicklungshilfe und Katastrophenhilfe gehören unserer Meinung nach nicht zu den Kernaufgaben einer Stadtverwaltung. Da gibt es mehrere Hilfswerke, die sich bereits um das kümmern. Der Bürger soll selber entscheiden, wo er Prioritäten setzen will, und selber an die entsprechenden Organisationen spenden. In der Praxis funktioniert das ja auch so. Deshalb lehnen wir diesen Kredit ab.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir alle Anträge und kommen zur Diskussion. Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Ich möchte zuerst, und das ist für uns am Wichtigsten, zum Antrag zu den Lohnmassnahmen sprechen. Ich gehe zuerst über die Mikroperspektive. Wie es Roland Kappeler richtig sagte, ist die Ausgangslage das neue Personalstatut. Und die Richtgrösse des neuen Personalstatutes ist der Rotationsgewinn. Er sagte auch richtig, bei schlechter Finanzlage könnte man sogar nach unten davon abweichen. Jetzt will aber der Stadtrat schon im ersten Jahr davon abweichen und trotz der Finanzlage nicht nur den Rotationsgewinn voll geben, sondern noch 1.5 Mio. zusätzlich. Mit unserem Antrag weichen wir also immer noch von diesem Regelfall nach oben ab, aber halt nur noch im Umfang von 0.5 Mio. anstatt 1.5 Mio. Gemäss meinen Berechnungen haben wir immer noch rund 3.6 Mio. für Lohnmassnahmen zur Verfügung.

Da lohnt es sich, einen Blick auf das grosse Ganze zu werfen, auf die Makroperspektive. Erstens (das wurde auch schon erwähnt) kommt die mit der Pensionskasse Winterthur verbundene Unsicherheit dazu. Wenn da der Steuerzahler erneut zugunsten des Personals massiv in die Tasche greifen muss - das zeichnet sich ab - dann können wir beim Lohn nicht noch zusätzlich Geschenke machen. Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben. Zweitens ist im Budget ein Aufbau von 85 Stellen beantragt. Auch das kommt letztlich dem Personal zu Gute. Und drittens erhöhen wir ja den Lohn bereits. Das sind einerseits die 1.5 Mio., die wir darüber hätten, aber man hat es in anderen Produktgruppen schon drin, z.B. beim Departementssekretariat, wo man einfach eine Lohnstufe nach oben geht. Im Total haben wir also rund 13 Mio. mehr Personalaufwand budgetiert. Und dafür wollen wir 1 Mio. in Frage stellen. Und das ist noch unter Ausklammerung der Pensionskassen-Geschichte, wo die Gewerkschaften ja bekanntlich 210 Mio. fordern von der Stadt. Was steht auf der anderen Seite? Wir haben das Eigenkapital, von dem man bei der Bilanzgrösse sagen kann, das ist nahezu gleich Null. Und wir haben tiefere Ertragsaussichten.

Kurzum: Mit einem Blick auf das Ganze und die Finanzaufgaben lässt sich der Antrag des Stadtrates im Moment schlicht und einfach nicht rechtfertigen. Wir würden gerne dem Personal mehr zusprechen, aber das wäre finanzpolitisch nicht zu verantworten.

R. Kappeler (SP): Ich bin doppelt entsetzt. Zuerst entsetzt über den blanken Zynismus der SVP. Und zweitens aber auch entsetzt über die Ignoranz, auch vom FDP-Antrag, was die Zahlen betrifft.

Zuerst zur SVP: Tobias meint, wir haben eine Anmassung gegenüber dem Parlament, dass der Stadtrat nur einen Satz dazu schreibt. Ich finde, man kann einem Parlamentarier durchaus auch zutrauen, vielleicht auch einmal noch einen Blick in das letztjährige Budget zu werfen. Du bist zwar nicht schuldig, Du bist da noch nicht hier gesessen – doch, Entschuldigung, ich nehme alles zurück, in dem Fall bist Du nicht entschuldigt. Ich zitiere schnell aus dem

letztjährigen Budget: «Zudem beantragt der Stadtrat, die Personalmassnahmen gemäss Personalstatut zu gewähren. Für diese wird ein Betrag von 1,5 Mio. Franken eingestellt, da sich im Jahr 2017 zeigte, dass die Lohnmassnahmen nicht mehr vollständig aus Rotationsgewinnen finanziert werden können. Die Hauptursache liegt darin, dass in den vergangenen Jahren (2012-2016) keine oder nur teilweise Lohnmassnahmen gewährt wurden, was dazu führte, dass das Lohnniveau stagnierte und der aus Stellenwechseln resultierende Rotationsgewinn entsprechend abnimmt.» Also, der Stadtrat legte damals klar dar, weshalb die Rotationsgewinne alleine nicht mehr reichen und wir sind mit diesen 1.5 Mio. jetzt beim genau gleichen Antrag wie letztes Jahr.

Jetzt stimmt natürlich die Argumentation von Urs Hofer, dass wir eine neue Rechtslage haben, das sehe ich durchaus ein. Ich fühle mich aber ein bisschen über den Tisch gezogen, dass wir dem Personalstatut zugestimmt haben, wenn das jetzt so engherzig ausgelegt wird, dass man sagt «Jaja, die Rotationsgewinne, die sinken halt von Jahr zu Jahr, aber wir stehen da einfach auf Buchstaben des Gesetzes. Die stehen zur Verfügung und kein Rappen mehr.» Und dann wird noch immer wieder schlechte Finanzlage angesprochen, um das zu begründen. Ich erinnere daran: Wir haben operativ 15 Mio. Gewinn in diesem Budget. Und damit wäre es nichts als anständig, sich inhaltlich an das letzte Jahr anzulehnen und zu sagen: Im 1. Jahr unter dem neuen Personalstatut versuchen wir einmal einigermassen, die Lohnentwicklung nicht gleich noch hinunter zu kürzen, sondern im gleichen Ausmass zu halten im Ganzen.

Und wo wir Ja sagten dazu, ist ganz klar, dass diese Lohnsteigerungen mehr nach Leistungen verteilt werden sollen und es keinen automatischen Aufstieg mehr gibt. Da stehen wir dazu. Aber zu dieser generellen Kürzung haben wir nie Ja gesagt und zu dieser werden wir auch heute nicht Ja sagen.

Das war mein inhaltliches Entsetzen, deshalb lehnen wir selbstverständlich auch den Millionen-Kürzungsantrag der FDP ab.

Zurück aber zur SVP (und die FDP soll am Rand durchaus auch noch mithören): Auch begründungsmässig und technisch stimmen einfach einige Dinge nicht. Wenn die SVP davon spricht, Vakanzen kämen ja dem Personal zu Gute, dann stimmt das schlicht und einfach nicht. Rotationsgewinne haben nichts mit Vakanzen zu tun, das sind nur die Differenzen von Löhnen von austretenden Mitarbeitenden zu den neu eintretenden, die meistens mit tieferem Lohn einsteigen. Vakanzen sind anders, die sind in einer einzelnen Produktgruppe, immer schon wieder mitbudgetiert. Und das Personal «bedankt» sich dafür, wenn man ihnen sagt, sie würden von den Vakanzen profitieren. Es sind nämlich die, die dort arbeiten, die genau dann zusätzliche Arbeit leisten müssen und alles andere als profitieren.

Wenn man dann noch so weit geht und die Pensionskasse, die wir heute nicht im Detail diskutieren wollen, als Lohnmassnahme titulieren, dann ist es wirklich einfach nur noch zynisch. Der Antrag des Stadtrates zur Pensionskassensanierung kommt zu 100% den bereits pensionierten Rentnern zu Gute. Wenn wir also nicht über diesen Betrag des Stadtrates hinausgehen (und bis jetzt habe ich von Euch noch nichts anderes gehört in der Vorberatung), dann hat das Personal keinen Rappen von diesen Pensionskassenmassnahmen. Im Gegenteil: Das Personal trägt diese Sanierungsmassnahmen seit Jahren mit und hat höhere Lohnabzüge. Da ist also wirklich oberzynisch, wenn man da davon spricht, das Personal würde massiv profitieren und der Steuerzahler müsse da massiv zugunsten des Personals etwas zahlen. Das ist schlicht und einfach falsch.

Wir sagten es letzten Montag schon: Es geht auch um die Wertschätzung des Personals, dass wir diese auch ausdrücken in einem Betrag. Und da wäre eben die Idee, dass man sagt, beim 1. Mal unter neuem Recht lassen wir den Betrag in etwa dort, wo er letztes Jahr auch war. Das wäre anständig. Alles andere ist ein Frontalangriff auf das Personal – und ja, viel mehr muss man dazu nicht mehr sagen.

Es geht im Zynismus aber noch weiter bei der SVP, und ich spreche gleich kurz zum Fraktionsantrag: Die Winterthurer Zeitung hatte diese Woche ganz neutral, fast euphorisch, einen langen Artikel drin: Winterthur unterstützt Projekte gegen Dürregebiete in Afrika, seit Jahren besteht die Städtepartnerschaft zwischen Frauenfeld, Schaffhausen, St. Gallen und Win-

terthur, die jährlich – ich lese jetzt nicht alle Inhalte vor – die jährlich 275'000 Fr. in die ärmsten Gebiete in Afrika investiert, notabene in einem Projekt dieses Jahr, das eine Stiftung unterstützt, die vom Welternährungspreisträger Hans Rudolf Herren, einem Schweizer, gegründet wurde. Und dann heisst es in dem Blatt, das immerhin ja dem SVP-Übervater gehört, ganz neutral am Schluss: «Der Unterstützungsbeitrag beträgt 275'000 Franken, wovon 108'000 Franken auf Winterthur entfallen.» Juhui. Und jetzt kommt die SVP und will das streichen. Ich glaube es nicht. Auch diesen Antrag lehnen wir selbstverständlich ab. Zum Antrag der Grünen muss ich nicht viel sagen. Reto hat es gesagt: Wenn eine Gold-Stadt sich mit Bronze zufrieden gibt, kann es das nicht sein. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Grünen auf Erhöhung.

U. Glättli (GLP): Zuerst möchte ich etwas sagen zum FDP- und SVP-Antrag auf Kürzung von 1 bzw. 1.5 Mio. beim Globalkredit. Betreffend dem Antrag der Grünen/AL wird Markus Nater etwas sagen im Namen unserer Fraktion, soweit wir das nicht bereits beim Eintreten vorweggenommen haben. Den letzten SVP-Antrag zur Entwicklungshilfe lehnen wir ab.

Bei den Kürzungsanträgen zum Globalkredit. Wir haben es bereits bei der Eintretensdebatte vermerkt: Die Finanzlage der Stadt Winterthur bietet keinen Spielraum für Geschenke. Trotzdem sind die Grünliberalen bereit, dem städtischen Personal etwas mehr zuzugestehen, als ihnen nach dem soeben revidierten Personalstatut eigentlich zustehen würde. Das ist nicht wenig, sondern eine halbe Million Franken. Notabene profitiert das Personal davon dann auch noch in den Folgejahren.

Aber es ist schon bemerkenswert – ich kann es ja schon spüren und wir haben es auch schon gehört – der Undank ist grenzenlos oder wird grenzenlos sein. Bedenkt aber vielleicht, dass wir bei der PK (ja, ich rede auch da noch kurz über die PK) noch über viel grössere Wünsche diskutieren werden müssen. Und die sollten dann nicht nur erhört, sondern auch noch erhöht werden. Nicht nur der Undank, nein, auch die Anspruchshaltung scheint grenzenlos zu sein. Vor einer Woche hiess es hier drinnen noch, was wir da machen, sei bloss Kosmetik. Ja gut. Interessant, wie es jetzt bei diesem Antrag anders tönt. Wir sprechen da einfach von «Spitzen brechen» im Namen von unserer Fraktion. Buchhalterisch wären es ja immerhin ein paar Millionen.

Nun sind wir von der GLP-Fraktion schon fast homöopathisch unterwegs angesichts der Zahlen im IAFP sollten wir vielleicht die homöopathische Potenz erhöhen. Wir haben dem Personal gerade eine 5. bzw. 6. Ferienwoche zugestanden. In der Kasse klafft ein Loch von über 1.2 Milliarden Franken Nettoschulden. Die beantragten 144 PK-Millionen sollen auch nicht reichen. Ja, im Vergleich zu ihnen sind wir geradezu bescheiden und wollen ihnen zwar nicht zusätzliche 1.5 Mio., aber immerhin eine halbe Million Franken zukommen lassen.

Die grünliberale Fraktion stimmt daher einer reduzierten Ausschüttung und damit dem Kürzungsantrag der FDP, den Globalkredit um 1 Mio. Fr. zu kürzen, zu. Die übrigen Anträge lehnen wir ab.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir hatten im Budget 2018 einen Personalaufwand von rund 440 Mio. eingestellt. Grundsätzlich werden die Löhne im 2019 nach zwei bescheidenen Jahren für die Arbeitnehmer schweizweit steigen. Ich gehe von 1.2% aus, allerdings: Das Aber ist die Teuerung, bei der man etwa von 0.8% ausgeht. 1.2% und 440 Mio. wären 5.3 Mio. 1% sind 4.4 Mio. und 1.5 Mio., das ist 1/3 Prozent. Damit wird nicht einmal die erwartete Teuerung ausgeglichen.

Und auch wenn man noch den Rotationsgewinn dazu rechnet, der in den letzten paar Jahren 0.45 % betragen haben soll (von dem wir aber auch wissen, dass er vermutlich nicht mehr so hoch sein wird), dann kommen wir gerade mal knapp auf die Teuerung.

Fazit: Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Personalmassnahmen sind wirklich bescheiden. Wenn man dann diese bescheidenen Personalmassnahmen noch reduzieren will, dann kommen mir Adjektive wie mickrig, lausig oder armselig in den Sinn. Und wenn wir dann sehen, dass das Personal wesentlich schlechtere Leistungen akzeptieren muss in der Pensionskasse und weiterhin noch Sanierungsbeiträge leisten müssen wird, dann weiss ich wirklich nicht mehr, was ich dazu sagen soll.

Wir sprechen uns als Fraktion Grüne/AL klar für die vom Stadtrat beantragten Lohnmassnahmen aus. Zusammenfassend kann man sagen: Zur Lohnentwicklung 2019 konnte man lesen «Es gibt für alle etwas – ausser für die Medienschaffenden». Wenn Sie unbedingt lesen wollen «Es gibt für alle etwas - ausser für die Medienschaffenden und die städtischen Angestellten der Stadt Winterthur», dann stimmen Sie doch diesen Anträgen zu. Wir wollen das nicht. Wie gesagt, wir sind für die vom Stadtrat beantragten Personalmassnahmen.

B. Huizinga (EVP): Zu den Lohnmassnahmen: Mit dem vorliegenden Kommissionsantrag soll bereits im 1. Jahr der Umsetzung des neuen Personalstatuts, das eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für viele Mitarbeitenden mit sich bringt, nicht einmal 1.5 Mio. für Lohnmassnahmen aus dem Steuerhaushalt bereitgestellt werden. Die Sparmassnahme wird damit begründet, dass nach Abzug der Eigenwirtschaftsbetriebe der Rotationsgewinn und der Umstand, dass Lohnmassnahmen erst ab März 2019 zum Tragen kommen, bei der Annahme des Kürzungsantrages zwar nicht mehr 1.6, aber immer noch 1% der Summe für Lohnmassnahmen zur Verfügung stehen.

In der EVP-Fraktion wurde kontrovers diskutiert. Wir hätten lieber analog zum Kanton einen Teuerungsausgleich gehabt, der allen städtischen Mitarbeitenden zu Gute käme. Doch die Teuerung wird mit Hinweis auf frühere Negativ-Teuerungsjahre nicht ausgeglichen, obwohl sie, wie wir von Christian Griesser gehört haben, knapp 1% beträgt. Darin sind die Krankenkassenprämien nicht eingerechnet, da sie nicht Bestandteil der Erhebung des Konsumentenpreisindex sind. Die kontinuierliche Erhöhung der Prämien, die sind es aber, die gemäss Umfragen Herrn und Frau Schweizer die grössten Sorgen bereiten und ein immer grösseres und tieferes Loch in das Portemonnaie reissen. Die Krankenkassenprämien sind auch dieses Jahr wieder massiv gestiegen. Durchschnittlich um gut 4%. Wir wissen: Individuelle Lohnmassnahmen sind nicht DAS Mittel der Wertschätzung einem Mitarbeiter gegenüber, aber sie sind EIN Mittel dazu. Vergessen wir nicht, dass die Sanierung der städtischen Pensionskasse noch ansteht und die finanzielle Belastung der Angestellten, bereits jetzt schon spürbar durch höhere Beiträge, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch zunimmt. Der Vorschlag des Stadtrates zur Gewährung der Lohnmassnahmen ist aus unserer Sicht nicht grosszügig, sondern angemessen und eine Notwendigkeit. Die EVP unterstützt jeden Kürzungsantrag in diesem Bereich nicht.

Zum Antrag der Grünen/AL wegen dem Strom: Absolut gleicher Meinung, da haben wir gar nicht darüber diskutieren müssen, das war klar. Eine Energiestadt hat mindestens Silber-Strom vonnöten und es ist uns auch wichtig, dass die öffentliche Beleuchtung durch Silber-Strom abgedeckt ist.

Der SVP-Antrag zur Streichung der Katastrophen- und Entwicklungshilfe im Ausland, dieser Antrag kommt in jeder Budgetdebatte unter dem Titel «Jährlich grüsst das Marmeltier». Auch dieses Mal lehnt die EVP ihn aus Überzeugung ab, da Katastrophen- und Entwicklungshilfe zur weltweiten Solidarität gehört und Winterthur da keine Ausnahme machen soll.

I. Kuster (CVP/EDU): Per 1.1.2019 tritt das neue Personalstatut in Kraft, das haben wir schon mehrmals gehört. Tobias und Urs haben erklärt, was das beinhaltet. Wieso jetzt schon im 1. Budget, auf das die neue Regelung anwendbar ist, ein höherer Betrag verlangt wird als der Durchschnitt verlangt, erstaunt uns schon. Bereits letztes Jahr haben wir eine Erhöhung von 1.5 Mio. bewilligt. Dass es aber dieses Jahr bereits im gleichen Schritt weitergehen soll, damit sind wir nicht einverstanden. Der VPOD hat letzte Woche eine Medienmitteilung verschickt und sich für das städtische Personal eingesetzt. Verständlich, es ist ja seine Hauptaufgabe, sich dafür einzusetzen. Wo ist aber die Grenze zwischen Angstmacherei, Druck ausüben und normalem Einsetzen für die Sache? Das muss jeder hier drinnen für sich selber beantworten.

Wir finden eine massvolle Lohnrunde in diesem Jahr okay. Aber 1.6% lassen sich aus unserer Sicht schwer rechtfertigen. Ich habe im Hinblick auf die heutige Diskussion nochmals im Internet recherchiert und andere Angaben als Christian gefunden. Der Kanton St. Gallen sieht keine Lohnmassnahmen vor. Der Kanton Thurgau sieht 0.3% Lohnerhöhungen vor. Basel-

Land hat Teuerungsausgleich 0.5%, für Lohnmassnahmen 0.5%. Ein Blick in die Privatwirtschaft zeigt ein breites Spektrum auf, aber doch: In den wenigsten Fällen wird 1.6% Lohnerhöhung gewährleistet. Migros und Coop haben 1% angekündigt.

Unsere Aufgabe als Gemeinderat ist es, den gesamtstädtischen Finanzhaushalt zu betrachten. Und die Zukunftsaussichten, sprich der IAFP, sehen nicht gut aus. Dieses Jahr haben wir bereits eine grosse Personalaufstockung bewilligt und dieser Personalbestand bleibt uns erhalten. Aus diesem Grund wollen wir mit den Lohnmassnahmen jetzt Mass halten, weil der Personalaufwand soll nicht zusätzlich erhöht werden, denn sonst drohen uns nämlich im worst case in Zukunft wieder andere, schwerwiegendere Personalmassnahmen.

Und ich wehre mich da noch in aller Form gegen die folgenden Vorwürfe:

1. Es sei eine Sparmassnahme. Das ist es nämlich nicht. Es ist keine Sparmassnahme, gespart wird nämlich überhaupt nicht, zumindest gegenüber der Laufenden Rechnung. Allenfalls erhöhen wir den Lohn ein bisschen weniger als vom Stadtrat vorgeschlagen.
2. Es ist keine Beurteilung der Arbeit des städtischen Personals. Das ist nämlich Führungsaufgabe und somit im Zuständigkeitsbereich der städtischen Führungskräfte.
3. Wir wehren uns da auch in aller Form gegen den Vorwurf vom VPOD, die Sanierung der Pensionskasse würde vom bürgerlichen Gemeinderat verschleppt. In der Verantwortung steht nämlich primär der Stiftungsrat der Pensionskasse. Und es ist ganz klar Aufgabe des Stiftungsrates, z.B. den Umwandlungssatz so anzupassen, dass er versicherungstechnischen Vorgaben entspricht. Ich gehe davon aus, dass der Stiftungsrat die dafür erforderlichen Beschlüsse gefasst hat oder mindestens schnell fassen wird. Die CVP hat übrigens schon lange kommuniziert, wie wir uns die Sanierung der PK vorstellen.

Aber zurück zu den Lohnmassnahmen: Aufgrund der vorher genannten Gründe unterstützen wir von der CVP/EDU-Fraktion den Kürzungsantrag der FDP, weil das ein massvoller Weg ist.

Die Antwort zum Strom gibt Zeno und bei der Auslandhilfe gibt Andreas die Antwort.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben noch 6 Wortmeldungen angemeldet, das bringen wir nicht innert nützlicher Frist durch.

Ich hoffe, dass wir nach der Pause dann zügig weiterfahren können. Ich wünsche allen guten Appetit.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse zur Abendsitzung. Ich gehe davon aus, dass die Meisten die Anträge nochmals ein bisschen durchgeblättert haben und das Zeitbudget vor Augen haben. Wir sagten, wir haben am nächsten Montag noch eine Reserve-Sitzung. Wir sagten, wir müssen das Traktandum 9 und 10 besprechen können, sie müssen loslegen können, sonst bricht das Schulhaus zusammen. Und von daher liegt es an uns, wie sehr wir jetzt Gas geben, damit wir mit dem Budget und diesen zwei Anträgen durchkommen.

Wir fahren weiter in den Voten. Renate Dürr.

R. Dürr (Grüne/AL): Ich möchte eigentlich nur etwas sagen zu den Lohnmassnahmen. Ich bin schon ein bisschen erstaunt, dass von Eurer Seite hier drüben kommt, dass Vakanzen ein Mehrwert sind für das Personal. Vakanzen bedeuten tatsächlich einfach Mehrarbeit, das bedeutet Überzeit, d.h. dass die Stunden, die die Mitarbeitenden leisten mussten, auch wieder kompensiert werden müssen oder dass man sie ihnen auszahlen muss. D.h. es kostet die Stadt, das ist nicht gratis. Und im Weiteren heisst es auch, dass das sehr an die Substanz des Personals geht, wenn sie dauernd Überzeit leisten müssen. Einen Beweis hatten wir eigentlich im DSU bei der Polizei, wo wir letztes Jahr 661'000 Fr. gesprochen hatten, weil dort krankheitsbedingte Ausfälle waren, Langzeitausfälle. Es gab dort Mehrkosten: Löhne für Doppelbesetzungen, Mehrkosten für Sozialleistungen und u.a. auch noch Kosten für Personalrekrutierung.

Und dann kommt dazu: Ich habe mich einmal erkundigt mit einer Schriftlichen Anfrage, wie das genau ist mit der Krankentaggeldversicherung. Die Stadtverwaltung hat keine Krankentaggeldversicherung, d.h. diese Löhne werden vollumfänglich gezahlt.

Und dann muss ich schon sagen - Yvonne Beutler hat es letzte Woche schon gesagt, sie hat es heute wieder gesagt - Wertschätzung ist wirklich ein Wort, das Ihr da drüben wohl gar nicht kennt. Wie erniedrigend ist das denn, wenn man beim Personal einfach wieder sparen will. Das ist wirklich einfach nur noch erniedrigend. Das Personal hat einige Jahre im Rahmen von Balance auf Lohnerhöhungen verzichtet. Es hat letztes Jahr einmal ein bisschen etwas gegeben. Und jetzt hat man das neue Personalstatut eingeführt – zum Glück haben wir geschlossen Nein gesagt zu diesem neuen Personalstatut, aber nichtsdestotrotz, es ist jetzt da - und jetzt kommt Ihr schon wieder mit Kürzungsanträgen. Ich finde, das geht überhaupt nicht.

D. Hofstetter (Grüne/AL): Ich spreche zum Antrag der SVP-Fraktion Reduktion des Globalkredits um 108'000 Fr. (Streichung der Beiträge an die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland). Ich darf jedes Jahr zu diesem Thema sprechen und bin wohl auserkoren, weil ich selber profitieren kann (ich habe das auch schon gesagt hier im Rat) von Beiträgen des Kantons Basel-Stadt, der ein Projekt unterstützt, bei dem ich jedes Jahr eine Woche nach Afrika gehe, in eine sehr arme Gegend, und in einem Spital als Ärztin arbeite. Und deshalb darf ich immer diesen Kredit hier verteidigen.

Winterthur hat ja, das hat Roland Kappeler schon gesagt, dieses Jahr im Rahmen der Städtepartnerschaft Schaffhausen, St. Gallen, Frauenfeld und Winterthur die 108'000 Fr. an die Stiftung Biovision überwiesen. Diese Stiftung kümmert sich um die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung von nachhaltigen, ökologischen, landwirtschaftlichen Methoden.

Wir unterstützten auch schon andere Projekte, auch schon mal ein Spital, das ist schon länger her.

Dieser Beitrag von diesen 108'000 Fr. wurde schon einmal gekürzt, es war früher mehr (ca. 150'000 Fr.). Und auf das Ganze gesehen – es ist ein symbolischer Beitrag, muss man sagen – ist das weniger als 0.1 Promille des ganzen Budgets. Nicht Prozent, Promille. Ich möchte auch (das mache ich auch jedes Jahr) einfach einen Vergleich machen mit anderen Städten, damit man ein bisschen sieht, wo Winterthur steht in diesem Bereich, damit man sich ein bisschen einordnen kann. Basel, das ist die Stadt, die unser Projekt unterstützt, hat dieses Jahr mit 2 Mio. Fr. 59 Projekte unterstützt. Zürich hat dieses Jahr mit 3 Mio. Fr. 63 Projekte unterstützt. Alles ein bisschen kleinere Projekte, vielleicht mit kleineren Beiträgen als die 108'000 Fr. In Zürich wird überdies ab 1.1.2019 ein neues Reglement in Kraft gesetzt, mit dem sie die ganzen Beiträge an Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland regeln. Und sie machen den Betrag, den sie geben, abhängig vom Jahresergebnis gemäss der Erfolgsrechnung. Das geht von 1 Mio. bis max. 15 Mio. respektive bis max. 1 Steuerprozent. Das wollte ich einfach sagen. Wir sind bei 0.1 Promille und Zürich, wenn sie einen sehr guten Ertrag haben, will bis zu einem Steuerprozent geben. Und ich möchte da deshalb gerne Christian Griesser zitieren: «Mickrig, lausig, armselig».

Und wenn man das auch noch streichen will, finde ich das wirklich ganz schrecklich. Wir lehnen deshalb den Antrag ab.

M. Nater (GLP): Ich spreche zum Antrag der Grünen/AL für 250'000 Erhöhung Bronze auf Silber. Wie die Grünen und die AL sind wir nicht zufrieden mit den Massnahmen, die die Stadt macht, in Winterthur umgesetzt, im Bereich Energie und Klima. Beim Antrag der Grünen sehen wir jedoch nicht den Nutzen, wie die Klimaziele der Stadt Winterthur besser erreicht werden. In den Produktinformationen von Stadtwerk zu den beiden Produkten Bronze und Silber ist aufgeführt. Beide Produkte sind aus erneuerbarer Energie und fördern den Bau von Solarstrom, Wind- und Biomasseanlagen. Der einzige Unterschied zwischen Bronze und Silber ist bei Silber das Label naturmade star und 10% statt 8% Strom aus höherwertigem Strom. Beim Label fließt das meiste Geld in Erhöhung der Restwassermenge und in Gewässerschutzprojekte. Aber man muss ganz klar sehen: Dies spart aber kein einziges Kilogramm an CO₂. Für den Betrag von 250'000 Fr. wird kein einziges Kilogramm CO₂ eingespart.

Nebenbemerkung: naturmade. Ich habe einmal geschaut, wo es überall Gewässerschutzprojekte hat. Es hat überall Gewässerschutzprojekte, in Schaffhausen, in Zürich – in Winterthur hat es keine. Also irgendwo die Bitte an Stadtwerk, dass man dort auch einmal schaut, dass vielleicht auch einmal da in Winterthur Gewässerschutzprojekte von naturmade unterstützt werden, wenn wir das schon über unseren Strompreis finanzieren.

Das Argument Energiestadt Gold: Jetzt, wo man nicht über CO₂ argumentieren konnte, wird mit der Energiestadt Gold argumentiert. Es heisst Energiestadt. Das Update von Bronze auf Silber bringt diesbezüglich nichts und bringt nichts bezüglich CO₂. Dass das einfach so bewusst ist, wenn man nachher den Entscheid fällt.

Wo wir dann wirklich wieder mit den Grünen einig sind, ist dass man etwas machen muss. Wir von den GLP sehen jedoch eher im Bereich der Klimaziele, dass man den Anteil erneuerbarer Energie beim Strom erhöht und so diese Stromzusammensetzung bei Stadtwerk entsprechend anpasst.

Wir lehnen den Antrag der Grünen ab, da mit den 250'000 Franken kein einziges Kilogramm CO₂ in Winterthur oder der Schweiz eingespart wird.

A. Geering (CVP/EDU): Ich spreche zum SVP-Antrag Streichung der Beiträge an die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland. Roland Kappeler hat eigentlich schon sehr gut zusammengefasst, in welchem Umfang die Stadt Winterthur in dieser Entwicklungszusammenarbeit mitarbeitet, in welchem Städteverband, und er hat auch schon darauf verwiesen, dass die Stadt mitgeteilt hat, wie das Geld 2019 eingesetzt wird.

Ich schneide diese Ausführungen in dem Sinne ab und komme gleich auf einen Punkt, der noch nicht erwähnt wurde. Es ist der CVP/EDU-Fraktion wie auch anderen hier drinnen (z.B. der SVP-Fraktion) ein Anliegen, dass Leute, die im globalen Süden wohnen, möglichst dort wohnen bleiben können, wo sie wohnen, und sich eine Zukunft aufbauen können dort, wo sie wohnen. Ja, wenn sie dort, wo sie sind, eine Möglichkeit haben und wirtschaftliche Zukunft, dann ist die Chance grösser, dass sie eben nicht eine Reise über das Mittelmeer antreten. Und die Länder des nächsten Jahres wurden bereits erwähnt, z.B. Äthiopien.

Wir möchten auch, dass die Leute in ihren Herkunftsländern eine wirtschaftliche Zukunft haben und eben nicht auf den gefährlichen Weg gehen müssen. Wir unterstützen deshalb den Kürzungsantrag nicht.

T. Brütsch (SVP): Lieber Roland Kappeler, liebe Renate Dürr, lieber Christian Griesser, liebe Barbara Huizinga - ich hoffe, ich habe alle berücksichtigt, die uns vorhin als zynisch, armselig oder als unsensibel gegenüber dem Personal bezeichnet haben. Euer Hang zum Dramatisieren in Ehren, aber statt jetzt da mit dem verbalen Zweihänder gegen uns auszuteilen, was Ihr ja gern uns vorwerft, dass wir das machen, solltet Ihr besser einmal einen Blick in das Gesetz werfen, das Ihr – und ich war, Roli, damals auch schon dabei – unterzeichnet habt im Januar dieses Jahres. Dann werdet Ihr vielleicht merken, dass der Mechanismus, den wir abgemacht haben, ein anderer ist als der, den Ihr offenbar meint.

Was es mit Zynismus zu tun haben soll, wenn wir darauf hinweisen, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer unter Umständen einen dreistelligen Millionenbetrag in die PK nachschliessen werden – was selbstredend Angestellten der Stadt zu Gute kommen wird - das sehe ich jetzt überhaupt nicht ein.

Im Übrigen steht es bei den Ratslinken mit dem Kurzzeitgedächtnis offenbar nicht zum Besten. Damals in der Beratung zum Personalstatut wurde von der SP ein Automatismus vorgeschlagen von pauschalen jährlichen Lohnerhöhungen von 0.6%. Die Grünen und die EVP waren damit einverstanden. Ihr könnt das gerne nachlesen im Protokoll vom 22. Januar 2018. Und jetzt sind wir bei Lohnmassnahmen von 1.6% insgesamt. Aber eben, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern...

Nochmals zum Mitschreiben: Grundsätzlich wird gemäss Personalstatut der Rotationsgewinn ausgeschüttet, ausser die Finanzlage der Stadt will das nicht zulassen. Wie ich erwähnt habe, sind wir für die Ausschüttung der Rotationsgewinne trotz Milliardendefizit der Stadt und trotz der u.a. von Urs Glättli erwähnten anderen Benefits vom städtischen Personal.

Was wir nach wie vor nicht nachvollziehen können, ist wie man angesichts des Personalstatuts und der dort drin definierten Parameter sogar noch mehr als den Rotationsgewinn ausschütten können soll. Wie gesagt, liebe Ratslinke, ein Blick in das von Euch – mindestens von einem grossen Teil von Euch, Renate Dürr – mitverabschiedete Gesetz würde da vielleicht Sinn machen und dann können wir auch auf dieser Ebene diskutieren, statt hier drinnen relativ plumpe Stimmungsmache zu veranstalten. Die Parameter sind gemäss Personalgesetz respektive Personalstatut die Finanzlage der Stadt, allgemeine Wirtschaftslage, Verhältnisse am Arbeitsmarkt, allgemeine Lohnentwicklung in der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft. Dass die Finanzlage der Stadt nicht gut ist, sage ich jetzt bereits zum wiederholten Male. Dass die allgemeine Lohnentwicklung ebenfalls nicht so wäre, dass der Stadtrat daraus etwas für sich ableiten könnte, ist ebenfalls klar (Iris Kuster hat bereits darauf hingewiesen). Die Lohnentwicklung in der Schweiz ist gemäss Bundesamt für Statistik stagnierend respektive unter Berücksichtigung der Teuerung ganz leicht rückläufig.

Nochmals: Der Stadtrat will mit gütiger Mithilfe der Ratslinken Lohnerhöhungen entgegen den gesetzlichen Vorgaben durchdrücken, man muss es ganz klar so sagen.

Nachdem die Fronten jetzt offenbar klar sind und zwecks Verhinderung von unheiligen Allianzen, ziehen wir unseren Antrag allerdings zugunsten des Kommissionantrages zurück.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich kann es kurz machen: Markus Nater hat mein Votum vorweggenommen zum Antrag der Grünen/AL. Wir von der CVP/EDU lehnen diesen Antrag aus den gleichen Gründen ab.

Ratspräsidentin A. Steiner: Marc Wackerlin. An dieser Stelle weise ich noch darauf hin, dass Marc Wackerlin auch in dieser Sitzung gebeten hat, dass er aufzeichnen darf – im Moment ist aber das Handy glaube ich nicht an.

M. Wackerlin (PP): Richtig. Ich entschuldige mich, dass ich mich doch einmische. Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber jetzt ist so viel Kabis gesagt worden, dass ich nicht mehr länger auf dem Mund sitzenbleiben kann.

Tobias hat das zwar gut gekontert, aber leider nur zum Teil. Es wurde gesagt, wir würden beim Personal sparen. Und das ist einfach Unsinn. Wenn wir beim Personal sparen wollten, dann würden wir 5-6 Mio. und mehr streichen. Und wir streichen nicht komplett. Wir geben nur bei den Massnahmen, die zusätzlich kommen, ein bisschen weniger. Dito beim Stellenaufbau. Wir haben keine einzige Stelle, bei der wir sagten, wir streichen sie. Alle Stellen, die wir nannten, sind neue Stellen. Wenn Ihr wirklich von uns wollt, dass wir beim Personal sparen, dann sagt das. Dann werden wir auf das nächste Mal Stellenstreichungs- und Budgetkürzungsanträge stellen in einem ganz anderen Ausmass.

M. Sörgo (SP): Ich will mich kurz halten, die Diskussion bis jetzt hat meine Stimme nachhaltig geschädigt und mir wohl ab und zu ein bisschen die Sprache verschlagen. Ich war ja die Referentin dieses Personalstatuts, das nun schon einige Male angesprochen wurde und das jetzt das sehr, sehr genau ausgelegt wird, und weswegen dem Stadtrat und uns vorgeworfen wurde, dass wir uns nicht an Dinge halten, die darin stehen.

Es hat einfach ein wichtiges Wort, sowohl im Antrag der SP, den wir dazumals gestellt haben, wie auch jetzt im Text des neuen Personalstatuts, das ab dem 1.1. gelten wird. Und das Wort ist «mindestens». Das Wort «mindestens» heisst, dass man mindestens den Durchschnitt der Rotationsgewinne der letzten 5 Jahre einstellen muss, ausser bei schwieriger finanzieller Lage. Wir sagten auch, wir wollen mindestens 0.6% der Lohnsumme. Und das «mindestens» bedeutet eben auch, dass man mehr verlangen kann. Und dass der Stadtrat jetzt mehr eingestellt hat, hat einfach etwas damit zu tun, dass wir in den letzten Jahren sehr viele (ich glaube, ca. 5-7 Mal) diese Lohnmassnahmen nicht gezahlt hat aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt. D.h. aber auch, dass die Lohnentwicklung in der Stadt inzwischen einfach nachhaltig in Schieflage ist. Und der Stadtrat möchte das in diesem Budget, mit dem wir für ein Mal wieder in einem Plus sind, wieder ein bisschen ausgleichen und schauen, dass wir bei der Lohnentwicklung ungefähr gleich sind, damit uns eben auch u.a. die Leute nicht

einfach davonlaufen, weil sie sozusagen kündigen müssen, damit sie irgendwann noch eine Lohnentwicklung haben.

R. Diener (Grüne/AL): Nur ganz kurz zum Thema der Energiebezüge. Markus hat behauptet, das spare kein CO₂ ein. Die gleiche Diskussion hatten wir auf der nationalen Ebene auch. Wo wird das CO₂ eingespart, bei uns oder irgendwo auf der Welt? Und wenn wir jetzt eben wechseln auf den Silber-Strom, nehmen wir Verantwortung wahr, und zwar da vor Ort, um den Strom, der mehrheitlich auch hier produziert wird, der eben wirklich die entsprechenden Kriterien erfüllt, auch abzunehmen und zu verbrauchen. Das Produzieren ist das eine, das Verbrauchen das andere. Diese Verantwortung, finde ich, sollten wir wahrnehmen, und deshalb plädieren wir dafür, dass wir diesen Wechsel machen.

A. Geering (CVP): Ich möchte doch in meinem eigenen Namen noch kurz zu den Lohnmassnahmen sprechen und begründe damit, wieso meine persönliche Haltung von der Fraktion abweicht.

Ich habe mir ein langes Votum aufgeschrieben, ich kürze es ab und greife drei Punkte heraus. Wir haben bei der Eintretensdebatte gehört, dass wir operativ einen Gewinn von 15 Mio. ausweisen im Budget und man das einfach nicht sieht wegen dem § 119. Aber eigentlich ist es ein gutes Budget. Vor diesem Hintergrund sind die Lohnmassnahmen so budgetiert, wie sie budgetiert sind.

Dann haben wir in der BSKK den Ausgabenanstieg bei der Kulturinstitutionen angeschaut, bei den Subventionsverträgen. Wir haben dort einen Anstieg und es wurde uns begründet, man hat bei den grossen Kulturinstitutionen befristet 5% gespart im Rahmen der Sparmassnahmen von Balance und Effort14+. Das sei befristet gewesen, das nehmen wir jetzt wieder zurück, weil es die Finanzlage wieder erlaubt. Ja, wenn es die Finanzlage der Stadt wieder erlaubt, bei den Kulturinstitutionen wieder zurückzugehen, dann müsste man sich vielleicht die Frage stellen, wie die Finanzlage bezüglich der Lohnmassnahmen aussieht.

Und der 3. Punkt, und für mich eigentlich wichtigste Punkt für mich, ist, der mich letzten Montag wirklich nochmals bei der Entscheidungsfindung bestätigte, ist dass sich Yvonne Beutler und Urs Hofer eigentlich einig sind. Die Anträge, die wir in diesem Budget besprechen, sind Kosmetik. Ja, und wenn die Anträge, die wir in diesem Budget besprechen, Kosmetik sind - dann wünsche ich unserem Personal, diesen 5'000 Leuten, die steigende Kosten vor sich haben (es wurde gesagt, z.B. bei den Krankenkassen), dann wünsche ich diesen Leuten doch ansprechendere Kosmetika, als diese Lohnmassnahmen nicht zu gewähren.

In dem Sinn werde ich mich der Stimme enthalten und hoffe auf Nachahmereffekte.

T. Brütsch (SVP): Ich muss jetzt halt doch noch etwas sagen zu Maria Sorgo, sonst wirft mir mein Fraktionskollege vor, ich sei nicht vollständig gewesen. Es ist nicht so, das stimmt einfach nicht, dass im Personalstatut steht, es sei mindestens der Rotationsgewinn auszuschütten. Sondern man muss dann halt auch noch weiterlesen und dort steht halt nach dem Satz, den Maria zitiert hat: «Der Grosse Gemeinderat kann jedoch in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt einen tieferen Betrag gewähren oder gänzlich auf die Gewährung von Mitteln verzichten.» Das ist der Mechanismus und nicht sozusagen der minimale Sockelbetrag.

M. Nater (GLP): Ich mache es ganz kurz, auf das Votum von Reto bezogen. Bronze / Silber, der Unterschied ist wirklich etwas für die Natur. Aber wenn man dem zustimmt, zahlt man 250'000 Fr. und es ist Null Impact für die Ziele, die wir da haben.

F. Landolt (SP): Nur ganz kurz. Die ökologische Gesamtbetrachtung ist eine Gesamtbetrachtung. Da kann man nicht einen einzelnen Sektor gegen einen anderen ausspielen. Das ist grundsätzlich eine problematische Haltung.

Wir sind ja mit den Grünen und möchten den Silberstatus einführen. Und ich glaube, in dieser Gesamtbetrachtung lohnt sich das, denn eigentlich müssten wir Gold sein.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist eigentlich eine absurde Debatte, wir sprechen einmal über die Lohnmassnahmen, dann kommt wieder jemand mit dem Strom, dann haben wir wieder etwas mit der Auslandhilfe... Also, ich möchte beliebt machen, dass man das nochmals anschaut, wie man da diskutiert.

Es sind die städtischen Allgemeynkosten, und deshalb sprechen verschiedene Stadträte zu den verschiedenen Themen.

Lohnmassnahmen. Yvonne Beutler hat es vor einer Woche eigentlich auf den Punkt gebracht: Der Stadtrat hat 1.6% Lohnerhöhung drin. 1.4% wie letztes Jahr, genau gleich, und noch 0.2%, damit die Chefinnen und Chefs die Möglichkeit haben (Ihr könnt Euch vielleicht noch erinnern an die Diskussion beim Personalstatut), ihre Leute langsam an die Referenzkurve hinzuführen, von der wir halt zum Teil diese Leute jetzt meilenweit weg haben, weil wir in den letzten 6 Jahren 4 Mal keine Lohnmassnahmen gezahlt haben. Und dadurch kam der Stadtrat zum Schluss, wir müssen das korrigieren und wir müssen dort ein bisschen einen grösseren Hebel haben, ein bisschen mehr, als dass es das letzte Mal der Fall war.

Wenn unsere Leute diese Budgetdebatte mitverfolgen und mitbekommen, dass ihre Lohnmassnahmen gekürzt werden sollen, während man dann gleichzeitig über einen tieferen Steuerfuss diskutiert, dann ist das für die Leute fast wie eine Ohrfeige. Das verstehen unsere Leute dann wirklich nicht mehr. Also wir sind der Meinung, das ist richtig aufgrund von dem, was in den letzten Jahren gelaufen ist, dass man diese Korrekturen wieder anbringt.

Wenn ich ein paar Stichworte aus der Debatte nehme:

PK. Es wurde gesagt, die 144 Mio., wenn sie dann kommen, die gehen gleich telquel zu den Pensionierten. Da haben unsere Mitarbeiter, die jetzt für die Stadt arbeiten, nichts davon. Im Gegenteil. Der Stadtrat hat diese Korrektur noch gemacht, dass auch unsere Mitarbeiter mittragen sollen, und das bedeutet, dass die 0.9%, die unsere Leute jetzt jeden Monat auf der Abrechnung sehen, dass sie weniger Lohn bekommen, und man sich dann überlegen muss, wo denn diese 0.9% hingehen – die gehen einfach in die Pensionskasse. Da hat der Mitarbeiter überhaupt nichts davon, es geht ja nicht auf sein individuelles Konto, sondern es ist einfach weg. Und mit dem 144 Mio.-Geschäft haben unsere Leute eigentlich nichts davon, sondern sie müssen die 0.9% einfach noch ca. 5-6 Jahre lang weiterziehen. Das heisst es für unsere Mitarbeitenden. Sie werden also sehr wohl mittragen müssen, selbst wenn die 144 Mio. kommen.

Personalstatut. Da hat man jetzt mehrere Auslegungen gehört. Es ist so: Man hat dieses Konstrukt hier drinnen verabschiedet, man wusste, es gibt neben den Rotationsgewinnen noch die Möglichkeit, dass man etwas daraufsetzen kann. Genau das haben wir im Stadtrat gemacht und dazu gilt es auch zu sagen: Die Rotationsgewinne sind derart verschieden in den einzelnen Bereichen. Nicht in allen Bereichen ist die gleiche Fluktuation da, dass man davon wieder profitieren kann, sondern das ist nicht immer genau gleich und deshalb ist es auch kein sicherer Wert.

Und dann haben wir eine Personalbefragung gemacht. Die Resultate werden jetzt dann erst im Stadtrat besprochen. Dort ist Lohn ein Thema. Der Lohn, den unsere Leute erhalten, ist in der Personalbefragung ein grosses Thema. Das muss man einfach wissen, wenn man nachher den Entscheid fällen muss, ob man diese Lohnmassnahmen gewähren will oder nicht.

Wir vom Stadtrat möchten gerne diese Lohnmassnahmen so, wie wir sie eingegeben haben, umsetzen.

Dann spreche ich jetzt nicht auch noch zum Strom, aber zur Katastrophen- und Entwicklungshilfe im Ausland. Wenn man diese 108'000 streicht, dann setzt man das seit Jahrzehnten gültige Konstrukt der Städtepartnerschaft zwischen Schaffhausen, St. Gallen, Frauenfeld und Winterthur aufs Spiel. Gut, wir können sagen, wir gehen dann trotzdem noch an diese Treffen, wir tauschen uns trotzdem noch mit ihnen aus, nehmen am gesellschaftlichen Programm noch teil – aber nur noch Schaffhausen, Frauenfeld und St. Gallen zahlen und wir sind nur noch geduldet. Das Treffen hat für uns einen sehr hohen Wert, wir sprechen nämlich bei Weitem nicht nur von der Auslandhilfe. Wir haben vor Jahren die Inlandhilfe eingestellt (die hätten wir nämlich auch noch über dieses Konstrukt). Wir haben dauernd nur noch Wasserprojekte erhalten, wo wir der Meinung sind, wenn ein Dorf oder eine Gemeinde ein Problem hat mit der Wasserversorgung, dann ist das eine kantonale Aufgabe, dann muss man ihnen halt dort

unter die Arme greifen. Oder wir haben angefangen, Anträge aus steuergünstigen Kantonen gar nicht mehr zu behandeln, wo wir auch der Meinung waren, das müssen halt diese Kantone übernehmen, die dann halt zu ihren Projekten schauen müssen. Also man hat dort schon gekürzt. Wir haben bei der Auslandhilfe nur noch diesen Teil, der die 108'000 betrifft. Wir sind auch dort in den letzten Jahren hinunter bis zu diesen 108'000. Und deshalb: Ich denke, es ist eine gute Sache, wenn Städte solche Mittel zusammenlegen und gute Projekte unterstützen. Es wurde gesagt, dieses Jahr Biovision, ein Projekt in Äthiopien und Kenia, das dringend nötig ist. Und dort zeigen wir unsere Solidarität. Ich bitte Sie also, diese beiden Anträge, Kürzung Lohnmassnahmen und Streichung der Beiträge Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, abzulehnen. Zum Strom spricht Stefan Fritschi.

Stadtrat St. Fritschi: Wenn Grünliberale und Grüne zusammen über Strom diskutieren, dann muss man aufpassen, dass der Abend nicht gleich vorüber ist, weil sie so heftig miteinander diskutieren. Es ist natürlich so, dass auch bei mir selber zwei Seelen in meiner Brust sind. Auf der einen Seite würde ich gerne der Verwaltung den teureren Strom von Stadtwerk verkaufen, wir hätten einen besseren Umsatz und bessere Marge. Aber ich spreche jetzt für den ganzen Stadtrat und muss sagen, dass wir Sie bitten, dass wir beim Bronze-Strom bleiben. Wieso wollen wir beim Bronze-Strom bleiben? Zum einen, weil es nicht nur 250'000 Fr. sind – das wurde auch klar in der Kommission so kommuniziert, dass das jetzt die 1. Tranche ist. Wir haben in der Kommission gesagt, dass wenn wir den ganzen Strom der Stadtverwaltung (und das bedeutet, der ganze Strom mit Ausnahme von Stadtwerk, das schon Silber-Strom bezieht, und Stadtbuss, das im Rahmen der Gesamtausschreibung separat bezieht) wechseln würden, würde das 900'000 Fr. kosten. Also 250'000 ist ein bisschen eine tiefere Preisetikette als das, was dann wirklich das Ansinnen ist, dass man nämlich den ganzen Strom auf Silber wechselt. Das würde also knapp 1 Mio. kosten, 900'000 Fr.

Und ich muss einfach sagen, gerade bei der Diskussion, die wir jetzt zu diesen Konti führen: Ich habe ja auch ein paar Jahre Erfahrung in einem steuerfinanzierten Teil, beim DSS. Und da sieht man natürlich, wie man den einzelnen Franken jedes Mal drehen und sparen muss, dass man den zur Verfügung hat. Und wenn wir jetzt einfach der Stadtverwaltung sagen, sie müssen 900'000 Fr. mehr ausgeben für einen besseren Strom, und gleichzeitig bekommt man aber nicht Steuern oder Gebühren, dann heisst das einfach, dass irgendwo beim Angebot gestrichen werden muss und bei anderen Dingen gekürzt werden muss. Deshalb sind wir ja auch im Rahmen eines Sparvorhabens von Silber auf Bronze zurückgekommen, weil wir finden, das können wir verantworten. Auch Bronze-Strom ist ein ganz guter Strom. Und auch Markus Nater muss begreifen, dass Stadtwerk einen sehr guten Job macht, um die Energie-Strategie vom Bundesrat zu erreichen. Es ist gerade letzthin vom Bundesamt für Energie eine Auswertung herausgekommen, bei der 91 der Energieversorger der Schweiz mitgemacht hatten. Und Stadtwerk Winterthur war auf Platz 12, weil wir 70% der Ziele schon erreichen. Der Durchschnitt von denen, die mitmachten (es machten 91 mit, die ganz Schlechten machten gar nicht mit bei dieser Umfrage) hatte nur 50% erreicht von diesen Zielen der Energie-Strategie des Bundesrates. Und Markus Nater muss es auch verstehen, dass wir wirklich mit Stadtwerk Winterthur schweizweit eine ganz vorbildhafte Rolle spielen. Bei Wärme/Gas sind wir sogar auf Platz 3 von allen Energieversorgern.

Und ich bitte Euch, dass wir da jetzt nicht auf den Silber-Strom wechseln, damit wir das Geld für anderes zur Verfügung haben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich gebe dem Stadtpräsidenten Recht, dass wir bei den Städtischen Allgemeynkosten tatsächlich ein bisschen einen Gemischtwarenladen haben, aber das ist halt einfach so im Budgetbuch drin.

Wir stimmen zuerst ab über den Kommissionsantrag, dem nun kein Antrag mehr gegenübergestellt werden muss. Es geht um die 1 Mio. weniger Mittel für Lohnmassnahmen.

Wer dieser Massnahme zustimmt, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer dagegen ist?

Enthaltungen?

Damit habt Ihr der Kürzung mit 29:28 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Dann kommen wir zu den Fraktionsanträgen.

Der Antrag Grüne/AL, Erhöhung des Globalkredits um 250'000 Fr.

Wer diesem Antrag zustimmt, soll bitte die Hand erheben.

Wer diesen ablehnt, soll die Hand erheben.

Das ist eine Mehrheit, damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Antrag SVP, Reduktion um 108'000 Fr. bei der Auslandhilfe.

Wer diesem Antrag zustimmen will?

Wer den ablehnen will?

Das ist eine klare Mehrheit, die diesen Antrag ablehnt.

Das Produkt Steuern und Finanzausgleich behandeln wir wie gesagt ganz am Schluss der Budgetberatung und werden das in dem Sinne jetzt im Drehbuch überspringen.

Wir kommen zum Tiefbau. Da gibt es einen Antrag der Grünliberalen. Markus Nater.

M. Nater (GLP): Der Antrag der Grünliberalen ist, dass man den Indikator Wirtschaftlicher Unterhalt der Strassenreinigung bei 3.65 belässt. Die Begründung: Die Wirtschaftlichkeit beim baulichen und betrieblichen Unterhalt zeigt auf, wie die Stadt den Unterhalt unserer Strassen plant und ob sie sich effiziente Ziele setzt. Im Budget 2019 eine Erhöhung um 15 Rp. auf 3 Franken 80 pro m² vorgesehen. Es wurde nicht mit Leistungen begründet, sondern mit dem Mittelwert über die letzten 17 Jahre. Es fing also in etwa damals an, als die Expo.01 oder 02 war.

5/6 des Betrages geht in den Strassenunterhalt und die baulichen Reparaturen, 1/6 geht in den Winterdienst, welcher jedoch sehr unterschiedlich ausfällt, und von daher nicht so planbar ist. Hier wird jedoch mit einem Durchschnittswert von 61 Rp. pro Jahr gerechnet.

Für uns ist dieser Anstieg auf 3 Franken 80 nicht nachvollziehbar, da die planbaren Leistungen gleich wie in den Vorjahren bleiben. Der Ist-Wert im Jahr 2017 war zwar höher, aber in den anderen 4 Jahren bis 2013 hatten wir immer einen Wert unter 3 Franken 65. Im Jahr 2014 hatten wir sogar einen Wert von 3 Franken 19.

Die GLP möchte anspruchsvolle Ziele, die nicht auf Mittelwerten über 17 Jahre berechnet werden und von einem schneereichen Winter ausgehen. Wir wollen im Strassenunterhalt weiterhin ambitionierte Zielwerte, welche den Anreiz schaffen, effizient zu arbeiten. Daher beantragen wir, den Zielwert Strassenunterhalt bei 3 Franken 65 zu belassen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Kommissionsantrag, der zu Null angenommen wurde, weil es eigentlich um eine Korrektur ging. Ich schlage vor, dass wir diesen zweiten Antrag nicht beraten und so, wie wir sonst die Geschäfte annehmen, so abnehmen. Gibt es da einen Gegenantrag? Damit würden wir den Kommissionsantrag bereits als abgesegnet nehmen und entsprechend sprechen wir nur über diesen GLP-Antrag.

R. Heuberger (FDP): Die FDP wird die Reduktion dieser Zielvorgabe von 3.8 auf 3.65 unterstützen. Höhere Kosten bei weniger Leistung sind für uns inakzeptabel. Der Indikator, der reduziert werden soll, setzt sich ja aus drei Werten zusammen: Aus dem baulichen Unterhalt des Strassennetzes, aus der Strassenreinigung und den Wartehallen, und aus dem Winterdienst.

Bei der Budgetierung dieser Indikatoren, es wurde schon gesagt, ging man von einem Mittelwert über die letzten 17 Jahren. Während wir beim Winterdienst keine oder bestenfalls zufällige Reduktionsmöglichkeiten in warmen Wintern sehen, und wir erstaunt zur Kenntnis genommen haben, dass die Kosten beim Strassenunterhalt reduziert werden sollen, obwohl einige sanierungsbedürftige Strassen da sind, stellen wir den Wert in der Produktgruppe Strassenreinigung in Frage.

Dieser steht unter dem Titel «weniger Leistungen bei höheren Kosten». Das können wir so nicht akzeptieren. Bei der neu angewandten Mittelwertberechnung im Bereich Strassenreinigung wird nämlich ausgeblendet, dass genau diese Budgetposition im 2007 um rund 450'000 Fr. entlastet wurde, denn mit der Änderung der Abfallverordnung der Stadt Winterthur hat der Stadtrat versprochen, dass dieser Beitrag durch die Neuorganisation bei der Strassenreinigung eingespart werden kann. Genau diese Kostenreduktion wird bei der Berechnung des Mittelwerts über 17 Jahre schlicht ausgeblendet.

Fakt ist: Bei einer gleich bleibenden öffentlichen Strassenfläche von 3.1 Mio. m² sollen die Nettokosten um 6% auf 5.67 Mio. steigen. Und das, obwohl wie bereits gesagt gleichzeitig geplant ist, die Leerungen von Strassensammlern um 10% auf 4'000 Mal zu reduzieren. Die Nettokosten steigen trotz geplanter Mehreinnahmen von 350'000. Brutto ist geplant, auf dieser Position 700'000 Fr. mehr als im Vorjahr auszugeben. Diese Kostensteigerung lässt sich aus unserer Sicht nicht nachvollziehen, weshalb die FDP dem neuen Zielwert von 3.65 analog 2018 zustimmen wird.

F. Landolt (SP): Wir können diese Rechnerei irgendwie nicht ganz nachvollziehen. Für uns ist das bis zu einem gewissen Grad eine willkürliche Festlegung, insbesondere weil das ein dringender Punkt ist, dass wir unser Strassennetz auch unterhalten. Und in diesem Unterhalt sind auch zwingend Projekte notwendig, die man realisieren muss. Und deshalb da einen Wert irgendwie herauszustreichen und wieder hinunterzusetzen, das ist in meinen Augen kein gangbarer Weg. Deshalb werden wir das ablehnen.

H.R. Hofer (SVP): Die SVP wird den Antrag der GLP unterstützen, anders als noch in der Kommission. Eigentlich ist der 17-Jahres-Vergleich, der uns präsentiert wurde, durchaus nachvollziehbar, aber die Aufstellung im Budgetbuch ist nicht nachvollziehbar. Wenn man die Nettokosten im Produkt 2 von 9.364 Mio. durch die unterhaltene Strassenfläche von 3.175 Mio. m² teilt, gibt das ein Resultat von 2.94 Fr., womit 1.01 Fr. mehr ausgewiesen ist im Budgetbuch. Mir wurde vor der Sitzung von der zuständigen Stadträtin erklärt, dass nicht alle Indikatoren eingerechnet sind. Das muss offensichtlich so sein. Es ist aber nicht transparent und wir möchten darüber klare Informationen in der BBK, so dass wir wissen, was mit was und – wie beim Benchmark – mit wem verglichen wird.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grünen/AL lehnen diesen Antrag auch ab, weil wir definitiv der Meinung sind, dass die Kalkulation jetzt Sinn macht, über die Vergangenheit, dass man eine statistische Grösse zur Basis nimmt für diese Weiterführung. Und zwar aus zwei Gründen: Zum einen muss man - das wisst Ihr ja auch, darüber diskutieren wir heute den ganzen Abend - immer auch wieder mit Mehrkosten rechnen. Wir haben eine Teuerung, die ist zwar nicht riesig, aber sie läuft trotz allem immer weiter. Und zum zweiten: Wir wollen nicht, dass man diese Infrastrukturen verlottern lässt. Wir wollen, dass diese gepflegt werden, dass sie auch unterhalten werden – und das kann man einfach nicht machen, indem man quasi verlangt, dass einfach überall mehr gespart wird. Und zum Dritten: Ein solcher Wert als Zielvorgabe jetzt mal von der Statistik her abzuleiten, ist sicher ein sinnvoller Übergangswert, um in eine neue Kalkulation hineinzukommen, bei der wir in Zukunft vielleicht auch noch einmal zur Einsicht kommen, dass man das vielleicht steuernd anpassen kann. Aber diese Art von jetzt einfach Heruntersetzen dieses Indikators bringt gar nichts, denn die Kosten laufen genau gleich an im Unterhalt. Und letztendlich ist der Indikator ja nicht gleich Kostenreduktion, sondern er ist nur eine Zielvorgabe, die man erreichen sollte. Und diese Zielvorgabe, die wir da jetzt haben, ist schon ziemlich ehrgeizig, weil sie nämlich eigentlich schon sagt, man darf nicht Mehrkosten haben. Von daher gesehen: Auf keinen Fall diesen Antrag annehmen.

R. Heuberger (FDP): Nur ganz schnell zu meinen Kollegen: Selbstverständlich ist die FDP dezidiert dafür, dass man Strassen unterhält. Aber genau dieser Teil des Budgets wird reduziert gegenüber dem Vorjahr und hat deshalb mit dieser Reduktion des Indikators nichts zu tun, sondern die Strassenreinigung soll massiv erhöht werden.

Stadträtin Ch. Meier: Hans-Ruedi Hofer hat es vorhin eigentlich erläutert, er hat nur die falschen Schlussfolgerungen daraus gezogen. Die 9.36 Mio. kann man eben nicht einfach dividieren, weil wie gesagt nicht alle Anteile des Strassenunterhalts nachher einzeln aufgelistet sind. Das kann man als Fehler anschauen.

Wir haben abgemacht, dass wir in Hinblick auf die Rechnung 2018 die WOV-Indikatoren miteinander anschauen werden. Und für mich wäre eigentlich der logische Ablauf der, dass wir eben genau das miteinander anschauen und dass wir in diesem Zusammenhang dann auch schauen, was muss ausgewiesen werden, in welcher Form. Ich gehe mit Ihnen einig, dass es nicht Sinn macht, wenn nicht alle Bestandteile einer Summe ausgewiesen sind, aber das jetzt einfach so irgendwie mit dem Daumen in die Luft halten hinunterzukürzen, ohne dass man wirklich weiss, was dahinter ist, finde ich nicht ganz seriös.

Ich muss aber die Abstimmung Ihnen überlassen. Dass wir versuchen wirtschaftlich zu arbeiten, das ist glaube ich unumstritten, auch wenn man uns vielleicht nicht glaubt. Aber wie gesagt, ich gehe davon aus, dass wir im nächsten halben Jahr diese Indikatoren miteinander anschauen werden und dass wir das auf das nächste Budget hin auch mehr ausweisen können, die Informationen, die Sie gerne hätten. Ich sehe nicht ganz ein, weshalb man jetzt etwas über den Daumen peilen muss.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der GLP, Senkung des Indikators auf 3.65, zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer dagegen ist?

Das ist eine klare Mehrheit für den Antrag der GLP.

Damit haben wir den Tiefbau abgeschlossen.

Bei der Entsorgung gibt es keine Anträge.

Bei der Vermessung gibt es keine Anträge.

Bei der Baupolizei gibt es keine Anträge.

Beim Städtebau gibt es einen Antrag der SVP.

M. Gross (SVP): Die SVP stellt den Antrag, in der Produktgruppe 360 Amt für Städtebau um 0.5 Stellen respektive Personalkosten im Globalkredit um 75'000 Fr. zu kürzen. Das Amt für Städtebau will aufgrund von künftigen Investitionen um 2.5 Stellen ausbauen. Die SVP anerkennt grundsätzlich einen Bedarf, die städtischen Bauinvestitionen steigen tatsächlich an. Leider hat das Departement Bau mit dem Klärungsmail vom letzten Freitag aber eher Verwirrung geschaffen als Klärung gebracht. In der BBK haben wir andere Zahlen diskutiert. Wir gingen von rund 55 Mio. aus, die auf 80 Mio. steigen im Jahr 2020 und im Jahr 2022 dann eher wieder zurückgehen.

Wie erwähnt: Die SVP anerkennt grundsätzlich den Mehrbedarf beim Amt für Städtebau, das unserer Ansicht nach auch einen sehr guten Job macht. Mit Blick auf die Schieflage der Stadtfinanzen scheint es uns aber, dass ein massvoller Ausbau mit 2 Stellen grundsätzlich ausreicht. Auf der einen Seite waren die genannten Millionen bisher auch nur Planzahlen, in der Vergangenheit wurden diese auch nie so erreicht. Alleine deshalb ist die übermässige Aufstockung eigentlich nicht angezeigt. Andererseits ist es hauptsächlich das neue Polizeigebäude, das mit rund 20 Mio. pro Jahr ins Gewicht fällt. Wenn man das wegzählt, dann sind wir wieder etwa auf diesen Investitionen, wie wir sie heute haben, also im Normalbereich. Ab 2021 sogar tiefer als 2017 und 2018.

Am Freitag vor einer Woche kam das Mail vom Forum Architektur zu diesem Kürzungsantrag und verlangte von uns Gemeinderäten, dass man dem nicht zustimmt. Natürlich hat jeder Bürger und jedes Forum das Recht, sich da zu äussern. Wenn man aber so eng verhandelt ist mit dem Amt für Städtebau hat es ein bisschen einen schalen Nachgeschmack unserer Ansicht nach.

Ich komme nochmals auf das Mail von Christa Meier zu sprechen von letztem Freitag. Sie hat uns eigentlich ein weiteres Argument geliefert, weshalb man dem nicht zustimmen soll. Und zwar sollen von diesen 2.5 Stellenprozent 80% (oder fast eine ganze Stelle) für die Führung von 4 Leuten sein. Für 4 Leute 80 Stellenprozent – das ist für uns unverhältnismässig und das ist nicht wirtschaftlich. Da reichen 30% und deshalb: 0.5 Kürzung.

Wir bitten Euch, diesen massvollen Antrag, beim Amt für Städtebau um nur 2 Stellen statt 2.5 Stellen aufzustocken, zuzustimmen. Eine höhere Aufstockung ist in unserem finanziellen Umfeld nicht verantwortbar und ist auch nicht notwendig.

Ratspräsidentin A. Steiner: Der Antrag, den Du jetzt stellst, entspricht nicht dem im Drehbuch?

M. Gross (SVP): Genau, das stimmt. Wir haben aufgrund der Umfragen, die wir gemacht haben, festgestellt, dass wir höhere Chancen haben mit einer halben Stelle.

Ratspräsidentin A. Steiner: Der Kürzungsantrag lautet neu 75'000 Fr. und nicht wie im Drehbuch 150'000 Fr.
Gut, das Wort ist frei.

R. Heuberger (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt ebenfalls den Bedarf an zusätzlichen Planungsressourcen, deshalb ist für uns die Erhöhung um 2 Stelleneinheiten auch nicht bestritten. Angesichts der Tatsache, dass die Kosten im Amt für Städtebau zwischen dem Budget 2018 und dem Budget 2019 jedoch rund um eine halbe Million, also um 7% steigen, müssen wir uns aber tatsächlich fragen, ob es denn so viele zusätzliche Stelleneinheiten braucht. Das insbesondere auch deshalb, weil die Sachkosten um rund 410'000 Fr. steigen mit der Begründung, dass Dienstleistungen von Dritten für Machbarkeitsstudien und Konzepte für den Stadtraum beansprucht werden sollen. Da leisten wir uns auch zusätzliche Stellen, wenn auch extern, für die Planung. Diese Stellen werden mit der Erhöhung des künftigen Investitionsvolumen begründet.

Betrachtet man jedoch die Investitionsrechnung der Stadt, so stellt man fest, dass ganz viele der Investitionen sich um Jahre verzögern. Und das nicht etwa wegen fehlender Planungsgrundlagen, sondern oft wegen weiteren fehlenden Grundlagen oder auch wegen dem fehlenden konkreten Bedarfsnachweis wie z.B. bei den Altersheimen. Diverse Grossprojekte stehen an, aber diese werden in Zusammenarbeit mit z.B. dem Kanton oder der SBB gemacht, was eigentlich zur Aufgabenteilung und somit auch zu Minderkosten führen sollte.

Der konkrete Planungsaufwand von Projekten ist jeweils Teil der entsprechenden Vorlagen und wir sind gerne bereit, diese bei Bedarf zu prüfen. Wir sind aber nicht bereit, Planungsstellen ohne konkreten und für uns nachvollziehbaren Auftrag zu genehmigen.

F. Landolt (SP): Jetzt ist es ja irgendwie nur noch eine halbe Stelle, habe ich gehört. Vielleicht hat es da so mehr Chancen, ich weiss es nicht genau.

Aber ich denke, wir wissen ja alle, dass die Stadt Winterthur wächst. Wir brauchen Schulbauten, wir brauchen Verkehrskonzepte, wir brauchen städtebauliche Konzepte. Wir haben eine riesige Bahnanlage, die in die Stadt einfällt, das ist der Brüttener Tunnel, mit der ein ganzes Quartier quasi umgepflügt wird. Also das sind grosse, wirklich grosse, das sind – ich möchte fast sagen epochale Umbauten der Stadt, des Stadtkörpers. Und wenn man in dieser Situation spart – und die hoheitlichen Aufgaben, das kann kein Externer, Romana, es kann kein externer Planer hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, deshalb muss er geführt werden. Und wenn dann eine Führungsposition besetzt wird, vielleicht auch für 4 Projektleiter, dann sind es eben zwei Leute, die darüber nachdenken, über die ganz wichtigen Projekte, die unsere Stadt jetzt ganz wesentlich umkrempeln. Man sieht es auch beim Kantonsspital.

Also, es ist einfach nicht klug. Es ist nicht klug, in einer Situation, in der man wächst, wo man mehr Personal braucht, in der man neue Aufgaben hat, zu sparen und das irgendwie abbrechen zu wollen. Denn das werden wir nachher noch teurer zahlen und es wird mehr kosten am Schluss, wenn die Projekte nicht richtig aufgelegt sind. Und es stimmt auch nicht, wenn

die SBB oder der Kanton mitzieht, dass das irgendwie eine Reduktion gibt vom Aufwand. Das stimmt nicht. Es ist das Gegenteil: Je mehr Schnittstellen es gibt, desto komplexer werden diese Projekte und desto mehr Personalressourcen sind da nötig.

Ja, und dann gibt es natürlich den 2. Aspekt, das sind die langen Reaktionszeiten. Die Projekte sind ja Jahrzehnte-Projekte. Der Brüttener Tunnel, bei dem das AfS ja intensiv dran ist, das sind Jahrzehnte-Projekte. Der neue Gleisraum im Hauptbahnhof, das sind Jahrzehnte-Projekte. Und da muss man sich einarbeiten. Da kann man nicht von einem Jahr auf das andere unterschiedliche Personen setzen und unterschiedliche Stellenbesetzungen. Das muss eine gewisse Kontinuität sein.

Und dann eine Bemerkung, Michi, zum Forum Architektur: Ich habe das auch gelesen. Ich habe dann auch überlegt, ob das jetzt klug war, dass er das gemacht hat. Ich hätte davon wahrscheinlich eher abgeraten. Aber für mich sprach aus diesem Mail eine echte Besorgnis, dass man einfach gewisse Gleise oder gewisse Weichen nicht richtig einstellen kann. Und dass man irgendwie in diesen wirklich grossen städtebaulichen Projekten in eine falsche Richtung geht. Und deshalb würde ich jetzt diesem Mail nicht so wahnsinnig viel Bedeutung beimessen, ausser der persönlichen Besorgnis.

Also ich bitte, diese Stellen dem Bau zu gewähren.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich bin mit Felix Landolt eigentlich sehr weitgehend übereinstimmend. Trotzdem werden wir von der CVP/EDU-Fraktion diesen Kürzungsantrag unterstützen. Und zwar: Ich möchte auf das Forum Architektur zurückkommen, das sagt, dass es kurzsichtig ist und gegen das Interesse des Gewerbes und der Wirtschaft, diesen Antrag zu unterstützen. Ich finde es aus meiner Sicht aber genauso kurzsichtig und nicht im Interesse von Gewerbe und Wirtschaft, über unsere Verhältnisse zu leben und mehr auszugehen, als wir uns eigentlich leisten können. Es ist ein Dilemma. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir haben dieses Problem, wir haben die grossen anstehenden Projekte – aber wir haben auch das Problem, dass es eben nicht aufgeht. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP sehen die Mehraufwendungen beim Amt für Städtebau in den nächsten Jahren. Wir wollen, dass Amt für Städtebau ein starker Partner innerhalb der Stadt und schon auch für die privaten Unternehmer ist. Auch sehen wir es positiv, dass Stratus nun mit voller Kraft umgesetzt wird. Stratus ist ein Tool, das der Stadt einen Überblick über den Wert des baulichen Gesamtbestandes herstellt und so Grundlagen für ein zuverlässiges Erhaltungsmanagement und eine solide Finanzplanung schafft. Da können wir auch nur davon profitieren. Also mehr nachvollziehbare Aufgaben, Bauvolumen ist grösser, daher auch mehr Stellen.

Und es sind ja auch mehr Stellen. Der Antrag ist ja von 5 Stellen auf 7.5 Stellen, das ist 50% mehr. Und da ist natürlich die Frage, ob es das braucht. Und die Begründungen, die wir dann teilweise bekamen für diese Stellen, waren ein bisschen zweideutig. Von daher sehen wir von den Grünliberalen den Bedarf an mehr Stellen, wir wollen aber, dass die Stellen auch den Kunden nützen und nicht für interne Abläufe verwendet werden. Daher können aus Sicht GLP 2 Stellen statt 2.5 Stellen bewilligt werden. Und die 0.5 Stellen sollen durch interne Effizienz ausgeglichen werden. Wir unterstützen den Antrag der SVP.

M. Bänninger (EVP): Sind wir doch konsequent: Wir sehen den Mehrbedarf, wir sehen, was anfällt. Sprechen wir doch diese Stellen, wie wir von der EVP es machen. Wir sagen Ja zu den beantragten Stellen und sagen Nein zum Antrag.

R. Diener (Grüne/AL): Ich kann es auch kurz machen: Das Amt für Städtebau ist seit Jahren im Defizit mit den Möglichkeiten, die effektiven Aufgaben im planerischen Bereich umzusetzen. Das ist nichts Neues, das wissen wir seit vielen Jahren. Es wurde sogar von Eurer Seite auch immer bestätigt. Es gibt keinen Grund, diese Stellen jetzt nicht zu bewilligen. Diese halbe Stelle am Schluss noch zu reduzieren, ist nur noch ein bisschen läppisch – Entschuldigung. Das Amt für Städtebau ist darauf angewiesen, damit es seine Arbeiten machen kann. Wir haben grosse planerische Aufgaben, das wurde gesagt. Unterstützen Sie das bitte.

F. Landolt (SP): Jetzt ist es plötzlich nur noch eine halbe Stelle. Um was geht es denn? Geht es um die Sache, also ist man überzeugt? Oder geht es einfach darum, dass man doch noch ein bisschen abzwackt? Ich habe gedacht, wir seien in einem Parlament, wo es um Überzeugungen geht und um wirkliche Argumente.

Stadträtin Ch. Meier: Da muss ich mich schon auch noch äussern dazu. Ich freue mich wahnsinnig, dass offensichtlich breit gesehen wird, was das Amt für Städtebau alles leistet. Das zeigt sich auch in diesen Voten, in denen Kraut und Rüebli miteinander vermischt werden.

Wir haben in vielen Bereichen im Amt für Städtebau einen hohen Mehraufwand in den letzten Jahren. Wir haben eine gesetzlich vorgegebene BZO-Revision, die wir angehen müssen. Wir haben riesige Bauprojekte von Externen. Es wurde der Brüttener Tunnel angesprochen, das ist einfach eines von vielen. Wir haben noch den Spurausbau auf der A1, wir haben den Kanton, der baut etc.

Wir haben 2.5 Stellen beantragt. 1.0 Stellen davon wären für die Raumplanung gedacht, das ist in Hinblick auf die gesetzlich vorgegebene BZO-Revision. Soviel ich weiss, ist das nicht in Frage gestellt. Die 1.5 Stellen, die noch «übrig» sind, wären für das stadtinterne Baufachorgan. Das hat mit einem Brüttener Tunnel nichts zu tun. Den Brüttener Tunnel stemmen wir einfach aus unseren bereits vorhandenen Ressourcen noch mit. Den Spurausbau A1 stemmen wir aus unseren vorhandenen Ressourcen noch mit. Das städtische Baufachorgan ist nur für stadteigenen Bauten zuständig. Dort haben wir einen Investitionsplafond, der angehoben werden soll. Das sind die Projekte, die wir stadtintern betreuen müssen. Wenn wir diese Projekte nicht betreuen können, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man kann es nicht machen oder – siehe Schöntal – die Departemente beginnen selber zu planen. Und ob das wirklich einen Spareffekt hat... Ihr könnt Euch selber noch daran erinnern.

Wir haben im nächsten Jahr 3-4 Wettbewerbe, die wir machen werden müssen für stadtinterne Objekte. Wir haben 8 Planerwahlverfahren und ca. 11 Machbarkeitsstudien - einfach mal, was auf uns zukommt. Das ist in etwa die Hälfte mehr, als wir in den letzten Jahren pro Jahr stemmen mussten. Ich kann Ihnen schlicht nicht sagen, wie wir das mit den vorhandenen Ressourcen machen sollten.

Ich habe das Mail letzten Freitag geschrieben, weil es in der Eintretensdebatte vor einer Woche hiess, die Stellen seien zu wenig begründet. Ich fand, in dem Fall biete ich Euch eine Begründung. 0.8% für die Leitung – es ist selbstverständlich so, dass diese Leitungen immer auch in Projekten involviert sind. Es hat aber 6 Besteller-Departemente, die sehr viel Koordinationsarbeit erfordern. Dafür brauchen wir jemanden, der das wirklich übernehmen kann. Im Moment hat die Leitung dieses Teams die Leiterin des Baus, die parallel dazu auch noch die Stellvertreterin des Amtsleiters ist – das ist einfach eine Belastung, die nicht mehr tragbar ist. Wie gesagt, wenn wir diese Stellen nicht erhalten, dann muss ich Ihnen einfach sagen: Wir haben die Möglichkeit, entweder dringend notwendige Investitionen schlicht nicht stemmen zu können, oder es den Departementen zu überlassen, selber zu arbeiten. Ich möchte beides nicht verantworten müssen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der SVP um eine halbe Stelle, also 75'000 Fr. Kürzung beim Städtebau, zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist die gleiche Mehrheit wie vorhin und der Kürzungsantrag angenommen.

Seid Ihr einverstanden? Sonst zählen wir aus.

Das ist das letzte Produkt vom Departement Bau gewesen, damit haben wir das Departement Bau abgeschlossen.

Wir kommen zum Departement Sicherheit und Umwelt.

Beim Stadtrichteramt gibt es keine Anträge.

Bei der Stadtpolizei gibt es einen Antrag aus der SVP-Fraktion, Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP): Diesen Antrag stelle ich als Pirat, und zwar um Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. In der Begründung dieser Kosten ist angegeben, dass zwei Massnahmen umgesetzt werden sollen. Bei der ersten Massnahme habe ich nicht viel dagegen, bei der zweiten Massnahme allerdings schon. Und zwar geht es um eine Vorstudie bezüglich dem Einsatz von Überwachungskameras. Und die Begründung dafür ist: Es gibt intelligentere und wirksamere Massnahmen, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu steigern als Videoüberwachung.

Es gibt sehr viele Studien, die man nachlesen kann im Internet, die bisher nicht angeschaut wurden (soweit in der Kommission gesagt wurde). Entsprechend sollte man vielleicht zuerst einmal diese Studien lesen. Und eine weitere Studie, einfach nur damit man eine Studie gemacht hat, ist da reine Geldverschwendung. Es gibt z.B. die Studie «Kameraüberwachung als Präventionsinstrument im öffentlichen urbanen Raum für den Bahnhofplatz der Stadt Luzern» vom Januar 2014, die vom Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Uni Basel erstellt wurde. Es gibt aber auch andere Studien aus anderen Städten. Ich denke, es ist viel günstiger, einfach ein paar Studien zu lesen, die es schon gibt. Und dafür brauchen wir keine zusätzlichen Stellen, das kann man im Rahmen der normalen Arbeitszeit erledigen. Entsprechend bitte ich Euch, diese 50'000 Fr. da zu streichen.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion wird diese Reduktion ablehnen. Es geht bei diesem Betrag um die Ermöglichung einer Vorstudie, die im Rahmen des neuen Sicherheitskonzeptes gemacht wird. Von der Vorstudie erhoffen wir uns eine Auslegeordnung, z.B. auch die Aufwertung von existierenden Studien. Und dort dann gut hinschauen, wie man Massnahmen zur Steigerung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls haben kann. Die Vorstudie soll eine gute Grundlage ermöglichen. Wir wollen nicht schon die ersten Finanzierungen, die aufgrund des Sicherheitskonzeptes budgetiert werden, behindern, sondern nach den vorliegenden Berichten kritisch hinschauen.

D. Schneider (FDP): Ich bin froh, immer wieder, um die Stimme von Marc. Er legt den Finger auf eine wichtige Sache mit dieser Überwachung. Die FDP lehnt diesen Antrag ab, obwohl wir Sympathien haben für das. Es ist eine Vorstudie. Vorstudien sind noch gefährlich, denn das gibt dann Kosten. Aber wir haben ein neues Sicherheitskonzept und es ist wichtig, dass sich dieses Sicherheitskonzept so ein bisschen konkretisieren kann. Was wir uns erhoffen, auch mit dieser ganzen Überwachungsgeschichte, so problematisch das bezüglich Datenschutz ist, ist, dass es auch personelle Entlastungen geben kann. Das braucht einen vernünftigen Mix: Wo Kameras, wo Patrouillen, wo Polizei? Insgesamt danken wir Marc für diesen Vorstoss, aber die FDP lehnt ihn ab.

S. Müller (EVP): Wir begrüßen die Vorstudie zum Thema Videoüberwachung und sind gegen die Kürzung um diese 50'000 Fr., aber haben natürlich Verständnis für diesen Antrag des Piraten. Es geht da um eine Profilierung, das passt auch zum Parteiprogramm, das ist nichts anderes als konsequent. Von daher können wir das so stehen lassen, lehnen es aber deutlich ab. Denn wie es beim Sicherheitskonzept auch bei vielen anderen Orten auch der Fall und ersichtlich ist, geht es eben nicht darum, um irgendwelche Studien von irgendwo noch beizuziehen, sondern um Winterthur-spezifische Resultate erbringen zu können und dann die Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne macht diese Vorstudie für Winterthur Sinn, auch wenn sie für andere Städte vielleicht auch schon gemacht wurden.

M. Zehnder (GLP): Als ehemaliges Mitglied der GLP/PP-Fraktion haben wir natürlich sehr grosse Sympathien mit dem Antrag von Marc Wäckerlin. Wir wissen, um was es geht, wenn man Überwachungskameras installieren möchte. Und wir konnten dazu schon mehrere Vorträge hören.

Wir unterstützen den Antrag von Marc Wäckerlin. Wir sind auch der Meinung, dass nicht zusätzliche 50'000 Fr. investiert werden müssen, um eine Studie zu erarbeiten, die unter Umständen bereits erarbeitet worden ist (wenn halt auch in einer anderen Stadt). Und sollte sich herausstellen, dass wir in dieser Stadt hier andere Lösungen brauchen, dann sollte das mit dem momentanen Personaltool und dem momentanen Budget eigentlich machbar sein.

R. Lüchinger (CVP): Im Kürzungsantrag fehlen der CVP-Fraktion – und ich betone: Nur der CVP-Fraktion – Argumente bezüglich der Nicht-Notwendigkeit einer Videoüberwachung. Die aufgeführten Studien sind immerhin bereits wenigstens vierjährig, und aktuelle Studienergebnisse, die sich auf Winterthur ausrichten, könnten vielleicht doch wichtigen Aufschluss geben über die Effizienz von Videoüberwachungen in unserem öffentlichen Raum. Deshalb kann sich die CVP dem Antrag nicht anschliessen.

R. Dürr (Grüne/AL): Ich mache es ganz kurz: Die Fraktion Grüne/AL lehnt den Antrag ab und stimmt der vorgeschlagenen Budgetierung zu.

M. Gross (SVP): Ich mache es auch kurz. Wir finden viele Anträge, die Marc macht, sehr gut – deshalb ist er bei uns in der Fraktion. Dieser – im Gegensatz zu dem, was Annetta sagte – ist kein SVP-Antrag und wir können ihn auch nicht unterstützen.

Z. Dähler (EDU): Es gibt nichts Grosses. Ich unterstütze den Antrag von Marc und schliesse mich seinem Votum und dem der GLP an.

M. Wäckerlin (PP): Ich möchte mich bei denen bedanken, die den Antrag unterstützen. Und ich muss sagen, ich bin ein bisschen erstaunt. Ich glaube, heute Abend haben auf der linken Seite – egal, wie sinnvoll sie begründet sind – nur diese Anträge eine Chance, die mehr Geld ausgeben wollen.

Stadträtin B. Günthard: Ich kann mich nur der Sympathie für Marc und seine Konsequenz in seinen Anträgen, die schon mehrfach geäussert wurde, anschliessen. Marc hat eine Linie, er bleibt bei seiner politischen Message, auch bei diesem Antrag. Und davor habe ich Respekt. Ich glaube, Marc, wir teilen ja beide auch das Ziel, dass Winterthur sicher bleiben soll. Und möglicherweise bist Du Dir gar nicht bewusst, wie nahe wir uns auch in der inhaltlichen Einschätzung sind. Winterthur hat nämlich, vergleichsweise mit anderen Grossstädten, heutzutage sehr, sehr wenige Kameras. In Winterthur haben wir sehr stark die Kultur, dass wir lieber Menschen in Uniform, Polizistinnen/Polizisten, draussen auf der Strasse sehen, die Sicherheit schaffen und für Sicherheitsgefühl sorgen.

Nichtsdestotrotz: Im Sicherheitskonzept hat die Stadt Winterthur beschlossen, dass auch Winterthur halt wieder einmal prüfen muss, ob es nicht allenfalls auch dort oder da einen Punkt gäbe, wo eine Kamera zielführender und allenfalls auch günstiger wäre, weder wenn man dort regelmässig Polizeipatrouillen oder Polizeipräsenz hinstellt. Und genau um das zielgerichtet (das hat jemand in seinem Votum auch gesagt), genau auf Winterthur bezogen, herausfinden zu können, genau für das braucht es diese Vorstudie.

Es mag Dich überraschen, aber es ist selbstverständlich so, dass auch im Departement Sicherheit und Umwelt und in der Stadtpolizei die verschiedenen Studien aus anderen Städten bekannt sind. Und das gehört auch dazu, dass man dort die Erkenntnisse daraus herausnimmt - aber wirklich nochmals lokal auf Winterthur schaut, ob da oder dort eine zusätzliche Kamera Sinn macht. Es kann durchaus auch sein, dass man nachher sagt, dass es keinen Sinn macht und man es so bleiben lassen kann wie es jetzt ist für die nächsten paar Jahre. Und dass man eben nicht einfach auf Vorrat noch mehr Geld ausgibt und irgendwo noch Kameras hingängt, genau für das braucht es diese Vorstudie.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag von Marc Wäckerlin, Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr., zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dagegen ist?

Das ist eine grosse Mehrheit, die gegen diesen Antrag ist.

Damit hätten wir die Stadtpolizei abgeschlossen.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze: Da gibt es keine Anträge.

Lebensmittelinspektorat: Da gibt es keine Anträge.

Melde- und Zivilstandswesen: Ebenfalls keine Anträge.

Schutz und Intervention Winterthur: Da gibt es einen Antrag der SVP.

M. Wackerlin (SVP/PP): Wenn ich das richtig sehe, stellt die GLP diesen Antrag.

M. Zehnder (GLP): Ja, ja, kann ich machen. Es ist mein Fehler, ich habe mich zu spät gemeldet.

Es geht um die Fahrzeuge, die eingestellt wurden im Buch A. Es geht auch darum, dass die Ersatzbeschaffung von 4 Fahrzeugen im Zivilschutz als gebunden eingetragen sind im Buch A. Wir haben in der Kommission gehört, dass diese Fahrzeuge nicht sehr häufig bewegt werden, und unterdessen auch schon alt sind und dass man sie deshalb ersetzen muss, und zwar gleich alle vier miteinander.

Wir sind der Meinung, dass das nicht so sein muss. Erstens ist es nicht gebunden, wenn man irgendwann herausfindet, dass Fahrzeuge in ein Alter kommen, in dem man sie ersetzen muss. Das hat einen zeitlichen Vorspann, das hat allenfalls auch die Möglichkeit, dass man reduziert bei der Anzahl. Also da ist überhaupt nichts gebunden daran. Deshalb müssen wir als Erstes den Antrag hier stellen, dass das Gebundenheitszeichen weggemacht wird, und wir ein Zeichen B (vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligte Verpflichtungskredite) daraus machen.

Und wenn wir das hier durchbringen (und ich hoffe, wir haben die Mehrheit für das), dann geht es darum, dass wir auch noch sagen, wir brauchen nicht gleich vier neue Fahrzeuge, sondern es reicht, wenn wir zwei neue Fahrzeuge anschaffen. Man kann einfach mal die Fahrzeuge ersetzen, die im schlechtesten Zustand sind. Aber es kann nicht sein, dass da die ganze Flotte ersetzt werden muss. Und deshalb sind wir der Meinung, dass wir den Kredit, der eingestellt ist, halbieren und dann nur zwei Fahrzeuge ersetzen.

S. Müller (EVP): Es ist jetzt schade, dass nicht doch die SVP diesen Antrag stellt, weil jetzt könnten wir sagen, wir stimmen der SVP ein Mal zu... Wir sind für diese Umwandlung, dass diese Ausgabe nicht gebunden wird, und weil wir das wirklich auch sinnvoll finden, dass die Fahrzeuge nicht alle aufs Mal ersetzt werden, sondern zuerst einmal zwei ersetzt werden. Es ist schon so, ein Mercedes-Bus wird technisch 15jährig, aber ob das Risiko wirklich gross ist, dass dieser stehen bleibt (mit ca. 70'000 km, wie uns gesagt wurde) – ich glaubt nicht. Wir finden darum, ersetzen wir erstmal zwei und das andere schauen wir nachher.

Jetzt könnte man natürlich auch sagen, aus energietechnischen Gründen und auch von der Ökobilanz her ist es schlauer, einen Neuwagen zu beschaffen. Das stimmt, aber wenn man das Ganze anschaut, muss man das alte Auto auch entsorgen und das neue produzieren. Wenn man das auch einrechnen würde, dann sind wir bei einem anderen Wert. Und darum haben wir ein gutes Gewissen um zu sagen: Wenn das 15jährige Fahrzeug noch fährt, dann fahren wir, so lange das noch geht. Und zwei ersetzen wir.

D. Schneider (FDP): Die FDP lehnt beide Anträge ab. Es macht schon Sinn, denn das eine Auto hat über 100'000 km, da brennen alle Lämpchen. Es geht da auch um ein Beschaffungskonzept. Es ist nicht sehr schlau, da in der Budgetdebatte ein Beschaffungskonzept in Frage zu stellen. Ich kann mich noch erinnern, bei der Stadtpolizei, als ich mich auch ein bisschen über diese Autos informiert habe, zu welchen Konditionen wir dort Autos kaufen

können. Das ist interessant, welche gute Konditionen dort bestehen. Und ich denke, die Konsequenz aus diesem Antrag ist, dass man dieses Beschaffungskonzept nochmals anschaut. Ist es sinnvoll, etwas anderes zu machen? Aber wir wollen nicht einfach quer hineinschiessen und da jetzt diese Änderung in der Budgetdebatte machen.

S. Näf (SP): Die vier Fahrzeuge, die im Jahr 2019 ersetzt werden sollen, wurden im Jahr 2003 beschafft und stehen somit seit 16 Jahren im Dienst der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung. Die betreffenden Fahrzeuge sind entsprechend technisch veraltet und verfügen nur noch bedingt über die heute gängigen Sicherheitselemente und sind aufgrund ihres Alters wenig umweltfreundlich. Als alte Fahrzeuge benötigen sie gezwungenermassen mehr Unterhalt und auch die Ersatzteilbesorgung setzt dem Ganzen immer mehr Grenzen. Falls diese Fahrzeuge nur etappenweise ersetzt werden könnten, käme eine Ersatzbeschaffung unter dem Strich teurer als bei einer gleichzeitigen Gesamterneuerung der vier Fahrzeuge. Es gäbe insbesondere zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei einer doppelten Submission. Auch ist der Ausbildungsaufwand für Milizfahrende im Zivilschutz höher, wenn unterschiedliche Fahrzeuge vorhanden sind.

Die SP lehnt den Kürzungsantrag ab, weil er insgesamt nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrausgaben führt. Zudem handelt es sich aus unserer Sicht um gebundene Ausgaben. Es sind Ersatzbeschaffungen, die zur Erfüllung eines gesetzlichen Auftrages notwendig sind.

R. Lüchinger (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion stimmt für den Halbierungsantrag der GLP. In der Kommission wurde uns der Budgetkredit für die Ersatzbeschaffung dieser Fahrzeuge damit begründet, dass diese Fahrzeuge bereits 50'000 – 70'000 km auf dem Tacho hätten und deshalb ausgetauscht werden müssen. Sind denn die Fahrzeuge deshalb jetzt schon nicht mehr fahrtüchtig? Was ist denn der Grund für den Ersatz? Da stellen wir uns doch die Frage: Wie lange soll man denn sinnvollerweise ein Feuerwehrauto fahren? Ein privates Auto fährt weit über 70'000 km. Und wenn man den Rohstoffbedarf für ein neues Fahrzeug in Betracht zieht, ist doch ein altes, noch funktionstüchtiges Fahrzeug ökologischer. Und deshalb scheint es uns nicht sinnvoll, jetzt neue Fahrzeuge zu kaufen.

M. Wackerlin (SVP/PP): Martin Zehnder hat eigentlich alles schon gesagt. Zum Thema Umwelt: Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wenn man diese Fahrzeuge jetzt ausser Betrieb nimmt, werden sie nicht verschrottet, sondern man fährt immer noch damit, einfach irgendwo anders. Das macht unter dem Strich nicht so viel aus. Dann zu den Reparaturkosten: Wenn man so viel Geld investiert in ein neues Fahrzeug, kann man auch ein bisschen etwas zahlen, um es zu flicken. Aber wir zweifeln eigentlich grundsätzlich an, dass sie überhaupt in einem so schlechten Zustand sind. Das mit den 30'000 Fr. ist ja eine ganz neue Zahl hier drin. Ich weiss nicht, woher Ihr sie habt, aus der SSK ganz sicher nicht. Dort war von ca. 80'000 km die Rede. Es ist noch interessant, wie da plötzlich mit Zahlen gespielt wird. Wie auch immer: Auch wenn 1 oder auch 2 Fahrzeuge dann sehr viele Kilometer haben, dann könnte man genau die dann ja ersetzen. Ich denke, das ist etwas, das man wirklich sparen kann, das nicht auf Kosten von irgendjemandem geht. Und auf was ich auch noch hinweisen möchte: Die Fahrzeuge sind vom Zivilschutz, nicht von der Feuerwehr. Bei den Feuerwehrautos ist es dann ganz sicher eine andere Diskussion. Aber da, denke ich, als Transportfahrzeuge für den Zivilschutz kann man durchaus erwarten, dass diese ausgefahren werden.

R. Dürr (Grüne/AL): Danke, Marc, dass Du noch erläutert hast, dass es nicht um Feuerwehrautos geht, sondern um Zivilschutzfahrzeuge. Um es vorwegzunehmen: Die Fraktion Grüne/AL lehnt beide Anträge ab. Und zwar sind wir der Ansicht, dass Fahrzeuge, die von unterschiedlichen Personen gefahren werden, wahrscheinlich nicht in einem gleich guten Zustand sind wie ein Fahrzeug, das von einer Person gefahren wird, die immer von Winterthur nach Zürich auf der Autobahn fährt. Das muss man sicher in Betracht ziehen. Es sind ältere Fahrzeuge, sie sind teurer im Unterhalt, es braucht Ersatzteile, die zum Teil auch nicht mehr lieferbar sind. Und zum anderen sind sie aufgrund ihres Alters langsam auch ein bisschen

Dreckschleudern. Und deshalb stimmen wir dem Budgetantrag zu, wie es im Budget ist. Und den Antrag der GLP lehnen wir ab.

Stadträtin B. Günthard: Ich bin froh, dass Jürg Bühlmann, der dort auf der Tribüne ausgeharrt hat, bis endlich sein Bereich kommt, jetzt diese Debatte auch noch live mitbekommen hat.

Ich möchte eigentlich auf die Definition von gebundenen Ausgaben gar nicht weiter eingehen. Ich glaube, die sind allen bekannt. Gebunden ist etwas, das es wirklich braucht, damit man eine Leistung erbringen kann, und das es jetzt braucht, damit man diese Leistung erbringen kann. Und selbstverständlich müssen auch Zivilschutzfahrzeuge, wenn sie in einen Einsatz gehen, genauso funktionieren wie die Feuerwehrautos auch.

Ich glaube, das Ziel teilen wir ja, dass wir einerseits so günstig wie möglich Anschaffungen machen wollen, und andererseits aber auch – und das möchte ich ergänzen, das habe ich einleitend auch schon gesagt – dass selbstverständlich auch die Leistung stimmen muss. Die Fahrzeuge müssen in den Einsatz gehen können, wenn es das dann braucht.

Und da muss man, wenn ich inhaltlich jetzt weg komme von der Gebundenheitsfrage zur Leistung: Da muss man sich selbstverständlich als Bereich, als Departement, als Antragstellende die Frage stellen, ob es überhaupt die Ersatzteile noch gibt von diesen Fahrzeugen, damit man diese fahrtauglich behalten kann. Erreichen diese Ersatzteile die Kurve, dass der Ersatz teurer wird als die Neuanschaffung? Was in diesem Fall eben genau in diese Richtung geht. Und wenn man dann schon anschafft, macht es eben allenfalls Sinn (wegen der Submission, wegen Rabatten, die man herausholen kann), dass man gleich alle Fahrzeuge gleichzeitig anschafft. Das ist in diesem Antrag der Fall und ich glaube, dass die, die in der Kommission dabei sind, die Schutz und Intervention ein bisschen genauer beobachten, die wissen so gut wie ich, dass SIW jetzt wirklich der Bereich ist, der sehr seriös plant, der sehr seriös vorausschaut und sehr effizient Mittel einsetzt. Wie andere Bereiche in der Stadt auch. Von daher kann man diesen Antrag des Stadtrates gut zustimmen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der GLP zustimmt, nämlich dass man das Bewilligungsorgan wechselt auf den Gemeinderat, der soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dagegen ist, soll das bezeugen mit Handerheben.

Enthaltungen? – Zwei.

Das ist eine klare Mehrheit, der Antrag wird abgelehnt.

Dann stimmen wir über den 2. Antrag der GLP ab, nämlich nur zwei Fahrzeuge anzuschaffen, also mit 137'700 Fr. eine Halbierung.

M. Zehnder (GLP): Da der 1. Antrag nicht durchgekommen ist, kann ich den 2. Antrag mit der Halbierung gar nicht stellen, da es jetzt eine gebundene Ausgabe ist. Ich habe das geklärt mit Marc. Der 2. Antrag hat sich erübrigt, weil der 1. nicht durchgekommen ist.

Ratspräsidentin A. Steiner: Alles klar. Also, der 1. Antrag wurde abgelehnt und deshalb kommt der 2. Antrag gar nicht zur Abstimmung, weil es eine gebundene Ausgabe ist. Schutz und Intervention ist jetzt abgenommen.

Wir kommen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Da haben wir eine ganze Serie von Anträgen und es sind alles Fraktionsanträge.

Ich rufe jetzt die einzelnen Fraktionen auf, die dann gleich alle ihre Anträge stellen.

Entsprechend sammeln wir wieder über das ganze Produkt die Anträge und sprechen dann über alles.

Der erste Antrag ist von der EVP-Fraktion, Sämi Müller.

S. Müller (EVP): Als EVP-Fraktion sind wir der Meinung, dass die reine Wiederbesetzung der Fachstelle nachhaltige Entwicklung deutlich zu wenig ist. Wir sind für weitere 50% und beantragen deshalb, den Globalkredit bei der Produktegruppe UGS um 60'000 zu erhöhen. Mit der reinen Wiederbesetzung schaffen wir nicht mehr als den blossen Status quo von vor den Sparmassnahmen. Und das soll reichen, obwohl die ganzen Herausforderungen in unserem Klima, dem sorgsamem Umgang mit diesem Planeten (mit dem einzigen, den wir haben), mit einem gerechten Umgang schlussendlich auch mit menschlichen Ressourcen enorm zugenommen haben und komplexer wurden? Und jetzt soll das reichen, dass wir den Status quo schaffen. Unsere Meinung von der EVP: Ganz klar Nein, das reicht nicht.

Und es geht nicht darum, dass man mit diesen zusätzlichen 50% einfach just for fun noch ein paar Projektli mehr machen kann. Leider ist die Vorstellung vom Massnahmenplan zum Energiekonzept 2050 nach der Budgetdebatte traktandiert. Vielleicht nächstes Jahr, das wissen wir noch nicht genau. Aber dort würden wir sehen, wie viele Projektli es eigentlich sind, die stillstehen. Wo eben genau die Arbeit vom UGS auch mit der Koordination und eigentlich auch die strategische Ausrichtung ist. Das UGS ist das strategische Organ der Stadt Winterthur in Sachen Know-how und Entwicklung. Da steht sehr vieles still, weil da einfach die Ressourcen fehlen.

Und es ist eben genau nicht so, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen erbracht werden können. Das sehen wir auch bei Verzögerungen, beim Umweltbericht oder eben bei diesem Massnahmenplan. Die Herausforderungen gehen aber noch viel weiter als das Hinterherhinken z.B. beim Massnahmenplan. Es geht nebst den konkreten Projekten auch um sehr wichtige Sensibilisierungsarbeit. Information ist dringend nötig, um beispielsweise die Zusammenhänge zwischen unserem Essverhalten und den Folgen für die Umwelt zu begreifen. Da braucht es Sensibilisierung und Information. Und auch das ist eine wichtige Sache. Und mit unserem Antrag für Aufstockung wollen wir dafür sorgen, dass die ganze Sensibilisierungsarbeit nicht vom Karren fällt. Und klar ist das auch eine Investition, das kostet. Es ist auch schwierig, ich weiss: Es kommt nicht gerade direkt bei der Erlösseite etwas herein - aber längerfristig definitiv. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Und eigentlich verstehe ich auch die Parteien nicht ganz, die sich jetzt auch ein «L» auf die Fahne schreiben oder sogar im Parteinamen haben. Eigentlich müssten diese erst recht für diesen Aufstockungsantrag sein. Liberal heisst ja eigentlich, dass man es nicht einfach so lange aufschiebt und wartet, bis es gesetzlich vorgeschrieben wird, sondern dass man vielleicht eben Sensibilisierungs- und Informationsarbeit macht, damit nachher der Konsument selber entscheiden kann. Das ist doch eigentlich auch liberal. Also müsstet Ihr für diesen Aufstockungsantrag sein.

Ich möchte wirklich nicht so lange warten, bis es noch viel später ist als 5 vor 12 und wir dann wirklich einfach per Gesetz handeln müssen. Von welcher Seite das dann auch immer kommt.

Leider ist es so, dass wir ja letzte Woche im Bundeshaus gesehen haben, wie man einen grossen Fehler machen kann. Ich meine damit nicht die Wahl von zwei Bundesrätinnen. Ich meine den Entscheid im Nationalrat. Und das gab ein Pfeifkonzert, zu Recht, am Samstag auf dem Bundesplatz. Und ich wünsche mir für Winterthur, dass wir das hier nicht gleich machen, dass wir da etwas beschliessen an der Basis vorbei. Ich behaupte, wir könnten da auf die Strasse hinausgehen und es ist allen klar: Wir müssen handeln. Und das kostet auch und deshalb sind wir für diesen Aufstockungsantrag. Wir möchten Euch bitten, dass Ihr das mitunterstützt und dass Ihr damit helft, dass wir aus dem minimalistischen Reagieren herauskommen. Und wir wieder mehr ins innovative und proaktive Handeln hineinfinden. Ich finde, das ist viel mehr Winti-like.

M. Wackerlin (SVP/PP): Wir sehen das gerade anders herum, als Sämi vorhin sagte. Wir stellen zu seinem Antrag den Gegenantrag, dass man eine Reduktion des Globalkredits um 124'000 Fr. macht, um diese Stelle, die jetzt wieder ausgebaut werden soll, zu streichen. Dann haben wir natürlich Status quo. Der Status quo war immer, dass diese Stelle nicht besetzt wird, auch vor den Kürzungen nicht, sie war nur theoretisch im Budgetbuch.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass Umweltschutzmassnahmen eigentlich von jedem Einzelnen getragen werden müssen und dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, da (so wie es Sämi sagte) «Projektli» zu machen, das bringt nicht viel. Entsprechend sind wir für die Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. für Streichung Massnahmenplan Klimawandel; 30'000 Fr. Streichung Massnahmenplan Energiekonzept 2020; die 124'000 Fr. habe ich gesagt, das ist ein Gegenantrag zum Antrag von Sämi; und Reduktion des Globalkredites um 10'000 Fr. (Streichung Klimalandsgemeinde). Auch das ist so ein bisschen eine «Gspürsch mi»-Veranstaltung, aber nicht wirklich etwas Sinnvolles. Sinnvoll ist, wenn jeder Einzelne in seinem Bereich etwas macht, und nicht wenn die Stadt da irgendwelche Programmli macht. Das sind unsere Begründungen. Dann haben wir auf der nächsten Seite noch die Anträge zu den Indikatoren. Ich wäre dafür, dass wir über diese separat abstimmen, denn wenn diese durchkommen, wären wir allenfalls bereit, auf die anderen zu verzichten und dann so das Verfahren ein bisschen zu beschleunigen. Und zwar haben wir festgestellt, dass diese Indikatoren stark verschlechtert wurden. Und wir sind dafür, dass man diese Werte beim Wert vom Budget 2018 belässt. Das ist der Indikator Kosten Globalkredit pro Einwohner (das war beim Budget 2018 12.68 Fr., dabei möchten wir gerne bleiben) und das andere ist der Kostendeckungsgrad insgesamt (das war 2018 23%, da möchten wir, dass das bei 23% bleibt und nicht gesenkt wird). Und wie gesagt: Wenn diese beiden eine Mehrheit finden würden, könnten wir auf die anderen verzichten.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann gibt es noch einen Antrag der FDP-Fraktion.

D. Schneider (FDP): Die FDP zieht den Antrag zurück.

Ratspräsidentin A. Steiner: Der Antrag der FDP wurde gestrichen.
Damit kommen wir zur Beratung. Renate Dürr.

R. Dürr (Grüne/AL): Ja, danke vielmals für den Antrag um Stellenaufstockung an die EVP. Wir stimmen diesem selbstverständlich zu. Wir haben im Mai den Monitoring-Bericht erhalten in die Kommission. Dieser hätte Anfangs 2017 kommen sollen, ist im Mai 2018 gekommen. Die Begründung war: Mangelnde Ressourcen. Und es ist ganz klar: Mit einer Person an dieser Stelle einen solch umfangreichen Bericht machen zu wollen und noch Massnahmen aufzuführen und vielleicht auch noch Vorschlägen, wie man Massnahmen umsetzen kann – das ist schlicht nicht möglich. Die Fraktion Grüne/AL stimmt aus ganzem Herzen dem Antrag der EVP zu, und zwar so zu, dass man nebst der budgetierten Stellenaufstockung (die eigentlich keine Aufstockung ist, die ja schon mal budgetiert gewesen ist) noch die 50% Stellenaufstockung dazu nimmt, damit es auch der UGS möglich ist, aufgrund des Massnahmenkataloges, der in diesem Bericht ist, etwas zur Umsetzung bringen zu können respektive zur Projektierung zu bringen. So wie es jetzt ist, ist das gar nicht möglich. Und selbstverständlich lehnen wir eine Streichung dieser Fachstelle vollumfänglich ab.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion wird den Antrag der EVP zur Schaffung einer zusätzlichen 50%-Stelle unterstützen. Wir unterstützen diesen Antrag, damit Projekte, z.B. Massnahmen zum Energiekonzept, Überlegungen zu den Luftgrenzwerten, Massnahmen in der Verkehrspolitik, Unterstützung der Umweltstrategie usw., die zur Umsetzung des Auftrages 2000-Watt-Gesellschaft nötig sind, intensiver und aktiver begleitet werden können. Dazu braucht es Ressourcen. Der Auftrag ist eine Querschnittsaufgabe, d.h. Ressourcen werden zwar beim UGS gesprochen. Die proaktiven Überlegungen, die Sensibilisierung, braucht es aber nicht nur für und in der Bevölkerung, sondern das muss auch zwischen den zuständigen Departementen wirken.

Dann noch zu den Anträgen der SVP: Wir werden alle Streichungen der SVP zur Reduktion des Globalkredites im UGS ablehnen. Uns ist es wichtig, ich sage es nochmals, dass man den Massnahmenplan Klimawandel, den Massnahmenplan Energiekonzept 2020 und weitere Projekte für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft gut aufgestellt wissen. Wie bereits

erwähnt: Es muss vorwärts gehen, es braucht aktive Bewirtschaftung, aktive Sensibilisierung und aktive Querschnittaufgaben. Zurzeit fehlen da die personellen Ressourcen.

D. Schneider (FDP): Wir lehnen alle Anträge ab, bis auf den Antrag der SVP, bei dem es um die Streichung der Fachstelle nachhaltige Entwicklung geht.

M. Zehnder (GLP): Auch wir finden es wichtig, dass die Stadt im Bereich Energie und auch im Bereich Klima- und Umweltschutz die notwendigen Aufgaben angehen kann. Der Stadtrat budgetiert dazu auch eine zusätzliche Stelle. Wir erwarten, dass mit dieser zusätzlichen Stelle die wichtigsten Projekte im Bereich nachhaltige Entwicklung auch nachhaltig abgeschlossen werden.

Wir unterstützen nicht, dass eine zusätzliche Stelle geschaffen wird, wie das der Redner der EVP wollte. Wir lehnen aber auch sämtliche Anträge der SVP ab, bei denen es darum geht, gerade eben in nachhaltiger Entwicklung und Energie Geld zu streichen. Wir sind ein bisschen erstaunt, dass die FDP keinen Mut hat, bei einem Departement einen Antrag zu stellen, bei dem jemand aus der eigenen Partei den Vorsitz hat. Und wir stellen die zusätzlichen Anträge der SVP, die auf der 2. Seite sind, in Frage, weil wir ja vorne diese Punkte nicht streichen. Dann gibt es da wahrscheinlich auch keine Möglichkeit, um die Kosten pro Einwohner zu senken, weil wir da ja mehr Geld ausgeben für die einzelnen Projekte.

R. Lüchinger (CVP/EDU): Zur Fachstelle nachhaltige Entwicklung: Die CVP/EDU-Fraktion begrüsst die Wiederbesetzung der vakanten Stelle Leitung Fachstelle für nachhaltige Entwicklung. Denn nachhaltige Entwicklung ist keine freiwillige Aufgabe. Wir haben eine gesetzliche Pflicht. Und aus diesem Grund lehnen wir den Streichungsantrag der SVP ab.

Die CVP/EDU-Fraktion lehnt aber auch den Antrag der EVP ab, betreffend der Erhöhung des Globalkredits um 60'000 Fr. Und zwar muss in Anbetracht der Finanzlage der Stadt Winterthur doch in erster Stelle einmal der Status quo erreicht werden. Und deshalb können wir der EVP nicht beipflichten, dass wir im Moment über den Status quo hinweg investieren müssen.

Alle weiteren Anträge der SVP auf Seite 13 lehnen wir ab.

S. Müller (EVP): Ich möchte kurz das Stichwort aufgreifen, das jetzt von der GLP kam an die Adresse FDP: Mangelnder Mut. Wenn man mal Eure Homepage checkt, was dort alles steht von wegen nachhaltiger Entwicklung, dann geht das nicht ganz auf mit dem, was ich heute Abend hier gehört habe. Ich finde es schon schwierig, es braucht schon ziemliche Scheuklappen, wenn man die ganzen Entwicklungen im Klimaschutz und CO₂-Ausstoss und alle diese Entwicklungen anschaut – wenn man diese nicht sieht, das kann ich mir nicht erklären. Ich kann es mir höchstens so erklären, wenn ich damit vergleiche, wenn ich Fernsehen schaue und dann probiere, die Werbung wegzuzappen, das geht heute auch nicht mehr so einfach... Aber es ist sehr, sehr anstrengend.

Und deshalb finde ich das schwierig, wenn man das nicht unterstützen kann, dass man da wirklich auch Geld spricht für die ganze Sensibilisierungsarbeit und das, was vorhin auch gesagt wurde von Seiten SP. Danke vielmal.

Noch schnell zu dem Streichungsantrag Klimalandsgemeinde 10'000 Fr. Ich kann mir eigentlich keinen grösseren Booster vorstellen, denn das Siegprojekt, das die 10'000 Fr. erhält, ist dazu verpflichtet, das ganze Projekt innerhalb eines Jahres umzusetzen. Und das kommt dann wirklich auch wieder der Umwelt zu Gute, das sind gute Projekte. Das sind dann eben genau Private, und genau dort würde ich nicht sparen.

Wir unterstützen sowieso auch die anderen Anträge der SVP selbstverständlich nicht.

R. Diener (Grüne/AL): Von meiner Seite auch noch ganz kurz. Diese Fachstelle hat eine ganz wichtige katalytische Funktion. Das wissen wir alle zusammen. Es läuft nichts, wenn man nicht ein bisschen angestupst wird. Alle diese Prozesse, die wir jetzt brauchen, um auf den Pfad zu kommen von den Klimaschutzbemühungen und vom CO₂ vermindern, kommen

nicht auf die Schiene, wenn man sie nicht anstupst, wenn man sie nicht auch mit Ressourcen, die nachhaltig dranbleiben können, unterstützt. Eine Amputation dieser Stelle ist völlig unverständlich. Die Ressourcen sind zu knapp, das hat sich bereits in diesem Bericht gezeigt und wir haben es immer wieder auch von den entsprechenden Fachleuten zur Kenntnis erhalten. Es braucht da eine Stärkung dieser Fachstelle. Stimmen Sie doch dieser kleinen Erhöhung zu, damit wir bei diesen Projekten auf die Schiene kommen, damit wir auch die gesetzlichen Vorgaben (die zu Recht erwähnt wurden, auch von der CVP) erfüllen können. Wir können sie nämlich nicht erfüllen. Mit dem Status quo kommen wir nirgends hin.

K. Cometta (GLP): Lieber Reto Diener, es geht eben genau nicht um den Status quo. Wir von den Grünliberalen sind ja dafür, dass man diese Fachstelle nachhaltige Entwicklung wiederbesetzt, weil – ja, Sämi, wir sind liberal, wir wissen, dass nicht nur die jetzige Generation das erhalten soll, sondern auch die kommende. Also, unser Teil der Liberalen sieht das so, die anderen Liberalen nicht. Wir setzen uns ein für die nachhaltige Entwicklung, aber wir sehen nicht ein, wieso wir zum jetzigen Zeitpunkt schon nochmals einen mehr draufgeben sollen. Und jetzt versagt die Stimme und deshalb höre ich auf.

Stadträtin B. Günthard: Besten Dank für die engagierte Diskussion. Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll. Ich würde sagen, ich fange hinten an.

Beim Kostendeckungsgrad und bei den Kosten pro Einwohner: Einfach nochmals kurz, wir haben es ja in der Kommission angeschaut. Und diejenigen, die dabei waren, erinnern sich wahrscheinlich. Das Arbeitsinspektorat der Stadt Winterthur wird auf den 1.1.2019 kantonalisiert. Mit dieser Kantonalisierung gehen auch die Gebühreneinnahmen, die wir mit diesen Dienstleistungen oder mit diesem Vollzug machen können, zum Kanton und damit sinkt (von selbst, ohne dass wir inhaltlich etwas geändert haben) auch der Kostendeckungsgrad und die Kosten pro Einwohner steigen so. Selbstverständlich, wenn man eine Stelle wiederbesetzt, die der Stadtrat bis jetzt nicht besetzt hat, gehen die Kosten pro Einwohner auch nochmals nach oben. Also das ist die Erklärung der beiden Indikatoren, die sich einfach der Realität anpassen hier im Buch.

Dann vielleicht als zweites zum Relevanteren: Ja, es ist so, das haben mehrere von Ihnen erwähnt, die Stadt Winterthur möchte einen Beitrag leisten an natürliche, gute, gesunde Lebensgrundlagen auch für die kommende Generation. Es hat diese Volksabstimmung gegeben, Gegenvorschlag 2000-Watt-Gesellschaft, wo es einen verbindlichen Volksauftrag gibt, dass die Stadt Winterthur einen Beitrag leisten muss an den Absenkungspfad, zusammen mit anderen Städten auch.

Jetzt ist es so, der Stadtrat ist der Ansicht, dass er von diesen 7 Stellen, die er hat im Umwelt- und Gesundheitsschutz, die eine Stelle, die bisher nicht besetzt war aus Ressourcen Gründen, wieder besetzen möchte, damit Umwelt- und Gesundheitsschutz neben den gesetzlichen Aufgaben des Vollzugs (also Luft messen bei grossen Unternehmen, wie dreckig kommt das heraus?), die man einfach machen muss, die einfach gesetzlicher Vollzug sind. Neben dem Controlling, bei dem man schaut, wie sind die Massnahmen unterwegs vom Massnahmenplan Energie, die viel Arbeit ist, einfach Detailarbeit, erfassen, wie die Gesamtverwaltung dran ist. Dass man daneben eben auch mehr wieder innovativer oder proaktiver sein will, wie Sämi Müller das vorhin sagte.

Ich bin mir bewusst, dass wenn das Parlament heute Abend beschliesst, die jetzt vakante Stelle nachhaltige Entwicklung wieder zu besetzen, dass dann eine Erwartung da ist, dass etwas geht. Dass eine Erwartung da ist, dass der Stadtrat weiter investiert in das Sensibilisieren, in solche Projekte wie die Ernährungskampagne, mit der wir der Bevölkerung einfach wieder einmal sagten, lokal und saisonal essen reduziert den CO₂-Ausstoss (etwas, das uns unsere Grossmütter schon gesagt haben, aber wir, die jetzt Tomaten aus Südamerika und was weiss ich einkaufen können, müssen uns wieder daran erinnern). Also macht mit, die ganze Bevölkerung kann einen Beitrag leisten.

Dann haben die, die sich vorbereitet haben auf die Debatte zum Massnahmenplan Energie auch noch im Hinterkopf, dass dort beim Controlling, beim Monitoring klar ist: Wir sind in die richtige Richtung unterwegs, aber in den beiden Bereichen Verkehr und Wärmeverbünde gibt

es noch zu tun. Genau dessen ist sich der Stadtrat bewusst. Er möchte innovativer werden und wenn Sie die Wiederbesetzung dieser Stelle bewilligen, dann können wir da auch proaktiver werden.

Der Stadtrat ist allerdings auch interessiert daran, dass wir Mass halten – auch finanziell Mass halten - und deshalb lehnt er eine noch zusätzliche Stellenerhöhung ab.

Ratspräsidentin A. Steiner: Bevor wir abstimmen: Marc Wäckerlin, ich bin nicht ganz nachgekommen, wie das Laufen soll mit eventuell und so.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Es bleibt so, wie es im Drehbuch steht. Es sieht danach aus, als hätten wir zu wenig Unterstützung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt zwei Anträge, bei denen es um Stellenerhöhung oder Stellensenkung bei der Fachstelle nachhaltige Entwicklung geht. Das ist der Antrag 1 und der Antrag 4. Ich schlage vor, dass wir diese beiden einander gegenüberstellen und dann den obsiegenden dem Stadtratsantrag gegenüberstellen, so wie wir es meistens gemacht haben.

Wir stellen jetzt den Antrag der EVP gegen den Antrag der SVP. Die SVP will um 124'000 Fr. kürzen, die EVP um 60'000 Fr. aufstocken.

Wer stimmt dem EVP-Antrag zu?

Wer stimmt dem SVP-Antrag zu?

Damit ist der obsiegende der EVP-Antrag.

Wir stellen den EVP-Antrag dem Stadtratsantrag gegenüber.

Wer ist der Meinung, dass man für die Fachstelle nachhaltige Entwicklung aufstocken muss?

Der soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Damit bleibt es so, wie der Stadtrat es vorgeschlagen hat im Budget.

Wir kommen zum Antrag 2 der SVP, 50'000 Fr. zu kürzen bezüglich Streichung Massnahmenplan Klimawandel.

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen nicht unterstützt?

Damit ist dieser Antrag klar abgelehnt.

Dann kommen wir zum 3. Antrag, 30'000 Fr. kürzen (Streichung Massnahmenplan Energiekonzept 2020).

Wer diesem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen ablehnen will?

Das ist auch klar abgelehnt.

Dann haben wir den Antrag, 10'000 Fr. zu kürzen (Streichung Klimalandsgemeinde).

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen nicht unterstützen will?

Das ist auch klar abgelehnt.

Dann kommen wir zur den Zielvorgaben.

Wer den 1. Antrag der Zielvorgaben, nämlich den Indikator auf 12.68 zu belassen, unterstützen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem 2. Antrag der SVP, nämlich den Indikator zu erhöhen auf 23, zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen will?

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.
Damit hätten wir das Departement Sicherheit und Umwelt beraten.

Es fehlen noch drei Departemente, es fehlt noch die ganze Diskussion um Steuererhöhung oder Steuersenkung. Wir kommen definitiv nicht mehr durch. Und entsprechend schlage ich folgendes vor. Wir nehmen jetzt wie geplant den Apéro zu uns (ich sage gleich noch mehr dazu) und fahren nächstes Mal weiter. Wir haben keine Chance, um das jetzt durchzubringen. Wir haben zudem auch noch die beiden Traktanden 9 und 10, die wir ebenfalls noch behandeln müssen. Ich glaube, es ist im Sinn von allen, dass wir jetzt nicht bis Mitternacht das Budget weiter beraten.

Zeno, hast Du einen Ordnungsantrag?

Z. Dähler (EDU): Ich habe einen Ordnungsantrag. Ich stelle den Antrag, dass wir verlängern bis ca. 23 Uhr.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wer dem Ordnungsantrag von Zeno Dähler zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen ablehnen will?

Damit bleibt es dabei, wie ich es angekündigt habe.

Bevor wir zum Apéro gehen, möchte ich noch 2-3 Worte an Euch, an die Gemeinderatskollegen, richten. Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, Euch ganz, ganz herzlich zu danken, allen zusammen, für Euren fleissigen Einsatz, den Ihr jahraus, jahrein für dieses Parlament, für unsere Stadt, leistet. Wenn man immer wieder vom Ehrenamt spricht, dann dürfen wir auch uns selber wieder einmal erwähnen. Es steckt unglaublich viel Arbeit dahinter, gerade wenn Budgetberatungen sind. Das sind viele, viele Stunden, die da drinstecken. Und an dieser Stelle möchte ich Euch ganz, ganz herzlich danken.

Der Apéro findet nicht im Saal unten statt, sondern der Apéro findet im Rahmen des Weihnachtsmärts in der Alten Mühle statt. Es gibt dort Glühwein, es gibt dort aber auch andere Getränke, ein Glas Weisswein... Und ich möchte alle ermuntern, mitzukommen und mitanzustossen. Leider nicht auf das Ende dieses Jahres, was die Sitzungen betrifft, aber doch immerhin schon einmal ein Vor-Anstossen auf das Ende des Jahres.

Besten Dank und ich schliesse die Sitzung.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)